

UTOPIEKreativ

Diskussion sozialistischer Alternativen

174 · April 2005

*Monatliche Publikation,
herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung*

VorSatz 289

Essay

HERMANN KLENNER

Vorwärts, doch nicht vergessen:

Die Babelsberger Konferenz von 1958 291

Nachhaltigkeit & Ökologie

MICHAEL LÖWY

Destruktiver Fortschritt.

Marx, Engels und die Ökologie 306

ROLF KUHN

Neue Chancen für eine gestörte Landschaft

Die Internationale Bauausstellung (IBA)

Fürst-Pückler-Land in der Lausitz 316

JOACHIM H. SPANGENBERG

Nachhaltigkeit – Konzept, Grundlagen,

Herausforderungen, Anwendungen 327

Gesellschaft – Analysen & Alternativen

DETLEF KANNAPIN

Die internationale Ideologie

Anmerkungen zu Hardt/Negri »Multitude« 342

MARKUS GILLES

Von begabten und unbegabten Studierenden 349

Dokumentierte Geschichte

HUGO EBERLEIN

Erinnerungen an Rosa Luxemburg bei Kriegsausbruch 1914 355

Standorte

LOTHAR RATAI

In welcher Zeit leben wir? 363

In memoriam

- ULRICH BUSCH
Von der »Roten Fahne« zur »Financial Times«
Zum Tode von Günter Reimann (1904-2005) 369

Festplatte

- WOLFGANG SABATH
Die Wochen im Rückstau 372

Bücher & Zeitschriften

- HANS KLEIN:
In eine neue Zukunft. Dokumente einer Hoffnung
(JENS LANGER) 374

- Eric Hobsbawm:
Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert
(PETER ULLRICH) 375

- Renate Reschke (Hrsg.):
Nietzsche. Radikalaufklärer oder radikaler Gegenauflklärer?
Nietzscheforschung, Sonderband 2
(ULRICH BUSCH) 376

- Rainer Funk:
Ich und Wir – Psychoanalyse des postmodernen Menschen
(JÜRGEN MEIER) 377

- William Taubman:
Khrushchev. The Man and His Era
(Chruschtschow. Der Mann und seine Ära)
(HORST SCHÜTZLER) 379

Summaries 380

- An unsere Autorinnen und Autoren
Impressum 382

VorSatz

Eric Hobsbawm erinnerte vor einigen Jahren an dieser Stelle daran, daß die Bewegung der Arbeiterklasse mindestens nicht notwendig mit der Idee des Sozialismus verbunden sei (UTOPIE kreativ, H. 109-110 [November/Dezember 1999]). Selbst in Deutschland mit seiner reichen proletarisch-sozialistischen Geschichte war das nicht der Fall; Stichwort gelbe Gewerkschaften, Stichwort »Zentrum«, Stichwort Arbeiterschaft und Nationalsozialismus. Wieviel älter als die Arbeiterklasse der Sozialismus ist, galt zu Zeiten eines Max Beer, dessen »Allgemeine Geschichte des Sozialismus« in den zwanziger Jahren unter Sozialisten zur Allgemeinbildung zählte, genauso als Selbstverständlichkeit, wie es heute verbreitet als Sakrileg gilt, über den Sozialismus in einem Europa nachzudenken, aus dem die Arbeiterschaft bis auf Residuen nach China und Indien verabschiedet wird.

Nicht minder versteifen sich bei einigen die Nackenhaare, kommt die Rede auf totale Herrschaft. Hält man sich aber ausnahmsweise einmal nicht beim Geschwätz halbgebildeter Antikommunisten auf und nimmt statt dessen die Arbeiten von Theoretikern wie von der 1975 verstorbenen Hannah Arendt oder von Juan J. Linz zur Hand, wird man beim Nachdenken über totale Herrschaft möglicherweise mehr an- als aufgeregt. Denn beide sehen Sozialismus keineswegs zwangsläufig als totalitär; den Faschismus übrigens auch nicht.

Bleiben wir bei Hannah Arendt. Für sie war die Sowjetunion nicht per se, sondern nur zeitweise – zwischen 1930 und 1953 – totalitär; vom deutschen Faschismus meinte sie gleiches erst für die Zeit nach 1938. Für die DDR verneinte sie in den sechziger Jahren sogar ausdrücklich den totalitären Charakter. Eine solche Frau hätte wohl nur geringe Chancen gehabt, in der Geschichtszensurkommission eines deutschen Parlamentes führend mitzuwirken. Viele, die sich heute auf Hannah Arendt berufen, unterscheiden sich darin übrigens kaum vom Umgang, den einst die SED-Führung mit Rosa Luxemburg pflegte: Sie kennen weder deren Ansichten, noch würden sie sie goutieren, ließen sie sie sich von ihren Wasserträgern »zuarbeiten«.

Dem von Hannah Arendt analysierten Klassentotalitarismus eines Stalins und Molotows und dem Rassentotalitarismus eines Hitlers und Himmlers scheinen die neoliberalen Barbaren heute eine neue Form hinzuzufügen: den Markttotalitarismus – der leider Gottes unterdessen selbst in der sogenannten Linken rührende Trommler gefunden hat. Dem Hannoveraner Offizin-Verlag ist es 2004 gelungen, erstmals auf Deutsch ein bisher wenig rezipiertes Redemanuskript Hannah Arendts zu veröffentlichen, das mindestens interessantes

Handwerkszeug bietet (Waltraud Meints, Katherine Klinger [Hrsg.]: Politik und Verantwortung): »Tatsächlich bestand der einzige neue Trick ... darin, daß eine allgemeine Weltanschauung in ein einziges, alle Tätigkeiten beherrschendes Prinzip übersetzt«, zu einem »universell gültige(n) Gesetz« erhoben wurde. Gerade in diesem Punkt unterscheidet sich die totalitäre Diktatur von der schlichten Tyrannei: Die Unterwerfung des einzelnen ziele nicht mehr allein auf den Machterhalt für eine »rechtlose Regierung«, sondern auf die Durchsetzung eines Prinzips, dem man letztlich alles, notfalls sich selbst opfere. »Menschliche Wesen, die in den Prozeß ... geworfen ... sind, ... können nur zu Vollstreckern oder zu Opfern des ihm inhärenten Gesetzes werden.«

»Totale Beherrschung als solche ist ganz unabhängig vom tatsächlichen Inhalt irgendeiner Ideologie; welche Ideologie man auch immer wählen mag, es spielt keine Rolle, ob man sich entscheidet, die Welt und den Menschen nach den Lehren des Rassismus oder des Sozialismus oder irgend eines anderen ›Ismus« zu verändern, totale Beherrschung wird immer notwendig sein«, also die Suspendierung jeder Freiheit. Sie und damit selbstbestimmtes Handeln entstünden in jenem Raum, der durch Recht und Gesetz dem Zugriff des Staates entzogen sei; »es ist diese nichtöffentliche Sphäre, der ... die Quellen des Handelns ... entspringen.« Werden deren »Zäune« niedergelegt, verschwinde »der eigentliche Raum freien Handelns« – und damit die Grundlage für jedes gemeinsame Handeln. Einsamkeit und ihre unvermeidlichen Produkte, Ohnmacht, Furcht und Angst, breiteten sich aus. Die »Interdependenz, deren wir bedürfen, um unsere Macht zu verwirklichen ..., wird zu einer Quelle der Verzweiflung, wann immer wir in vollkommener Einsamkeit be-greifen, daß ein einzelner Mensch allein keine Macht hat, sondern stets von einer höheren Macht überwältigt und geschlagen wird.«

Die Kräfte, die sich heute des Neoliberalismus bedienen, um vor-gänglich dem einzelnen seine Freiheit wiederzugeben, sind dabei, eine Gesellschaft zu konstituieren, die aus lauter vereinzelt Wehr-losen besteht. Es wird eine neue Gleichheit konstituiert, eine Gleichheit in der Angst: vor allen und allem, selbst vor den Nächsten, begleitet von totaler Selbstentwertung. Anders als der primitive Klassen- und Rassentotalitarismus kommt der Neoliberalismus ohne den Terror der Folterkammern und Massenexekutionen aus. Formal bleiben die gesetzlichen »Zäune« unberührt; einzelne Breschen reichen völlig aus (Hartz-IV-Arbeitsdienst, Schleifung des Bankge-heimmnisses, Einschränkung des Demonstrationsrechtes unter antifa-schistischer Flagge – weiteres entnehme man der Tageszeitung). Der Markttotalitarismus funktioniert eleganter und zugleich effizienter als seine Vorgänger, er zerstört die einzelnen nicht zuvörderst poli-tisch-juristisch, er packt sie an ihrer materiellen Existenz. Ihm genügt der strukturelle Terror – und das macht ihn so schwer bekämpfbar – zumal uns in Europa die einzige einst widerstands-fähige Klasse endgültig abhanden kommt.

Und wir Sozialisten? Karl Marx höhnte schon 1852: »Die Tradi-tion aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden.« Der Mann hatte recht.

HERMANN KLENNER

Vorwärts, doch nicht vergessen: Die Babelsberger Konferenz von 1958

(1)

Man nehme *Meyers Neues Lexikon* aus Zeiten, da die realsozialistische Welt noch in Ordnung war:

»Babelsberger Konferenz: auf Initiative des ZK der SED an der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft »Walter Ulbricht« in Babelsberg am 2. und 3. April 1958 durchgeführte wissenschaftliche Konferenz von prinzipieller Bedeutung, auf der der Erste Sekretär des ZK der SED, W. Ulbricht, über die Staatslehre des Marxismus-Leninismus referierte. Die B. K. deckte Einflüsse bürgerlicher Ideologie in der Staats- und Rechtswissenschaft in der DDR auf und gab der Staats- und Rechtswissenschaft eine klare Orientierung für ihre Aufgaben bei der sozialistischen Umwälzung in der DDR. [...] Ausdruck der steten Sorge der SED für die Entwicklung der Rechtswissenschaft war neben anderen wichtigen Beschlüssen und Maßnahmen die Babelsberger Konferenz«.¹

Soweit die bis immerhin 1989 offizielle Lesart... Tatsächlich aber zielte damals die »stete Sorge« der SED-Parteiführung nicht auf die Entwicklung der Rechtswissenschaft, sondern auf deren Stagnation; sie galt dem Erhalt der vorhandenen, vom Stalinismus affizierten Machtstrukturen und -methoden samt deren ideologischer Legitimation und Konsequenz. Das traf auf die einzelnen Gesellschaftswissenschaften in unterschiedlicher Weise zu. Die *Babelsberger Konferenz* wurde nun veranstaltet, um den Emanzipationsprozeß abzublocken, den bekennende Marxisten innerhalb der DDR-Rechtswissenschaft, wenn auch zaghaft, so doch wenigstens begonnen hatten, um einen Weg aus den sie bedrückenden intellektuellen und sozialen Deformierungen zu finden, die den Aufbau einer ihrem Anspruch gerecht werdenden sozialistischen Gesellschaft gefährdeten. Ihnen war es wahrlich nicht darum gegangen, einer durch die vorangegangenen zwölf Jahre Unrechtspraxis ohnehin diskreditierten bürgerlichen Rechtsideologie Tür oder Tor zu öffnen oder sich gar mit dem immer noch furchtbar-fruchtbaren Schoß zu versöhnen, aus dem Faschismus und Krieg gekrochen waren. Es ging ihnen im Gegenteil um Theorie und Praxis einer sozialismusegemäßen Rechtsordnung. Nicht in einer Revision des Marxismus bestand ihr Anliegen, sondern in dessen Reinigung von stalinistischen Verzerrungen, denen sie selbst gut-, aber irrgläubig verhaftet gewesen waren. Sie wollten zurück zum originalen, auf den Schultern der europäischen Aufklärungsdenkler stehenden, nicht in den Primitivismen Stalins begrabenen Marx und vorwärts zu den sich auch daraus ergebenden

Hermann Klenner,
Prof. Dr. jur. habil., Jg. 1926
Emeritus; Mitglied der
Internationalen Vereinigung
für Rechts- und Sozial-
philosophie sowie der
Leibniz-Sozietät der Wis-
senschaften; Bibliographien
in: Haney, Maihofer,
Sprenger (ed.): *Recht und
Ideologie*, 2 Bde, Freiburg
1996/98; danach: Editionen
von: Mary Wollstonecraft:
*Verteidigung der Menschen-
rechte*, Freiburg 1996;
Thomas Hobbes, *Leviathan*,
Hamburg 1996; William
Godwin, *Politische Gerech-
tigkeit*, Freiburg 2004;
monographisch: *Das wohl-
verstandene Interesse*, Köln
1998; *Die Emanzipation
des Bürgers*, Köln 2002;
*Die Geschichtlichkeit des
Rechts*, Köln 2003; (mit
Gerhard Oberkofler):
Arthur Baumgarten, *Rechts-
philosoph und Kommunist*,
Innsbruck 2003; *Recht und
Unrecht*, Bielefeld 2004.

1 Meyers Neues Lexikon, Bd. 1, Leipzig 1971, S. 691; vgl. auch Bd. 11, S. 402, sowie bereits Bd. 1, S. 550, der Leipziger Auflage von 1961.

2 Maximilien Robespierre: Habt Ihr eine Revolution ohne Revolution gewollt?, Leipzig 1958, S. 241 (Konventsrede vom 5. November 1792).

Veränderungen innerhalb der bisher in der DDR herrschenden Rechtstheorie und -praxis. Wahrlich: Sie hatten, um eine Formulierung Robespierres aufzugreifen,² keine Revolution ohne Revolution gewollt, sondern waren mit der im Osten Deutschlands vollzogenen Enteignung der Kriegsverbrecher, der Großgrundbesitzer und Konzerne ebenso einverstanden wie mit dem Bruch des Bildungsprivilegs der Reichen. Auch wenn sie, was ihr Verhältnis zur Sowjetunion und zur Arbeiterbewegung anlangt, in kritikbedürftiger (heute kaum nachzuvollziehender) Weise naiv gewesen waren, so naiv waren sie wiederum auch nicht, daß sie die deformierenden Auswirkungen des Kalten Krieges und anderer Erscheinungsformen nationaler und internationaler Klassenkämpfe auf die Gestaltungsmöglichkeiten realexistierender Wege zum Sozialismus übersehen konnten. Ihre eigene Entscheidung *gegen* Kapitalismus und Krieg, *für* Sozialismus und Kommunismus hielten sie allerdings für lebensendgültig.

Ausgelöst war ihr verändertes Nachdenken über den Stellenwert des Rechts in der Gesellschaft und der Rechte ihrer Bürger vor allem durch die zwei Jahre zuvor vom XX. Parteitag der KPdSU wenigstens teilweise offengelegten, wenn auch nicht auf ihre Ursachen hin analysierten Verbrechen stalinistischer Gewaltherrschaft in der Sowjetunion. Diese, zwar den Sieg über den Hitlerfaschismus organisierende, gleichzeitig aber die eigene Bevölkerung terrorisierende, in weiten Bereichen rechtsnihilistische Machtausübung war doch auch durch Denk- und Verhaltensweisen von Juristen sowie von unhaltbaren, zudem als marxistisch deklarierten Auffassungen über das Wesen des Rechts im allgemeinen und besonders im Sozialismus begünstigt worden. Daher konnte es nicht ausbleiben, daß in allen sich auf den Weg zum Sozialismus begebenden Ländern auch Rechtswissenschaftler die parteiamtliche Verharmlosung des Stalinismus als »Personenkult« ebenso wie die Verschleierung seiner Ursachen und Folgen durch die jeweiligen Parteiführungen für unerträglich und es daher für unabdingbar hielten, den Stellenwert eines sozialismusgemäßen Rechts neu zu durchdenken. Hatte es sich doch, vorsichtig ausgedrückt, als leichtfertig erwiesen, die *differentia specifica* des Rechts in seinem ihm allerdings innewohnenden Klassencharakter zu statuieren, gleichzeitig aber seinen Normativcharakter in den Beziehungen zwischen Bürger und Staat zu bagatellisieren und die Existenzberechtigung von subjektiven Rechten des einzelnen auch gegen den Staat ebenso wie die gerichtliche Überprüfbarkeit von Verwaltungsentscheidungen grundsätzlich zu negieren. Die von der DDR-Verfassung von 1949 in ihrem Artikel 138 vorgesehenen Verwaltungsgerichte waren gar nicht erst etabliert worden, ohne daß wenigstens die Juristen gegen diesen zumindest nicht ihnen verborgen gebliebenen Verfassungsbruch protestiert hätten.

Das Recht immer nur als ein Mittel, nie aber auch als ein Maß von der und für die Staatsmacht zu begreifen,³ reduziert es in der Theorie auf seine Instrumentalität und protegirt in der Praxis bürgerrechtswidrige, so undemokratische wie unsozialistische Verhaltensweisen des Staates. Marx aber hatte, anders übrigens als Lassalle, Recht und Gericht eben nicht als bloße Epiphänomene von Macht charakterisiert, sondern ihre Funktion auch darin gesehen, »die unumschränkte Macht einer Regierung zu begrenzen«.⁴ Rechtsnihil-

3 So aber: Karl Polak: Zwei Aufsätze zur Staats- und Rechtstheorie, Berlin 1948, S. 60.

4 Marx/Engels: Werke (MEW), Bd. 12, Berlin 1961, S. 541.

stische Konsequenzen sind zudem unvermeidbar, wenn unter Gesetzlichkeit ausschließlich die Pflicht der Bürger verstanden wird, ihr Verhalten den Gesetzen des Staates unterzuordnen, und nicht auch die Pflicht des Staates, seine Eingriffe in Leben, Freiheit und Eigentum der Bürger auf gesetzliche Grundlage zu stellen. Es führt zu einer Sinnverkehrung von Demokratie, wenn diese statt als Unterordnung des Staates unter den Willen des Volkes als Einbeziehung des Volkes in die Führungsentscheidungen einer sich alleinseligmachend und allwissend wählenden Parteiführung begriffen und dann noch die gesamte Staatstätigkeit demgemäß organisiert wird. Ein sich nicht der Volkssouveränität subordinierender und trotzdem als demokratisch ausgegebener Zentralismus entartet notwendigerweise zu einer diktatorischen Herrschaftsweise. Daß es sich beim realexistierenden Kapitalismus auch bei einer demokratischen Staatsverfassung um eine undemokratische Gesellschaft handelt, in der die Staatsgewalt laut Verfassungstext vom Volk, in der Verfassungsrealität aber vom Geld ausgeht, kann kein Kriterium für das Verhältnis von Rechtsnorm und Rechtsrealität in einer sozialistischen Gesellschaft sein. Wie unsere eigenen, bitteren Erfahrungen lehren, kann es auch keine Vergesellschaftung der Produktionsmittel ohne eine Vergesellschaftung (und nichts anderes ist eine Demokratisierung!) auch des Staates geben. Als »reabsorption of the State power by society« charakterisierte Marx die Kommune.⁵

Als jedenfalls durch die, wenn auch nur dosiert vermittelten, Entwürfen des XX. Parteitag der KPdSU wachgerüttelt, junge Rechtswissenschaftler – wohlgerichtet von einem ausdrücklich marxistisch-leninistischen Standpunkt aus – auf der relativen Selbständigkeit des Rechts im Verhältnis zu anderen Gesellschaftsmechanismen beharrten und sozialistische Gesetzlichkeit nicht nur, wie damals die herrschende Meinung war,⁶ als Rechtspflicht der Bürger verstanden, sich den einheitlichen Gesetzen des Staates unterzuordnen, sondern auch forderten, daß dessen Zugriff auf die Individualsphäre der Bürger zuvor auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen sei und Streitfälle lediglich von weisungsungebundenen Gerichten entschieden werden dürfen,⁷ oder daß über Konflikte zwischen Bürgern und staatlichen Verwaltungen »in einem besonderen Verfahren (z. B. in einem Prozeß), in einer besonderen Form (z. B. von Gerichten) entschieden wird, was wiederum in unverbrüchlichen Normen festgelegt sein muß«,⁸ da reagierte der Parteiapparat allergisch und nicht nur mit Publikationsverboten⁹. Er hatte ja auch die Kritik zu unterbinden gewußt, in die der allenthalben geäußerte Unmut über die Unehrllichkeit einer sich selbst privilegierenden Parteiführung längst umgeschlagen war, die über die sowjetischen wie über die eigenen Gesetzlichkeitsverletzungen und Demokratie-mißachtungen den Mantel des Verschweigens mit der Begründung ausbreitete, daß man Fehler im Vorwärtsschreiten überwinden solle (ohne sie erörtern zu haben!); da es in der DDR keinen Personenkult gegeben habe, brauche man ihn auch nicht zu beseitigen, lautete die Sprachregelung. Wie aber hieß es in Brechts *Tagen der Commune*, damals grade in Berlin, DDR, publiziert: »Erheben wir keinen Anspruch auf Unfehlbarkeit, wie dies alle die alten Regierungen ohne Ausnahme tun. Veröffentlichen wir alle Reden und Handlungen,

5 Marx/Engels: Gesamtausgabe (MEGA), Bd. I/22, Berlin 1978, S. 56.

6 Vgl. W. I. Lenin und die KPdSU über sozialistische Gesetzlichkeit und Rechtsordnung, Moskau/Berlin 1987, vor allem S. 283-288 (Lenin: »Über ›doppelte‹ Unterordnung und Gesetzlichkeit«, Mai 1922).

7 Vgl. H. Klenner: »Gesetzgebung und Gesetzlichkeit« [1956] veröffentlicht erst in: Staat und Recht, Jg. 39, Berlin 1990, S. 372-381; auch seinem von den Stalinisten der ersten beiden Auflagen des Büchleins *Der Marxismus-Leninismus über das Wesen des Rechts* (Berlin 1954/55) für eine dritte Auflage gereinigten Manuskript wurde vertragswidrig die Publikation verweigert.

8 So Karl Bönninger: »Rechtsnorm und Verwaltungsanweisung«, in: Festschrift für Erwin Jacobi, Berlin 1967, S. 350.

9 Vgl. den Protokollauszug einer am 17. Dezember 1956 stattgefundenen Sektorenleiterberatung der Abteilung Staatliche Organe des ZK der SED, dokumentiert bei Ralf Dreier (ed.): *Rechtswissenschaft in der DDR 1949-1971*, Baden-Baden 1996, S. 115-118.

10 Bertolt Brecht: *Die Tage der Commune*, Berlin 1957, S. 52 (= Brecht, *Werke*, Bd. 8, Berlin/Weimar/Frankfurt 1992, S. 291 f.).

11 Eugen Paschukanis [1891-1937, ermordet]: *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus* [1924], deutsch: Wien/Berlin 1929 (Veröffentlichung der Kommunistischen Akademie in Moskau); annotierte Edition: Freiburg/Berlin 1991, vgl. S. 332 f. (der 1956 unternommene Versuch, einen Nachdruck dieses 1930/31 immerhin von Kelsen, Korsch und Radbruch rezensierten Werkes in Berlin, DDR, zu ermöglichen, wurde unterbunden). Vgl. auch Volkmar Schöneburg: »Strafjustiz und Revolution. Zwei Dokumente von Felix Halle«, in: *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Bd. III, Berlin, September 2002, S. 160-172.

weihen wir das Publikum ein in unsere Unvollkommenheiten, denn wir haben nichts zu fürchten außer uns selbst«. ¹⁰

Aber aus zwielichtigen Gründen war man höheren Orts nicht bereit, die Ermordungen deutscher Kommunisten in der Sowjetunion offenzulegen. An einem Beispiel aus dem Juristenbereich: Die Zentrale Parteikontrollkommission der SED hatte zwar im Oktober 1956 Felix Halle (1884-1937), der in Butowo bei Moskau vom NKWD erschossen worden war, rehabilitiert, seine »Rehabilitierung« aber wie einst seine Ermordung (bis 1990!) geheim gehalten; es war aber dieser 1933 dem KZ nach Paris und dann nach Moskau entkommene deutsch-jüdische Kommunist Felix Halle nicht nur der bedeutendste Rechts- und Justizpolitiker der KPD gewesen, der noch gemeinsam mit Béla Kun die »Richtlinien des *Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale* zur politischen und juristischen Verteidigung des Genossen Thälmann« ausgearbeitet hatte, sondern auch derjenige, dem die Rechtswissenschaft die deutsche Ausgabe des bisher bedeutsamsten Versuches verdankt, auf Marxscher *Kapital*-Grundlage eine Rechtstheorie zu entwickeln. ¹¹

Man sage nicht, daß die Vorgänge um die *Babelsberger Konferenz* und deren Folgen vor fast einem Halbjahrhundert als längst geschmolzener Schnee dem Vergessen anheimzufallen verdienen. Gewiß sind die ehemaligen DDR-Rechtswissenschaftler (von, zum Teil makabren, Ausnahmen abgesehen) längst in rechtsstaatswidrigen Pauschalverfahren abgewickelt worden, wie die Ostdeutschen insgesamt verbruehelt und verkohlt, mit einem Wort: materiell und ideell enteignet worden sind. Doch ebenso gewiß, wenn auch zumeist nicht einmal thematisiert, erliegt die Mehrzahl der gegenwärtigen Akteure in Rechtswissenschaft und -praxis den Anpassungszwängen an die nunmehrigen Machtmechanismen, die zwar anderer, aber weiß Gott nicht harmloserer Art sind als unsere damaligen: In trauter Gemeinsamkeit tragen die Regierungs- wie die Oppositionsfractionen des deutschen Bundestages die Verantwortung für die teils direkte, teils indirekte Beteiligung Deutschlands an Aggressionskriegen; für das völkerrechtliche Festklopfen des Realkapitalismus (samt Sozialabbau und Aufrüstung) in der künftigen EU-Verfassung; für den als Kampf gegen die Arbeitslosigkeit firmierten Permanenzdruck auf die Arbeitenden und die Arbeitslosen; für die Unverschämtheit von Kulturbürokraten, in die historisch gewachsene Schreibweise der nicht ihnen, sondern nun einmal dem Volk gehörenden deutschen Sprache eingegriffen zu haben.

Gleichwohl bleibt eine tatsachengerechte Rückerinnerung an eigenes Versagen gegenüber den Machtmechanismen, in denen die ostdeutschen Juristen in Theorie und Praxis eingebunden waren, unverzichtbar. Die Repressalien der heute Herrschenden legitimieren nicht die Repressalien ihrer Vorgänger. Gegen allen Anschein: Die Vergangenheit schönzureden, führt zu keiner Ballastentsorgung. Im Gegenteil: Es fällt schwerer, die Gegensätze der Gegenwart zu erkennen, wenn man die gewesenen Gegensätze zuvor eingeebnet hat. Klartext ist, so oder so, geboten. Der Blick wird freier, das Bewußtsein klarer und die Parteinahme für das heute Erforderliche eindeutiger. Daher also jetzt diese Gedächtnisauffrischung.

(2)

Die Durchführung der *Babelsberger Konferenz* (nachfolgend: BK) erfolgte auf Beschluß des Sekretariats des ZK der SED vom 11. Februar 1958 (S. 147).¹² Die Sitzung wurde von Ulbricht geleitet; anwesend waren: Neumann, Hager, Norden, Mückenberger, Grüneberg, Honecker, Verner, Fröhlich, Apel, Kurella. Auf der gleichen Sitzung des Sekretariats wurden sechs weitere Konferenzen für andere Bereiche (Dialektischer Materialismus, Ökonomie, Geschichte, Pädagogik, Literatur, Ästhetik) beschlossen. Alle diese Konferenzen sollten der Auswertung des 35. Plenums des ZK der SED (3./ 6. Februar 1958) sowie der Vorbereitung des V. Parteitages der SED (10./16. Juli 1958) dienen. Sie fanden statt unter den Bedingungen eines das blanke Überleben der Menschheit gefährdenden Kalten Krieges zwischen den Machtblöcken, des von der Bundesregierung der BRD unter Ausnutzung einer fatalen Schwäche der westdeutschen Linken beantragten und vom Bundesverfassungsgericht grundgesetzwidrig beschlossenen KPD-Verbots (August 1956) einerseits und andererseits von innerparteilichen, durch die Offenlegungen des XX. Parteitages der KPdSU (Februar 1956) ausgelösten Traumata in der DDR mit sich daran anschließenden Auseinandersetzungen, die bis in das Politbüro der SED reichten. In deren Verlauf ergingen rechtswidrige Zuchthausurteile u. a. gegen Wolfgang Harich und Walter Janka, verloren u.a. Ernst Wollweber, Karl Schirdewan und Fred Oelßner ihre Parteiämter und wurden bedeutende Wissenschaftler wie Fritz Behrens und Jürgen Kuczynski diszipliniert. Alle die hier namentlich Genannten waren seit Jahrzehnten Kommunisten.

Bereits einen Tag, nachdem das Sekretariat des ZK die Durchführung einer »Wissenschaftlichen Konferenz über die marxistisch-leninistische Lehre vom Staat und ihre Anwendung in Deutschland« beschlossen hatte, übertrug der Leiter der ZK-Abteilung für Staats- und Rechtsfragen, Klaus Sorgenicht, am 12. Februar 1958 dem Mitarbeiter dieser ZK-Abteilung Prof. Dr. Karl Polak die Verantwortung für die bis zum 15. März 1958 zu erfolgende Ausarbeitung eines Materials zur Vorbereitung der BK, speziell des von Walter Ulbricht zu haltenden Hauptreferats.¹³ Außerdem dienten der Vorbereitung der BK umfangreiche Ausarbeitungen über die Lage an der *Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft »Walter Ulbricht«* vom 4. März 1958 (abgedruckt bei Dreier, S. 156 ff.) sowie an den Juristenfakultäten der DDR-Universitäten (ebenda, S. 161 ff.). Beide Ausarbeitungen stammten aus dem Apparat des ZK und erhoben gegenüber den Forschungs- und Lehrinrichtungen für Juristen und Staatsfunktionäre schwerste Vorwürfe, als da waren: Verdrängung der Politik durch Recht; Verlassen des Klassenstandpunktes und der Parteilichkeit; ideologischer Wirrwarr; prinzipienloser Liberalismus; Revisionismus; Fehlen einer straffen marxistisch-leninistischen Führung der staats- und rechtswissenschaftlichen Forschungsarbeit; Entstellung der weltbewegenden Bedeutung der Oktober-Revolution. In allen diesen Ausarbeitungen erfolgte die bis zu einer vollständigen wissenschaftlichen und politischen Verurteilung reichende Kritik, personenbezogen auf Karl Bönniger, Bernhard Graefrath, Uwe-Jens Heuer, Hermann Klenner, Heinz Such und Wolfgang

12 Seitenangaben innerhalb des nachfolgenden Textes beziehen sich auf den Abdruck der aus dem Zentralen Parteiarchiv der SED (nunmehr SAPMO im Bundesarchiv, Berlin) erschlossenen, freilich eigenwillig kommentierten »Dokumente zur politischen Steuerung im Grundlagenbereich« bei: Ralf Dreier / J. Eckert / K. A. Mollnau / H. Rottleuthner (ed.): *Rechtswissenschaft in der DDR 1949-1971*, Baden-Baden 1996. Die Vorgänge selbst sind bisher vor allem von Caldwell, Eckert, Gipping, Heuer, Howe, Joseph, Klenner, Mollnau, Riege, Rottleuthner, Schöneburg, Schönfeldt und Wesel mit auch unterschiedlichen Deutungen analysiert worden, deren Publikationen neben einschlägigen anderen im Interesse künftiger Forschungsarbeiten in einer Anhangsbibliographie zusammengestellt sind.

13 Vgl. Marcus Howe: Karl Polak. Parteijurist unter Ulbricht, Frankfurt 2002, S. 195 f. – Polak (1905-1963) hatte noch 1933 bei Erik Wolf in Freiburg mit Studien zu einer existenziellen Rechtslehre promovieren können, bevor er, wegen seiner jüdischen Herkunft hoch gefährdet, über Dänemark nach der Sowjetunion emigrieren konnte; nach seiner Rückkehr war er auf Empfehlung der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland, von Walter Ulbricht zum Leiter der Rechtsabteilung der KPD eingesetzt worden, seit 1949 für einige Jahre auch nebenamtlich Professor an Leipzigs Juristenfakultät; seit 1960 Gründungsmitglied des Staatsrates der DDR und seit 1961 auch Ordentliches

Mitglied deren Akademie der Wissenschaften.

14 Vgl. Annemarie Helmbrecht: »Professor Klenner und der Revisionismus«, in: Neues Deutschland, 26. Februar 1958, S. 4. (Helmbrecht, unbedarft, wie sie war, diene dem tatsächlichen Autoren lediglich als »Strohfrau«; vgl. K. A. Mollnau: »Über die Wyschinski-Rezeption der Babelsberger Konferenz«, in: Neue Justiz, Jg. 45, Berlin 1991, S. 94).

Weiß gemünzt, wodurch ein »pogromartiger Feldzug gegen den sogenannten Revisionismus in der Rechtswissenschaft« eingeleitet wurde (Dreier, S. 179), erstmals im Februar 1958 durch einen umfangreichen Artikel im *Neuen Deutschland* öffentlich gemacht.¹⁴

Termingerech übersandte Karl Polak am 15. März 1958 auf direktem Weg umfangreiche Materialien zur Vorbereitung der BK an Walter Ulbricht einschließlich einer »Disposition«, d. h. einer Gliederung und Inhaltszusammenfassung der in den verschiedenen Mappen zusammengestellten Ausarbeitungen (abgedruckt bei Dreier, S. 188-194). Damit war weitgehend das in der zweiten Märzhälfte 1958 ausformulierte Referat Ulbrichts auf der BK vorgegeben. Vorgegeben war aber auch die Diskussion, die keineswegs auf einen Meinungsstreit, sondern lediglich auf eine bereits vorher festgelegte »Entlarvung« vermeintlich feindlicher Auffassungen zielte. Dazu brauchte man nicht einmal die Anwesenheit Andersdenkender. Ein von der ZK-Abteilung für Staats- und Rechtsfragen zur Vorbereitung der Diskussion zum Ulbricht-Referat ausgearbeitetes Material ist überliefert, in dem sowohl die Diskutanten als auch deren Themen vorgeschlagen werden und auch das benannt wird, was »nicht herauskommen darf« (abgedruckt bei Dreier, S. 214-219). Gleichwohl hat Ulbricht sein (gewiß auch schon zeitlich vor der BK ausgearbeitetes) Schlußwort zu dieser »wissenschaftlichen« Konferenz mit einem Satz über den »freien wissenschaftlichen Meinungsstreit« eingeleitet.

Die BK fand, wie vorgesehen, am 2. und 3. April 1958 im Klubhaus der *Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft* »Walter Ulbricht« statt. Die auf einer Klappkarte gedruckte Einladung (wiedergegeben bei Dreier, S. 149-152) wies die BK als »Staats- und rechtswissenschaftliche Konferenz der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands« aus, nannte als Tagesordnung »Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung in Deutschland« und als (einzigen) Referenten Walter Ulbricht, 1. Sekretär des ZK der SED. Für das Referat waren drei Stunden, für die Diskussion zehn Stunden vorgesehen, ferner ein Schlußwort sowie ein umfangreiches Kulturprogramm mit u. a. Händels Freiheitschor, der Marseillaise, den Petrograder Feuerreitern, den Moorsoldaten, einem »amerikanischen Negerlied«, einem Volkslied-Duett und »Tapfer lacht die junge Garde«. Abbildungen des Präsidiums, des Konferenzsaales und des Referenten sind überliefert.¹⁵ Die Einladung war an etwa 550 Personen ergangen, darunter an 238 Mitarbeiter von juristischen Lehr- und Forschungseinrichtungen, an 220 Praktiker aus zentralen und kommunalen Staatsorganen von Verwaltung, Justiz, Polizei, Armee und Staatssicherheit, an 69 Angehörige des Parteiapparates, an 7 Vertreter von Massenorganisationen sowie an 14 Vertreter von Medien (Dreier, S. 149). Mit vor allem einer Ausnahme waren kurzfristig diejenigen Rechtswissenschaftler wieder eingeladen worden, deren Auffassungen auf der BK verdammt werden sollten (bei Eckert, S. 22), und zwar mit der klassischen Begründung, daß man deren Anwesenheit Ulbricht nicht zumuten könne. Die Verurteilungen waren Vorverurteilungen und sollten *in absentia* der zu Verurteilenden erfolgen.

Die Eröffnungsrede auf der BK hielt das Ordentliche Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaften Arthur Baumgarten.¹⁶ Den

15 Siehe: Jörn Eckert (ed.): Die Babelsberger Konferenz, Baden-Baden 1993, S. 59-64.

16 Vgl. zu dessen Lebensweg und Leistung: Klenner/Oberkofler: Arthur Baumgarten. Rechtsphilosoph und Kommunist. Daten und Dokumente zu seiner Entwicklung, Innsbruck 2003.

hochangesehenen Gelehrten, der 1933 in die Schweiz emigriert und dort vom Liberalismus zum Sozialismus konvertiert war, hatte man offensichtlich nicht in den eigentlichen Sinn des ganzen Babelsberger Unternehmens eingeweiht; jedenfalls schwamm der Nestor der deutschen Rechtswissenschaft unbekümmert gegen den Strom, indem er zwar Mängel in der wissenschaftlichen Arbeit der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft »Walter Ulbricht« (deren Präsident er war) konzedierte, diese aber ausgerechnet durch Fehlen von »schöpferischer Freiheit des individuellen Geistes«, von »Selbständigkeit, Spontaneität, Freiheit des Denkens« verursacht sah. Gewiß war es diese Tendenz, dem »starren Dogmatismus« die »eigene geistige Arbeit« der Lehrenden und Lernenden entgegenzusetzen, die dazu geführt hat, daß Baumgartens Rede ungeachtet des internationalen Ansehens ihres Autors als Antifaschist, Sozialist und Wissenschaftler nicht in den Protokollband der BK aufgenommen wurde und erst nach der Kehre aus dem Archiv veröffentlicht werden konnte (Eckert, S. 41-44).

Das sprachlich schwülstige, gedanklich leere und durch ein permanentes Mißverhältnis zwischen Behauptungen und Beweisen charakterisierte Referat Ulbrichts gliederte sich wie folgt: I Einführung – II Die Staatsfrage in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg – III Fragen des Staates und des Rechts in der Übergangsperiode – IV Wie muß unsere Staats- und Rechtswissenschaft arbeiten, um ihre Aufgaben zu erfüllen? – V Über die Konföderation der beiden deutschen Staaten – VI Die schöpferische Anwendung der marxistisch-leninistischen Staatslehre auf die Fragen des volksdemokratischen Staates und des sozialistischen Aufbaus in der Deutschen Demokratischen Republik.

Die Darlegungen selbst waren in sich, aber auch im Verhältnis zu anderen von Ulbricht zuvor und danach gehaltenen Reden andauernd redundant. Eine Konföderation zwischen DDR und BRD, von Otto Grotewohl bereits im Jahr zuvor vorgeschlagen und nun auf der BK wiederholt, war genau eine Woche zuvor vom Deutschen Bundestag in einer EntschlieÙung ebenso abgelehnt worden wie überhaupt jegliche »Verhandlungen mit den Vertretern des derzeitigen Zonenregimes« oder die Durchführung eines Volksentscheids über eine atomwaffenfreie Zone in den beiden deutschen Staaten.¹⁷ Neue Argumente wurden nicht vorgebracht. Als hätte es weder die Juni-Ereignisse des Jahres 1953 noch den XX. Parteitag der KPdSU gegeben, bot Ulbricht eine allseitige Rechtfertigung der tatsächlich von der SED in den vorangegangenen zwölf Jahren betriebenen Politik, ohne auch nur die Spur eines Ansatzes kritischer Distanz zu irgend einem Detail zu ermöglichen. Fehler sollten wieder einmal im Vorwärtsschreiten überwunden werden, ohne sie zuvor namhaft gemacht, geschweige denn ihre Ursachen aufgedeckt zu haben. Was hatte doch Karl Marx von den proletarischen Revolutionen gesagt? Sie »kritisieren sich beständig selbst, unterbrechen sich fortwährend in ihrem eigenem Lauf, kommen auf das scheinbar Vollbrachte zurück, um es wieder von Neuem anzufangen, verhöhnen grausam-gründlich die Halbheiten, Schwächen und Erbärmlichkeiten ihrer ersten Versuche [...], schrecken stets von Neuem zurück vor der unbestimmten Ungeheuerlichkeit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation geschaffen ist, die jede Umkehr unmöglich macht...«¹⁸

17 Vgl. Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 3. Wahlperiode, 18. Sitzung, 25. März 1958, S. 1169.

18 Marx/Engels, Gesamtausgabe, Bd. I/11, Berlin 1985, S. 102.

Fundamentalkritik hingegen gab es an der sich in der DDR entwickelnden Rechtswissenschaft. Das war auch das unverwechselbar Besondere des Ulbricht-Referates auf der BK gegenüber seinem Referat auf dem V. Parteitag der SED drei Monate danach. Es wurde nicht argumentiert, es wurde verdonnert und verdammt. Den namentlich genannten, besonders den von einer Teilnahme an der Konferenz ausgeschlossenen Delinquenten wurden sozialismusfeindliche Auffassungen vorgeworfen, unter anderem: Revisionismus, Dogmatismus, Kosmopolitismus, Formalismus, Verleumdungen der Sowjetunion und Ulbrichts, Sympathie mit den »konterrevolutionären« Ungarn-Ereignissen von 1956, Leugnung des Klassencharakters des Rechts, Verselbständigung des Rechts und der Rechtstheorie im Verhältnis zum Staat und zur Staatstheorie, behauptete Notwendigkeit von Verwaltungsrecht, Gewaltenteilung und Gesetzlichkeit für die Staatstätigkeit.¹⁹

19 Ulbricht: »Die Staatslehre des Marxismus-Leninismus und ihre Anwendung in Deutschland«, in: Staats- und rechtswissenschaftliche Konferenz in Babelsberg am 2. und 3. April 1958. Protokoll, Berlin 1958, S. 9, 16, 29, 35, 38, 42.

Irgendwelche Beweise für die erhobenen Anschuldigungen wurden ebensowenig vorgebracht wie Raum gegeben für eine Erörterung der zugrundeliegenden Probleme. Die BK war ein als »wissenschaftliche Konferenz« drapierter politischer Schau- und Einschüchterungsprozeß. Versucht man ihr »Parteichinesisch« in einem Konzentrat vorzuführen und dann auf den Begriff zu bringen, findet man diese in dem hanebüchenen, jedem Materialismus wie jeder Dialektik hohnsprechenden Satz: »In Wahrheit aber schaffen die Beschlüsse der Partei die Grundlage für die Staats- und Rechtswissenschaft. Sie ergeben eine lückenlose Kette unserer ganzen gesellschaftlichen Entwicklung, die das Fundament ist, auf dem allein die Entwicklung unserer Staatsmacht und damit unseres Staats und Rechts erarbeitet werden kann.«²⁰ Damit wurden die für den Marxismus charakteristischen Ableitungszusammenhänge von Basis und Überbau, von Wissenschaftlichkeit und Parteilichkeit, vom Recht als Konsequenz, aber auch als Kondition ökonomischer und politischer Verhältnisse auf den Kopf gestellt. Mit solchen nicht bloß unwissenschaftlichen sondern auch wissenschaftsfeindlichen Äußerungen sollte die Jurisprudenz auf das Niveau purer Apologie von Parteibeschlüssen, in denen schon alles »lückenlos« geklärt ist, gedrückt werden. Recht und Rechtswissenschaft haben dann nur noch zu funktionieren. Wie und wohin, das war von anderen längst entschieden worden. Und mit der Ausnahme des bewundernswerten Karl Bönninger funktionierten auch die auf der BK anwesenden Rechtswissenschaftler, wie man in deren durch Zwischenrufe aufgeheizten, sich an Devotionen anbietenden Diskussionsbeiträgen nachlesen kann.²¹

20 Ulbricht, ebenda, S. 41.

21 Ebenda, S: 53, 60, 69, 76, 86, 97, 99, 162.

(3)

Im Verlauf der BK schien Walter Ulbricht die Weichen in Richtung auf eine Kriminalisierung der intellektuellen Übeltäter gestellt zu haben. Jedenfalls teilte er durch einen Zwischenruf dem Auditorium mit, er habe erst tags zuvor erfahren, daß einer der von ihm zuvor angeprangerten »Revisionisten« ein Sympathisant von Imre Nagy (1896-1958, als Konterrevolutionär in Budapest hingerichtet) gewesen sei.²² In ähnlicher Weise deutete übrigens zehn Jahre später der Generalstaatsanwalt der DDR auf einem ZK-Plenum der SED – die scharfmacherischen Zwischenrufe kamen diesmal außer von Walter

22 Auf Klenner gemünzter Zwischenruf Ulbrichts, in: ebenda, S. 61.

Ulbricht auch noch von Margot Honecker – eine Kriminalisierung desselben »Revisionisten« an, indem er strafrechtliches Vokabular (»Rückfälliger«) benutzte.²³

Aus welchen Gründen auch immer: Das Strafrechts-Schwert blieb in der Scheide. Man gab sich mit einer Einschüchterung der Rechtswissenschaftler im allgemeinen zufrieden, die fortan einen rational geführten Diskurs unter Einbeziehung zumindest der Fragwürdigkeit der auf der BK gebotenen »Erkenntnisse« nur noch in verschleierte Form führen konnten, was bei nicht wenigen von ihnen – es war traurig mitzuerleben – zu einer Verinnerlichung der BK führte: Man glaubte an ihren Wahrheitsgehalt und kasteite sich, weil man sie immer noch nicht ganz begriffen habe.²⁴ Im besonderen begnügte man sich mit Rufmord gegen die auf der BK Angeprangeren, mit deren parteiinternen Disziplinierungen im Ergebnis von Verhören ohne Ende, die nachzulesen einem die Schamröte ins Gesicht treibt, mit Aberkennung von Professuren und Dozenturen nebst (vorübergehenden) Entfernungen aus dem Lehrkörper der Berliner und der Leipziger Juristenfakultät.²⁵

Im Bericht des ZK der SED an den drei Monate nach der BK veranstalteten V. Parteitag der SED hieß es dann summierend über die BK: »Die Konferenz deckte das Zurückbleiben der Staats- und Rechtswissenschaft auf. Sie stellte fest, daß in der Staats- und Rechtswissenschaft ein Einbruch der bürgerlichen Ideologie erfolgt war. In einigen Fällen übernahmen unsere Rechtswissenschaftler »Ideengut« der bankrotten bürgerlichen Rechtswissenschaft. [...] Eine Anzahl Juristen erfaßte die Formen der Tätigkeit unseres Staates und unseres Rechts mit der bürgerlichen Methode, d. h. sie sind noch im alten Rechtsdenken verstrickt. In der Staats- und Rechtswissenschaft – so stellte die *Babelsberger* Konferenz fest – besteht ein besonders enger Zusammenhang zwischen Erscheinungen des Revisionismus und des Dogmatismus und dem bürgerlichen Rechts-Formalismus. Staats- und Rechtswissenschaftler [...] gingen nicht genügend von der Frage der politischen Macht aus und machten sie zur Grundlage ihrer Arbeit«.²⁶

Die organisatorischen Folgen der BK wurden durch ein spezielles von der Abteilung für Staats- und Rechtsfragen beim ZK der SED ausgearbeitetes »Programm zur Realisierung der auf der Babelsberger Konferenz gegebenen Hinweise für die Änderung der staats- und rechtswissenschaftlichen Forschungs-, Lehr- und Erziehungsarbeit in der DDR« vom Mai 1958 in die Wege geleitet (Dreier, S. 252-266). Weiterreichende Folgen der BK bestanden in einigen »Kaderveränderungen«, in Vorgaben für Forschungsthemen, in einer zum Teil drastischen Veränderung der Vorlesungsinhalte und -strukturen an den juristischen Ausbildungseinrichtungen, insbesondere einer Zurückdrängung, teilweise einer Ausmerzung des an den Universitäten zu lehrenden spezifisch juristischen Gedanken- und Paragraphenmaterials. So wurde die Vorlesungsreihe »Theorie und Geschichte von Staat und Recht« durch eine andere zum Thema »Der Kampf der Arbeiterklasse und der Volksmassen um die Errichtung der Diktatur des Proletariats und den Sieg des Sozialismus« ersetzt, und das Verwaltungsrecht wurde als Rechtszweig (!) und als Vorlesungsgegenstand überhaupt abgeschafft.²⁷ Ferner wurde eine spe-

23 Vgl. den Abdruck des Streit-Referates bei Dreier [Anm. 12], S. 504, sowie in: Haney/Maihofer/Sprenger (ed.): *Recht und Ideologie*, Freiburg/Berlin 1996, S. 398.

24 Vgl. Hans-Andreas Schönfeldt: »Zur Geschichte der Rechtswissenschaft in der SBZ/DDR von 1945-1960«, in: Heinz Mohnhaupt (u. a.), *Einführung in die Rechtsentwicklung mit Quellendokumentation*, Frankfurt 1997, S. 280-288 (Veröffentlichung des Max-Planck-Instituts für Europäische Rechtsgeschichte).

25 Vgl. den Abdruck des »Abschlußberichtes über Vorgänge an der Juristischen Fakultät der Berliner Humboldt-Universität« bei Dreier [Anm. 12], S. 220-242, sowie Stefan Güpping: *Die Bedeutung der »Babelsberger Konferenz«* von 1958, Berlin 1997, S. 158-174.

26 Protokoll des V. Parteitages der SED, Bd. 2, Berlin 1959, S. 1550.

27 Vgl. Uwe Wesel: *Geschichte des Rechts*, München 1997, S. 498.

28 Vgl. Reiner Arlt: »Zu den Aufgaben und zur gegenwärtigen Lage der Staats- und Rechtswissenschaft«, abgedruckt bei Dreier [Anm. 12], S. 290-320; vgl. bereits Arlts Brief an den ZK-Sekretär Grüneberg vom 18. 9. 1959, abgedruckt bei Eckert [Anm. 15], S. 101-104).

29 Vgl. Polak: »Der Auftrag der Babelsberger Konferenz«, in: Staat und Recht, Bd. 8, Berlin 1959, S. 483-504; vgl. auch Güpping [Anm. 25], S. 167.

30 Vgl. Heinz Such: »Gegen Erscheinungen des Dogmatismus und Rechtsnihilismus in der Staats- und Rechtswissenschaft«, in: Staat und Recht, Jg. 11, Berlin 1962, S. 122-145, besonders S. 125. – Zu Heinz Such (1910-1976), seit 1967 Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der DDR, vgl. Rolf Steding in: Neue Justiz, Jg. 57, Berlin 2003, S. 627 ff., dazu Frank Legler, ebenda, Jg. 58, 2004, S. 403.

31 Vgl. Karl Polak: Zur Dialektik in der Staatslehre, Berlin 1963, S. XV, 276, 386, sowie Uwe-Jens Heuer, »Demokratie und Ökonomie. Zur Auseinandersetzung von Karl Polak und Heinz Such«, in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR. Gesellschaftswissenschaften, Jg. 1986, Nr. 11 G, Berlin 1987, S. 22-29.

zielle »Kommission für Staats- und Rechtswissenschaft beim Politbüro des ZK der SED« durch Politbürobeschluß vom 29. Juli 1958 gebildet (Dreier, S. 267 ff.). Sekretär der Kommission wurde auf deren 1. Sitzung am 1. August 1958 mit Karl Polak derjenige, der auch die Vorbereitung der BK zu verantworten hatte. Er legte noch im Herbst 1958 ein Arbeitsprogramm vor (Dreier, S. 272-275), das u. a. eine Unterordnung der juristischen Fakultäten unter die *Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft* »Walter Ulbricht«, eine Neugestaltung aller juristischen Lehrpläne und Vorlesungsinhalte sowie die Durchführung von Kodifizierungsarbeiten vorsah. Zu letzteren zählten: Gesetz über die Richterwahlen; LPG-Gesetz; Arbeitsgesetzbuch, Familiengesetzbuch; Strafgesetzbuch; Zivilgesetzbuch; Zivilprozeßordnung. Indem sich diese von einem Politbüromitglied geleitete Kommission von etwa 25 Mitgliedern für die wichtigsten Gesetzgebungsvorgaben für verantwortlich erklärte, maßte sie sich (und damit der SED) extralegale, ja verfassungswidrige Macht an.

Einen Höhepunkt erreichte die Exekution der BK auf einer Sitzung der Kommission für Staats- und Rechtswissenschaft beim Politbüro des ZK der SED vom 25. Februar 1960, auf der der Prorektor der *Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft* »Walter Ulbricht« zur Lage der Staats- und Rechtswissenschaft referierte, wobei er Rechtswissenschaftler der DDR reihenweise denunzierte.²⁸ Ende Februar 1961 hielt dann der inzwischen zum Mitglied des neu gebildeten Staatsrates der DDR (Vorsitzender: Walter Ulbricht) avancierte Karl Polak, der von Anfang an das Interpretationsmonopol über die BK beansprucht hatte,²⁹ ein nahezu vierstündiges Referat (vgl. Dreier, S. 321 f.), dessen Inhalt sich in den Folgejahren als die herrschende Meinung innerhalb der DDR-Rechtswissenschaft etablierte.

Einen so bravourösen wie aussichtslosen Versuch, frontal gegen den Strom zu argumentieren, unternahm insbesondere der bedeutende Zivil- und Wirtschaftsrechtsprofessor Heinz Such mit seinem unbekümmert vorgebrachten Vorwurf, Polak (und damit die ganze BK) befände sich »noch vor den Toren von Staat und Recht. Wenn wir dabei verharren, geraten wir unweigerlich in eine rechtsnihilistische Position. Dahin sind wir auch tatsächlich geraten. Das ist für uns keine bloße Möglichkeit mehr, das ist schlechte Wirklichkeit«.³⁰ Der Gegenangriff von Suchs Leipziger Genossen und von Polak persönlich – unter dem Vorwand der Suche nach einer Spezifik des Rechts habe Such dazu aufgefordert, die Lehre vom sozialistischen Recht als Instrument der Partei zu korrigieren³¹ – wirkte sich verheerend aus: Such wurde zu einer diejenigen demaskierenden »Selbstkritik« (bei Dreier, S. 282-287) gezwungen, die ihm solch eine Selbsterniedrigung abverlangten.

Aber auch den zehn Autoren von »Thesen über das deutsche staats- und rechtswissenschaftliche Erbe« erging es nicht besser. Ihr vorsichtig (doch eben nicht vorsichtig genug) formuliertes Anliegen ging von dem plausiblen Gedanken aus, daß es fortschrittserleichternde Traditionen gibt; weshalb es ihnen ratsam erschien, die Erfahrungen und Einsichten der juristischen Vergangenheit für die Anforderungen der juristischen Gegenwart verfügbar zu halten, zumal

sich ja überhaupt Gesellschafts- und in ihr Rechtsgeschichte in einer Einheit von Kontinuität und Diskontinuität vollzieht. Mit den als Konzeption gedachten »Erbe-Thesen« sollte es mit der gedanklichen Hilfe von progressiven Rechtsdenkern der Vergangenheit erleichtert werden, die kategorialen und strukturellen Errungenschaften von Rechtsstaatlichkeit und Gesetzlichkeit für sozialistische Gesellschaftsverhältnisse zu erschließen.³² Die Abteilung für Staats- und Rechtsfragen beim ZK der SED reagierte sofort und allergisch, und Polaks nebst seiner willigen Vasallen Verdikt stand vorher schon fest: »Die ›große juristische Tradition‹ der klassischen Jurisprudenz ist nichts als ein Ausdruck der Negation des gesellschaftlichen Fortschritts. [...] Hier ist keine Tradition zu übernehmen, sondern nur eine Tradition zu vernichten.«³³ Als ob es zwischen dem Demokratismus des jungen, sich zu Hegel bekennenden Marx und dem späteren, Hegel attackierenden (und ihn dennoch verehrenden) Marx keine Brücken, sondern nur einen Bruch gegeben hätte.³⁴

Nach dem Prager Frühling von 1968 wurde dann der Geltungsanspruch der BK nochmals exekutiert. Durch einen speziellen Politbüro-Beschluß vom 15. Oktober 1968 (bei Dreier, S. 497) und einem Diskussionsbeitrag des Generalstaatsanwalts der DDR auf dem 9. Plenum des ZK der SED vom 24. Oktober dieses Jahres (bei Dreier, S. 492-509) wurde die von einem der Hauptverdächtigen der BK geleitete »Arbeitsstelle für Rechtswissenschaft« an der Akademie der Wissenschaften der DDR wegen dessen angeblich rückfälligen Revisionismus, Konvergenz- und wertfreier Rechtstheorie aufgelöst.³⁵

(4)

In Ulbrichts Schlußwort auf der BK findet sich der weniger ihn selbst als seine sich so etwas bieten lassenden Hörer aus den Juristenfakultäten entwürdigende Satz: »Wenn mich jemand fragt *hat aber keiner gewagt*, woher ich meine juristischen Kenntnisse habe, so werde ich ganz offen [!] sagen: vor allem durch das Studium der Theorie des Marxismus-Leninismus.«³⁶ O sancta simplicitas!

Auch wenn die BK ungeachtet eines speziellen Beschlusses des Sekretariats des ZK der SED vom 27. April 1966 über die Pflege des Erbes von Karl Polak (vgl. Dreier, S. 432) sowie einer Zuweisung von »Leitfunktionen« gegenüber den juristischen Universitätsfakultäten für ganze Bereiche der Rechtswissenschaft an die Babelsberger Ulbricht-Akademie (Gesetz-Blatt der DDR, Teil II, 1967, Nr. 22) durch einfachen Zeitablauf einem Verschleißungsprozeß unterlag, blieben ihre Grundthesen bis zum Ende der DDR herrschende Meinung, also die der Herrschenden, wie ein gewisser Karl Marx gesagt haben würde.³⁷ Die BK offen in Frage zu stellen, war nahezu unmöglich, auch wenn für die einzelnen Rechtsgebiete und von einzelnen Rechtswissenschaftlern in unterschiedlicher Weise eine allmählich differenzierende Sicht vorgetragen werden konnte und auch wurde. Mit ihr habe die Parteiführung der SED im Kampf gegen den Revisionismus bei der Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Rechtswissenschaft das entscheidende Kettenglied in der Entwicklung von Staat und Recht in Theorie und Praxis herausgearbeitet, hieß es später bei Hilde Benjamin.³⁸ Und noch 1986 wurde auf

32 Vgl. »Thesen über das deutsche staats- und rechtswissenschaftliche Erbe«, in: Staat und Recht, Jg. 11, Berlin 1962, S. 830-837.

33 Vgl. Polak [Anm. 31], S. 196, auch S. XVI, 272, 387; Reiner Arlt: »Zu den Thesen über das deutsche Staats- und rechtswissenschaftliche Erbe«, in: Forum zu aktuellen Fragen der Staats- und Rechtswissenschaft (Herausgeber: Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft, Babelsberg), Jg. 1962, Nr. 2, S. 30-35, vgl. bereits Nr. 1 dieses von der Forschung bisher übersehenen Forums; Dreier [Anm. 12], S. 326, 339, 355-372; Staat und Recht, Jg. 11, Berlin 1962, S. 1574-1590, Jg. 12, 1963, S. 800-830. – Vgl. auch Howe [Anm. 13], S. 263-279, und Detlef Joseph, in: Heuer (ed.): Die Rechtsordnung der DDR, Baden-Baden 1995, S. 580-596.

34 Vgl. Dimitris Karydas: »Junger Marx«, in: Wolfgang F. Haug (ed.), Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Bd. 6 II, Hamburg 2004, S. 1725-1734; vgl. MEGA, Bd. I/24, Berlin 1984, S. 382: »Ohne Vorangang der deutschen Philosophie [...] wäre der deutsche wissenschaftliche Sozialismus nie zustande gekommen.«

35 Vgl. Jahrbuch 1990/91 der Akademie der Wissenschaften der DDR und der Koordinierungs- und Abwicklungsstelle für die Institute und Einrichtungen der ehemaligen Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin 1994, S. 321 f.; H. Klenner: »Juristen an der Deutschen Akademie der

Wissenschaften zu Berlin«, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 29, Jg. 1999, Heft 2, S. 87.

36 Ulbricht: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates 1945-1958, Berlin 1958, S. 680. Unter solchen Voraussetzungen über »Walter Ulbrichts Rechtsbegriff« zu reflektieren, wie es Robert Alexy, in: Eckert [Anm. 15], S. 191-202, getan hat, wäre, wenn das Vorhaben gelänge, ein Geniestreich.

37 Marx/Engels/Weydemeyer, Die deutsche Ideologie [1845], Berlin 2004, S. 40 (Marx-Engels-Jahrbuch 2003). Vgl. bereits Goethe, Poetische Werke (Berliner Ausgabe), Bd. 8, Berlin/Weimar 1965, S. 168: »Was ihr den Geist der Zeiten heißt/ Das ist im Grund der Herren eigner Geist« (Faust I, Verse 577/78).

38 Hilde Benjamin (u. a.): Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR 1949-1961, Berlin 1980, S. 258,

39 Vgl. Eberhard Poppe/Wolfgang Weichelt, in: Sitzungsberichte der AdW [Anm 31], S. 5-21; vgl. auch die Beiträge in: Staat und Recht, Jg. 37, Berlin 1988, Nr. 9.

40 Karl Polak: »Die Staatsfrage im ›Achtzehnten Brumaire‹ (Ein Beitrag zur Dialektik in der Staatsfrage)«, in: Festschrift für Erwin Jacoby, Berlin 1957, S. 99 f.

41 Vgl. Güpping [Anm. 25], S. 25, bzw. Jörn Eckert, »Die Babelsberger Konferenz vom 2. und 3. April 1958 – Legende und Wirklichkeit«, in: Der Staat, Jg. 33, Berlin 1994, S. 59-75.

einer Klassensitzung der Akademie der Wissenschaften der DDR der beiden Hauptreferenten der BK und ihres *Spiritus rector* in hagiographischer Manier gedacht.³⁹ Immer noch keine fundamentale Kritik an den auch noch als »Dialektik« bezeichneten, so rechts- wie bürgerrechtsnihilistischen Unterstellungen, daß es das Anliegen der proletarischen Staatsmacht sei, »das Individuum aus seiner Abstraktheit und Vereinzelung auf den festen Boden der Gesellschaft *zu stellen und damit* alles Subjektive, alles Zufällige, alles, was den Menschen von seiner Zeit, von der geschichtlichen Lage, in der er steht, von dem Objektiven trennt, *zu überwinden*. Die abstrakte Norm kennt nur das Individuum, das gespenstische Nichts, das der Ausdruck eines jeden sein soll.«⁴⁰

Auch wenn sich die BK vor allem in der Rechtstheorie und im Öffentlichen Recht verheerend auswirkte, ist ihre Deutung als »verfassungsdeklarierende Versammlung der DDR« ebenso überzogen wie die sich aus dem interessierten Vorurteil eines sich mit dem Realkapitalismus Identifizierenden speisende Bedeutungslosigkeitsklärung der BK als Mißverständnis zwischen Gleichgesonnenen;⁴¹ man liest eben nur, was man versteht...

Tatsächlich hatte die Parteiführung der SED durch die BK verhindert, daß die durch den XX. Parteitag der KPdSU gegebene, wenn auch geringe Chance wahrgenommen werden konnte, auf dem Gebiet der Rechtswissenschaft und -praxis die stalinistisch-dogmatischen Methoden und Inhalte von Grund auf zu kritisieren, und zwar im Interesse eines seines Namens auch werten Sozialismus. Eine wissenschaftliche Konferenz, deren Ergebnis einschließlich dem, was nicht herauskommen darf (!), zuvor von Nichtwissenschaftlern beschlossen worden ist, läßt den immer erforderlichen intellektuellen Fortschritt ersterben. Insofern war die BK das Musterbeispiel eines Scheinlebens. Statt auf Erfahrungen und Ursachenanalyse, auf Dialog und Meinungsstreit zu orientieren, hatte sie eine auf autoritären Strukturen basierende, also auf Unproduktivität angelegte »Staats- und Rechtswissenschaft« etabliert, die auf einem apologetischen Verhältnis zu den jeweiligen Parteibeschlüssen und Gesetzen gedrückt werden sollte und partiell auch wurde. So sind die Ursachen vorangegangener Fehlentwicklungen zugedeckt und daher diese reproduziert worden. Erkenntnisfortschritt mußte erschlichen werden. Es wurde mit dem Fuchsschwanz argumentiert. Brennende Gegenwartsprobleme wurden, um sie überhaupt diskutierbar zu machen, historisch verfremdet, womit aber die Schärfe der inneren Widersprüche der DDR sublimiert worden sind. Genährt wurde damit aber auch die Differenz zwischen Gedachtem und Geschriebenem, was nahezu zwangsläufig dazu führt, daß dann weitgehend nur noch gedacht wird, was geschrieben werden darf. Die Geschichte allen Reformismus lehrt, daß, wer statt zu attackieren nur noch zu taktieren gewohnt ist, das Attackieren gänzlich verlernt.

Die in der BK mit zynisch, provokatorisch, revisionistisch, kosmopolitisch, konterrevolutionär, intellektualistisch und kleinbürgerlich etikettierten Auffassungen der Kritisierten (und danach disziplinierten) Rechtswissenschaftler dürfen nicht überinterpretiert und deren Autoren schon gar nicht bescheinigt werden, sie hätten außerhalb des Konfliktfeldes zwischen Wissen und Wollen, zwischen real-

politischem Handlungszwang und Gewissen gestanden. Sie fühlten sich in der Nachfolge jener im Osten Deutschlands nach 1945 entstandenen Alternativjurisprudenz. Sie hielten den tatsächlichen Zustand der Gesellschaft, insbesondere des Staates und des Rechts, für reformbedürftig, aber eben auch für reformfähig. Sie waren jedoch naiv, was die Ursachenanalyse für die längst verhärtete Interessenstruktur und für das Hierarchiengefüge jener Gesellschaft anlangt, mit deren Entwicklung als der einer Gegenmacht zum bundesrepublikanischen Realkapitalismus sie sich identifizierten. Es ist sogar erwogen worden, ob der auf der BK und danach am schärfsten Kritisierte unter den Juristen – anders als Fritz Behrens bei den Ökonomen – »perhaps unintentionally called into question the political legitimacy of the conscious planner of society, the Socialist Unity Party and its tool, the state.«⁴²

Und was war eigentlich ihre Alternative? Die (objektiven) Bedingungen einer Gesellschaft können so wenig hinweggedacht werden, wie die Verwirklichung der (subjektiven) Ziele der Agierenden herbeigedacht werden kann. Adenauer war für die von Ulbricht Kritisierten keine Alternative. Oder glaubt man ernsthaft, sie hätten innerhalb der realkapitalistischen Bundesrepublik die besseren Verwirklichungsbedingungen für ihre Vorstellungen von einer sozialistischen Gesellschaft vorfinden oder herbeiführen können? Lieber mit den Emigranten und Zuchthäuslern (wie Ulbricht, Polak und Streit es waren) zu irren, als recht zu behalten mit den Akademikern, war ihre Sache freilich auch nicht. Waren sie in eine Zwickmühle geraten? Sie setzten jedenfalls auf den langen Atem, den die Geschichte zuweilen honoriert. Oder hätten sie auf Teufel komm raus und ohne Rücksicht auf Verluste warnend darauf bestehen müssen, daß eines unschönen Tages die Rechtswissenschafts-Konzeption der BK einschließlich, wohlgemerkt, des Versagens der auf ihr Kritisierten zu den endogenen Bedingungen einer kollabierenden DDR gehören könnte?

Schmeicheln wir uns, daß ihr Verhalten wenigstens durch eine Geschichte des listigen Augsburgers von jenem Denkenden legitimiert ist, der den Gewalthabern zu Munde redete und sich vor seinen Schülern, die ihm vorwarfen, kein Rückgrat zu haben, mit den Worten rechtfertigte: »Ich habe kein Rückgrat zum Zerschlagen. Grade ich muß länger leben als die Gewalt.«⁴³

(5)

Von den auf der BK und danach Kritisierten blieben die allermeisten auch nach 1989/90 das, was sie dreißig Jahre zuvor auch schon gewesen waren: erkennende marxistische Rechtstheoretiker und bekennende Sozialisten; das freilich läßt sich von den meisten Rechtswissenschaftlern, die damals die Dogmatismen der BK verinnerlichten, soweit sie die Kehre erlebten, wahrlich nicht sagen. Aber das war auch nicht anders zu erwarten.

Literatur

Arlt, Reiner: »Die Dialektik in der Staats- und Rechtswissenschaft durchsetzen! Zu Karl Polaks Werk«, in: Staat und Recht, Jg. 9, Berlin 1960, S. 230-248.
Ders.: »Zu den Thesen über das deutsche staats- und rechtswissenschaftliche Erbe«, in: Forum zu aktuellen Fragen der Staats- und Rechtswissenschaft, Babelsberg 1962, Nr. 2, S. 30-35.

42 Peter C. Caldwell: Dictatorship, State Planning, and Social Theory in the German Democratic Republic, Cambridge 2003, S. 98; auf S. 57-96 (»The Legal Theory of State Socialism«) zum Teil andere Erwägungen über die Auffassungen von Bönniger, Heuer, Klenner, Polak und Such.

43 Bertolt Brecht: Geschichten vom Herrn Keuner. Zürcher Fassung, Frankfurt am Main 2004, S. 58.

- Ders.: »Dem Gelehrten Karl Polak zum Gedenken«, in: Staat und Recht, Jg. 12, Berlin 1963, S. I-XVI.
- Bahrt, Werner (u. a.): »Für eine schöpferische marxistisch-leninistische Arbeit in der Staats- und Rechtswissenschaft«, in: Staat und Recht, Jg. 11, Berlin 1962, S. 5-25.
- Benjamin, Hilde (u.a.): Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR 1949-1971, 3 Bde, Berlin 1976/1986.
- Benjamin, Michael; Schulze, Gerhard: »Karl Polak – ein hervorragender Wegbereiter der marxistisch-leninistischen Staats- und Rechtswissenschaft«, in: Staat und Recht, Jg. 34, Berlin 1985, S. 947-954.
- Bernhardt, Ulrich: Die Deutsche Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft »Walter Ulbricht«, Frankfurt 1997.
- Bönninger, Karl: »Rechtsnorm und Verwaltungsanweisung«, in: Festschrift für Erwin Jacobi, Berlin 1957, S. 333-369.
- Ders.: »Die Babelsberger Konferenz und das Schicksal der Verwaltungsrechtswissenschaft«, in: Jörn Eckert (ed.), Die Babelsberger Konferenz, Baden-Baden 1993, S. 203-208.
- Büttner, Horst: »Staats- und Rechtstheoretiker zogen erste Lehren aus der Babelsberger Konferenz«, in: Staat und Recht, Jg. 7, Berlin 1958, S. 605-613, 706-719.
- Caldwell, Peter C.: Dictatorship, State Planning, and Social Theory in the German Democratic Republic, Cambridge 2003, pp. 57-96.
- Dreier, Ralf (u. a.): Rechtswissenschaft in der DDR 1949-1971 (Dokumente zur politischen Steuerung im Grundlagenbereich), Baden-Baden 1996.
- Eckert, Jörn: »Die Babelsberger Konferenz vom 2. und 3. April 1958 – Legende und Wirklichkeit«, in: Der Staat, Jg. 33, Berlin 1994, S. 59-75.
- Eckert, Jörn (ed.): Die Babelsberger Konferenz vom 2./ 3. April 1958, Baden-Baden 1993.
- Fechner, Max (ed.): Beiträge zur Demokratisierung der Justiz, Berlin 1948.
- Güpping, Stefan: Die Bedeutung der »Babelsberger Konferenz« von 1958 für die Verfassungs- und Wissenschaftsgeschichte der DDR, Berlin 1997.
- Helmbrecht, Annemarie: »Professor Klenner und der Revisionismus«, in: Neues Deutschland, 26. Februar 1958, S. 4.
- Dies., »Zur ideologischen Natur des Rechts im Lichte des großen Oktober«, in: Staat und Recht, Jg. 7, Berlin 1958, S. 244-264.
- Heuer, Uwe-Jens (ed.): Die Rechtsordnung der DDR, Baden-Baden 1995.
- Ders.: Im Streit. Ein Jurist in zwei deutschen Staaten, Baden-Baden 2002.
- Hoecck, Joachim: Verwaltung, Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtsschutz in der DDR, Berlin 2003.
- Howe, Marcus: Karl Polak. Parteijurist unter Ulbricht, Frankfurt/M. 2002.
- Janke, Gerd: »Die Verwaltungsgerichtsbarkeit in der SBZ und in der DDR«, in: Neue Justiz, 46. Jg., 1992, S. 425-431.
- Joseph, Detlef: »Zum Schicksal der Rechtstheorie der DDR«, in: Staat und Recht, Jg. 39, 1990, S. 515-522.
- Ders.: »Stalinismus und Rechtswissenschaft. Zur Archäologie der Babelsberger Konferenz«, in: Demokratie und Recht, Bd. 19, Köln 1991, S. 277-302.
- Ders.: »Rechtswissenschaft und SED«, in: Heuer (ed.), Die Rechtsordnung der DDR, Baden-Baden 1995, S. 549-609.
- Klenner, Hermann: »Zur ideologischen Natur des Rechts«, in: Staat und Recht im Lichte des Großen Oktober, Berlin 1957, S. 82-101.
- Ders.: »Gesetzgebung und Gesetzlichkeit« [1956], in: Staat und Recht, Bd. 39, Berlin 1990, S. 372-381.
- Ders.: »Die gescheiterte Alternative«, in: Rolf Steding (ed.), Staat und Recht in den neuen Bundesländern, Hamburg 1991, S. 8-13.
- Ders.: »Was bleibt von der marxistischen Rechtsphilosophie?«, in: Werner Maihofer (ed.), Praktische Vernunft und Theorien der Gerechtigkeit, Stuttgart 1992, S. 11-19.
- Ders.: »Babelsdorf 1958«, in: Der Staat, Bd. 31, Berlin 1992, S. 612-626.
- Ders.: »Zur Entwicklung der Rechtswissenschaft in der DDR«, in: Ostdeutscher Juristentag, Berlin 1993, S. 6-13.
- Ders.: »Zur Rechtskonzeption der SED und ihrer Widerspiegelung in der Rechtsordnung der DDR«, in: Ansichten zur Geschichte der DDR, Bd. 2, Bonn 1994, S. 153-166.
- Ders.: »Rücksichten auf die Babelsberger Konferenz«, in: Materialien der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, Bd. 4, Baden-Baden 1995, S. 83-87, 111-114.
- Ders.: »Rechtstheoretisches zu den deutsch/deutschen Rechtsbeugungsprozessen«, in: 3. Ostdeutscher Juristentag, Berlin 1995, S. 7-19.
- Ders.: »Über Vorverständnisse von Recht in neuerer Zeit«, in: Politisches Denken. Jahrbuch 1995/96, Stuttgart 1996, S. 47-56.
- Ders.: »Recht und Rechtstheorie der revolutionären Linken am Beispiel der Oktoberrevolution«, in: Michael Buckmiller (ed.), Opposition als Triebkraft der Demokratie, Hannover 1998, S. 348-356.
- Ders.: »Marxistische Rechtsphilosophie – auf dem Abstellgleis der Geschichte«, in: Eric Hobsbawm (u. a.), Das Manifest – heute, Hamburg 1998, S. 192-205.
- Ders.: »Juristen an der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 1946-1969«, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 29, Jg. 1999, Heft 2, S. 81-90.
- Mampel, Siegfried: »Dialektik und Recht. Zur Situation der Rechtstheorie der SBZ«, in: Jahrbuch für Ostrecht, Bd. 1, München 1960, S. 91-110.
- Markovits, Inga: Die Abwicklung. Zum Ende der DDR-Justiz, München 1993.
- Marten, Jürgen: »Die Maßlosigkeit der Macht und das Recht«, in: Gerhard Haney/Werner Maihofer/Gerhard Sprenger (ed.), Recht und Ideologie, Freiburg/Berlin 1996, S. 385-402.
- Mollnau, Karl: »Über die Wyschinski-Rezeption der Babelsberger Konferenz«, in: Neue Justiz, Jg. 45, Berlin 1991, S. 94-96.
- Ders.: »Die Babelsberger Konferenz«, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie. Beiheft 44, Stuttgart 1991, S. 236-247.
- Ders.: Recht und Juristen im Spiegel der Beschlüsse des Politbüros und Sekretariats des ZK der SED, Frankfurt 2003.

- Nathan, Hans: (u. a.), »Thesen über das deutsche staats- und rechtswissenschaftliche Erbe«, in Staat und Recht, Jg. 11, Berlin 1962, S. 830-837.
- Paschukanis, Eugen: Allgemeine Rechtslehre und Marxismus [1924], Freiburg/Berlin 1991.
- Polak, Karl: Zwei Aufsätze zur Staats- und Rechtslehre, Berlin 1948.
- Ders.: »Über Wyschinskis Lehren und Praxis«, in: Neue Justiz, Bd. 9, Berlin 1955, S. 65-71.
- Ders.: »Der Auftrag der Babelsberger Konferenz«, in: Staat und Recht, Bd. 8, Berlin 1959, S. 483-504.
- Ders.: »Zur Lage der Staats- und Rechtswissenschaft in der DDR«, in: Staat und Recht, Jg. 8, Berlin 1959, S. 1326-1351; Jg. 9, 1960, S. 1-17.
- Ders.: Zur Dialektik in der Staatslehre, Berlin 1963.
- Ders.: Reden und Aufsätze, Berlin 1968.
- Poppe, Eberhard; Weichelt, Wolfgang: Karl Polaks Beitrag zur Herausbildung einer marxistisch-leninistischen Staats und Rechtswissenschaft in der DDR, Berlin 1987.
- Riege, Gerhard: »Die Babelsberger Konferenz«, in: Recht und Gerechtigkeit, Jena 1991, S. 155-173.
- Rössler, Ruth-Kristin: Justizpolitik in der SBZ/DDR 1945-1956, Frankfurt 2000.
- Rottleuthner, Hubert (ed.): Steuerung der Justiz in der DDR, Köln 1994.
- Schöneburg, Karl-Heinz: »Die Babelsberger Konferenz«, in: Neue Justiz, Jg. 44, Berlin 1990, S. 5-8.
- Schöneburg, Volkmar: »Gesetzlichkeit und Parteilichkeit. Herrschende Rechtsauffassung und Herrschaftssicherung in der DDR«, in: UTOPIE kreativ, Heft 81/82, Berlin 1997, S. 148-157.
- Ders.: »Recht und Repression in der DDR«, in: UTOPIE kreativ, Heft 91/92, Berlin 1998, S. 146-154.
- Hans-Andreas Schönfeldt: »Zur Geschichte der Rechtswissenschaft in der SBZ/DDR von 1945-1960«, in: Heinz Mohnhaupt (ed.), Normdurchsetzung in Osteuropäischen Nachkriegsgesellschaften, Bd. 1, Frankfurt am Main 1997, S. 189-288.
- Staats- und rechtswissenschaftliche Konferenz in Babelsberg am 2. und 3. April 1958. Protokoll, Berlin 1958.
- Streit, Josef: »Rede auf dem 9. Plenum des ZK der SED« (24. Oktober 1968), in: Gerhard Haney/Werner Maihofer/Gerhard Sprenger (ed.), Recht und Ideologie, Freiburg/Berlin 1996, S. 395-401 (auch bei: Dreier, S. 502-509).
- Such, Heinz: »Gegen Erscheinungen des Dogmatismus und Rechtsnihilismus in der Staats- und Rechtswissenschaft«, in: Staat und Recht, Jg. 11, Berlin 1962, S. 122-145.
- Ulbricht, Walter: Die Entwicklung des deutschen volksdemokratischen Staates, Berlin 1958, S. 601-681.
- Wesel, Uwe: Geschichte des Rechts, München 1997.
- Will, Rosemarie: Rechtswissenschaft der DDR – Was wird von ihr bleiben?, Sinzheim 1995.

MICHAEL LÖWY

Destruktiver Fortschritt. Marx, Engels und die Ökologie

Wie weit verträgt sich das Denken von Marx und Engels mit der modernen Ökologie? Ist eine ökologische Marx-Lektüre vorstellbar? Welche Errungenschaften des Marxismus sind unverzichtbar für den Aufbau eines Ökosozialismus, der den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts entspricht? Und welche Marxschen Auffassungen bedürfen einer diesen Herausforderungen gemäßen »Revision«? Die folgenden kurzen Bemerkungen wollen diese Fragen nicht beantworten, aber einige Merkzeichen für die Debatte setzen.

Mein Ausgangspunkt ist die Feststellung, daß a) die ökologischen Themen in der Marxschen theoretischen Disposition keinen zentralen Platz einnehmen und b) die schriftlichen Äußerungen von Marx und Engels zum Verhältnis zwischen menschlichen Gesellschaften und Natur bei weitem nicht eindeutig sind, also unterschiedlich interpretiert werden können. Von diesen Prämissen ausgehend, werde ich versuchen, einige Spannungen oder Widersprüche in den Texten der Begründer des historischen Materialismus sichtbar zu machen, zugleich aber auch die Pfade zu bezeichnen, die sie einer marxistisch inspirierten Ökologie weisen.

Was kritisieren Ökologen¹ in der Hauptsache am Denken von Marx und Engels? Zunächst beschreibt man sie als Anhänger eines erobernden, »prometheischen« Humanismus, der den Menschen der Natur entgegen setze und ihn zum Herrn und Meister der natürlichen Welt mache. Wahr ist, daß sich bei ihnen viele Hinweise auf die »Kontrolle«, die »Beherrschung« der Natur oder gar die »Herrschaft« über diese finden. Laut Engels werden z. B. die Menschen im Sozialismus »zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eignen Vergesellschaftung werden«.² Doch wie wir weiter unten sehen werden, beziehen sich die Ausdrücke »Herrschaft« über die Natur oder »Beherrschung« der Natur bei Marx und Engels ganz einfach auf die Kenntnis der Naturgesetze.

Was zum anderen seit den ersten Schriften von Marx auffällt, ist sein erklärter *Naturalismus*, seine Sicht auf den Menschen als Naturwesen, als untrennbar von seiner natürlichen Umwelt. Die Natur, schreibt Marx in den *Manuskripten aus dem Jahre 1844*, »ist der *unorganische Leib* des Menschen«. Oder auch: »Daß das physische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen andren Sinn, als daß die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.« Marx bekennt sich freilich zum Humanismus, aber er definiert den Kommunismus als

Michael Löwy – Jg. 1938, brasilianisch-französischer Intellektueller, Forschungsdirektor für Soziologie am Centre National de Recherche Scientifique in Paris; Veröffentlichungen vor allem in *New Left Review* und *Socialist Register*; langjähriges Engagement in der Vierten Internationale. Zuletzt in *UTOPIE kreativ: Eine neue Internationale?*, Heft 169 (November 2004).

1 In Frankreich wird unterschieden zwischen Ökologie als Wissenschaft und Ökologismus als politisch-sozialer Strömung (Anm. des Übersetzers).

2 Friedrich Engels: *Anti-Dühring*, MEW, Bd. 20, Berlin 1968, S. 264.

einen Humanismus, der zugleich »vollendeter Naturalismus« ist, und vor allem begreift er ihn als »die *wahrhafte* Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen [und] der Natur«. Dank der positiven Aufhebung des Privateigentums werde die menschliche Gesellschaft »die vollendete Wesenseinheit des Menschen mit der Natur, die wahre Resurrektion der Natur, der durchgeführte Naturalismus des Menschen und der durchgeführte Humanismus der Natur.«³.

Diese Stellen beziehen sich nicht direkt auf das ökologische Problem – und die Gefährdung der Umwelt –, aber seiner Logik nach erlaubt solch ein Naturalismus ein nicht einseitiges Herangehen an das Mensch-Natur-Verhältnis. In dem berühmten Text von Engels über den »Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen« (1876) bietet derselbe Naturalismustyp die Grundlage für eine Kritik menschlichen Raubbaus an der Umwelt: »Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben. Die Leute, die in Mesopotamien, Griechenland, Kleinasien und anderswo die Wälder ausröteten, um urbares Land zu gewinnen, träumten nicht, daß sie damit den Grund zur jetzigen Verödung jener Länder legten, indem sie ihnen mit den Wäldern die Ansammlungscentren und Behälter der Feuchtigkeit entzogen. Die Italiener der Alpen, als sie die am Nordabhang des Gebirgs so sorgsam gehegten Tannenwälder am Südabhang vernutzten, ahnten nicht, daß sie damit der Sennwirtschaft auf ihrem Gebiet die Wurzel abgruben; sie ahnten noch weniger, daß sie dadurch ihren Bergquellen für den größten Teil des Jahrs das Wasser entzogen [...]. Und so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, daß wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern daß wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehn, und daß unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.«⁴

Dieses Beispiel hat zwar sehr allgemeinen Charakter – es stellt nicht die kapitalistische Produktionsweise, sondern die alten Zivilisationen in Frage –, aber es ergibt dennoch sowohl durch seine Warnung vor durch die Produktion erzeugten Zerstörungen wie durch seine Kritik der Entwaldung ein ökologisches Argument von überraschender Modernität.

Die Ökologen meinen, Marx schreibe der menschlichen Arbeit im Anschluß an Ricardo den Ursprung allen Werts und allen Reichtums zu; er übergehe den Beitrag der Natur.

Diese Kritik resultiert meiner Ansicht nach aus einem Mißverständnis: Marx verwendet die Theorie des Arbeitswerts, um den Ursprung des *Tauschwerts* im Rahmen des kapitalistischen Systems zu erklären. Die Natur hat dagegen Anteil an der Bildung der wahren Reichtümer, die nicht Tauschwerte sind, sondern *Gebrauchswerte*. Diese These wird von Marx ganz ausdrücklich in der *Kritik des Gothaer Programms* gegen die Ideen Lassalles und seiner

3 Karl Marx: Ökonomisch-philosophische Manuskripte aus dem Jahre 1844, MEW, Ergänzungsband, 1. Teil, Berlin 1968, S. 516, 536, 537-538.

4 Friedrich Engels: Dialektik der Natur, MEW, Bd. 20, a. a. O., S. 452-453.

5 Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, MEW, Bd. 19, Berlin 1962, S. 15. Siehe auch Das Kapital. Erster Band, MEW, Bd. 23, S. 57-58. Berlin 1969: »Arbeit ist also nicht die einzige Quelle der von ihr produzierten Gebrauchswerte, des stofflichen Reichtums. Die Arbeit ist sein Vater, wie William Petty sagt, und die Erde seine Mutter.«

6 Zum Gegensatz von »Haben« und »Sein« siehe: Ökonomisch-philosophische Manuskripte, a. a. O., S. 549: »Je weniger du bist, je weniger du dein Leben äußerst, um so mehr hast du, um so größer ist dein entäußertes Leben, um so mehr speicherst du auf von deinem entfremdeten Wesen.« Zur freien Zeit als Grundbedingung des Sozialismus siehe: Das Kapital. Dritter Band, MEW, Bd. 25, Berlin 1968, S. 828.

7 Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, MEW, Bd. 13, Berlin 1969, S. 9.

Schüler vorgebracht: »Die Arbeit ist *nicht die Quelle* alles Reichtums. Die *Natur* ist ebensowohl die Quelle der Gebrauchswerte (und aus solchen besteht doch wohl der sachliche Reichtum!) als die Arbeit, die selbst nur die Äußerung einer Naturkraft ist, der menschlichen Arbeitskraft.«⁵

Die Ökologen werfen Marx und Engels Produktivismus vor. Ist diese Beschuldigung gerechtfertigt?

Nein, insofern an niemand die kapitalistische Logik der Produktion um der Produktion willen, der Akkumulation von Kapital, Reichtümern und Waren als Selbstzweck so sehr gegeißelt hat wie Marx. Die Idee des Sozialismus ist – entgegen seinen elenden bürokratischen Verfälschungen – selbst die Idee einer Produktion von *Gebrauchswerten*, von zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse erforderlichen Gütern. Höchstes Ziel des technischen Fortschritts ist für Marx nicht die grenzenlose Vermehrung von Gütern (das »Haben«), sondern die *Verkürzung des Arbeitstags* und die Vermehrung der freien Zeit (das »Sein«).⁶

Wahr ist jedoch, daß sich bei Marx und Engels (und mehr noch im späteren Marxismus) oft eine recht unkritische Haltung zu dem vom Kapitalismus geschaffenen industriellen Produktionssystem sowie eine Neigung finden, die »Entwicklung der Produktivkräfte« zum Hauptträger des Fortschritts zu machen. Der »kanonische« Text für diesen Standpunkt ist das berühmte Vorwort von *Zur Kritik der Politischen Ökonomie* (1859) – einer der am meisten von einem gewissen Evolutionismus, von der Fortschrittsphilosophie, vom Szientismus (dem Modell der Naturwissenschaften) und einer absolut nicht-problematisierenden Auffassung der Produktivkräfte geprägten Marxschen Schriften: »Auf einer gewissen Stufe ihrer Entwicklung geraten die materiellen Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen [...]. Aus Entwicklungsformen der Produktivkräfte schlagen diese Verhältnisse in Fesseln derselben um. Es tritt dann eine Epoche sozialer Revolution ein. [...] Eine Gesellschaftsformation geht nie unter, bevor alle Produktivkräfte entwickelt sind, für die sie weit genug ist [...].«⁷ In dieser berühmten Textstelle erscheinen die Produktivkräfte als »neutral«, und die Revolution hat nur die Aufgabe, die zur »Fessel« für deren unbegrenzte Entwicklung gewordenen Produktionsverhältnisse abzuschaffen.

Die folgende Stelle aus den *Grundrissen* ist ein gutes Beispiel für Marx' zu unkritische Bewunderung des »zivilisierenden« Wirkens der kapitalistischen Produktion und ihrer brutalen Instrumentalisierung der Natur: »Wie also die auf das Kapital gegründete Produktion einerseits die universelle Industrie schafft – d. h. Surplusarbeit, wertschaffende Arbeit –, so andererseits ein System der allgemeinen Exploitation der natürlichen und menschlichen Eigenschaften [...]. So schafft das Kapital erst die bürgerliche Gesellschaft und die universelle Aneignung der Natur wie des gesellschaftlichen Zusammenhangs selbst durch die Glieder der Gesellschaft. Hence the great civilising influence of capital [Dadurch der große zivilisierende Einfluß des Kapitals]; seine Produktion einer Gesellschaftsstufe, gegen die alle früheren nur als *lokale Entwicklungen* der Menschheit und als *Naturidolatrie* erscheinen. Die Natur wird erst rein Gegenstand

für den Menschen, rein Sache der Nützlichkeit; hört auf als Macht für sich anerkannt zu werden; und die theoretische Erkenntnis ihrer selbständigen Gesetze erscheint selbst nur als List, um sie den menschlichen Bedürfnissen, sei es als Gegenstand des Konsums, sei es als Mittel der Produktion zu unterwerfen.«⁸

Marx und Engels scheint es an einem allgemeinen Begriff von den *natürlichen Schranken* der Produktivkräfteentwicklung zu mangeln.⁹ Hier und da wird intuitiv auf deren destruktives Potential verwiesen, wie z. B. an dieser Stelle der *Deutschen Ideologie*: »In der Entwicklung der Produktivkräfte tritt eine Stufe ein, auf welcher Produktionskräfte und Verkehrsmittel hervorgerufen werden, welche unter den bestehenden Verhältnissen nur Unheil anrichten, welche keine Produktionskräfte mehr sind, sondern Destruktionskräfte (Maschinerie und Geld) [...]«.¹⁰

Leider wird dieser Gedanke von den beiden Verfassern nicht ausgebaut, und es ist nicht sicher, daß die erwähnte Destruktion auch die Natur betrifft. An bestimmten Stellen, die auf die Landwirtschaft eingehen, werden dagegen Umrisse einer echten ökologischen Problematik und einer radikalen Kritik der vom kapitalistischen Produktivismus herrührenden Katastrophen sichtbar.

In diesen Texten findet sich eine Art von Theorie des *Risses des Stoffwechsels* zwischen menschlichen Gesellschaften und Natur als Resultat des kapitalistischen Produktivismus.¹¹ Ausgangspunkt sind für Marx die Arbeiten des deutschen Chemikers und Agronomen Liebig: »Die Entwicklung der negativen Seiten der modernen Agrikultur, vom naturwissenschaftlichen Standpunkt, ist eins der unsterblichen Verdienste Liebig's.«¹² Der Ausdruck *Riß des Stoffwechsels* erscheint namentlich an einer Stelle des 47. Kapitels »Genesis der kapitalistischen Grundrente« im dritten Band des *Kapitals*: »Auf der anderen Seite reduziert das große Grundeigentum die agrikole Bevölkerung auf ein beständig sinkendes Minimum und setzt ihr eine beständig wachsende, in großen Städten zusammengedrückte Industriebevölkerung entgegen; es erzeugt dadurch Bedingungen, die einen unheilbaren Riß hervorrufen in dem Zusammenhang des gesellschaftlichen und durch die Naturgesetze des Lebens vorgeschriebnen Stoffwechsels, infolge wovon die Bodenkraft verschleudert und diese Verschleuderung durch den Handel weit über die Grenzen des eignen Landes hinausgetragen wird. (Liebig.) [...] Große Industrie und industriell betriebene große Agrikultur wirken zusammen. Wenn sie sich ursprünglich dadurch scheiden, daß die erste mehr die Arbeitskraft und daher die Naturkraft des Menschen, die letztere mehr direkt die Naturkraft des Bodens verwüstet und ruiniert, so reichen sich später im Fortgang beide die Hand, indem das industrielle System auf dem Land auch die Arbeiter entkräftet und Industrie und Handel ihrerseits der Agrikultur die Mittel zur Erschöpfung des Bodens verschaffen.«¹³

Wie bei den meisten Beispielen, die wir im weiteren sehen werden, konzentriert Marx die Aufmerksamkeit auf die Landwirtschaft und das Problem der Verwüstung der Böden, aber er verbindet diese Frage mit einem allgemeineren Problem, dem Riß im System des Stoffwechsels zwischen menschlicher Gesellschaft und Umwelt, den »Naturgesetzen des Lebens« zuwider. Es ist darüber hinaus in-

8 Karl Marx: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, MEW, Bd. 42, Berlin 1983, S. 323.

9 Zu einer eingehenden Diskussion dieser Frage siehe den Text von Ted Benton in der frz. Ausgabe: Karl Marx: Fondements de la Critique de l'Economie Politique, Ed. Anthropos, Paris 1967.

10 Karl Marx, Friedrich Engels: Die deutsche Ideologie, MEW, Bd. 3, Berlin 1958, S. 69.

11 Ich entnehme diesen Ausdruck und die anschließende Analyse dem wichtigen Werk: John Foster Bellamy: Marx's Ecology. Materialism and Nature, Monthly Review Press, New York 2001, pp. 155-167.

12 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 529, Fußnote 325.

13 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, a. a. O., S. 821.

teressant, zwei wichtige – wenngleich wenig entwickelte – Marxsche Hinweise festzuhalten: auf das Zusammenwirken von Industrie und Landwirtschaft bei diesem Zerreißen und auf die globale Ausdehnung der Schäden durch den internationalen Handel.

Das Thema der Zerreißung des Stoffwechsels findet sich auch an einer bekannten Stelle im ersten Band des *Kapitals*, am Schluß des Abschnitts »Große Industrie und Agrikultur«. Es ist einer der wenigen Texte, worin Marx ausdrücklich von Umweltschädigung durch das Kapital spricht – und eine dialektische Sicht auf die Widersprüche des von den Produktivkräften ausgelösten »Fortschritts« bietet: Die »kapitalistische Produktion [...] stört [...] den Stoffwechsel zwischen Mensch und Erde, d. h. die Rückkehr der vom Menschen in der Form von Nahrungs- und Kleidungsmiteln vernutzten Bodenbestandteile zum Boden, also die ewige Naturbedingung dauernder Bodenfruchtbarkeit. Sie zerstört damit zugleich die physische Gesundheit der Stadtarbeiter und das geistige Leben der Landarbeiter. Aber sie zwingt zugleich durch die Zerstörung der bloß natürlich entstandenen Umstände jenes Stoffwechsels, ihn systematisch als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion und in einer der vollen menschlichen Entwicklung adäquaten Form herzustellen. [...] Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z. B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozeß. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.«¹⁴

14 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 528-530.

Dieser Text hat mehrere bemerkenswerte Aspekte. Zunächst die Idee, daß Fortschritt destruktiv sein kann, ein »Fortschritt« in der Beeinträchtigung und Zerstörung der natürlichen Umwelt. Das gewählte Beispiel – der Verlust der Bodenfruchtbarkeit – ist nicht das beste und erscheint zu begrenzt, aber es wirft dennoch die allgemeinere Frage nach der Schädigung der Umwelt, der »ewigen Naturbedingung«, durch die kapitalistische Produktion auf.

Außerdem wird hier die Parallele zwischen Ausbeutung und Erniedrigung der Arbeiter und der Natur als aus derselben Raubbau-Logik der kapitalistischen Großindustrie und Landwirtschaft folgend gezogen. Das ist ein Thema, das im *Kapital* oft wiederkehrt, zum Beispiel in den folgenden Stellen des Kapitels über den Arbeitstag: »Von einer täglich bedrohlicher anschwellenden Arbeiterbewegung abgesehen, war die Beschränkung der Fabrikarbeit diktiert durch dieselbe Notwendigkeit, welche den Guano auf die englischen Felder ausgoß. Dieselbe blinde Raubgier, die in dem einen Fall die Erde erschöpft, hatte in dem andren die Lebenskraft der Nation an der Wurzel ergriffen. [...] Aber in seinem maßlos blinden Trieb, seinem Werwolfs-Heißhunger nach Mehrarbeit, überrennt das Kapital nicht nur die moralischen, sondern auch die rein physischen Maximal-

schränken des Arbeitstags. [...] Es erreicht dies Ziel durch Verkürzung der Dauer der Arbeitskraft, wie ein habgieriger Landwirt gesteigerten Bodenertrag durch Beraubung der Bodenfruchtbarkeit erreicht.«¹⁵ Diese unmittelbare Assoziation zwischen Ausbeutung des Proletariats und Ausbeutung der Erde eröffnet trotz ihrer Grenzen das Feld für eine Reflexion über die Verbindung von Klassenkampf und Umweltschutz im gemeinsamen Ringen gegen die Vorherrschaft des Kapitals.

Verschiedene Texte zeigen den Widerspruch zwischen der kurzfristigen Logik des Kapitals und der Möglichkeit einer »rationellen«, auf weit längere zeitliche Sicht und in nachhaltiger, Generationen übergreifender Perspektive betriebenen, die Umwelt achtenden Landwirtschaft: »Ganz konservative Agrikulturchemiker, wie z. B. Johnston, geben zu, daß eine wirklich rationelle Agrikultur überall am Privateigentum unüberwindliche Schranken findet [...] der ganze Geist der kapitalistischen Produktion, der auf den unmittelbaren nächsten Geldgewinn gerichtet ist, widerspricht der Agrikultur, die mit den gesamten ständigen Lebensbedingungen der sich verkettenenden Menschengenerationen zu wirtschaften hat. Ein schlagendes Beispiel davon sind die Waldungen, die nur da zuweilen einigermaßen dem Gesamtinteresse gemäß bewirtschaftet werden, wo sie nicht Privateigentum, sondern der Staatsverwaltung unterworfen sind.«¹⁶

Neben der Bodenerschöpfung erwähnen die bisher zitierten Texte von Marx und Engels die Vernichtung der Wälder als Beispiel einer ökologischen Katastrophe. Es erscheint oft im *Kapital*: »Die Entwicklung der Kultur und Industrie überhaupt hat sich von jeher so tätig in der Zerstörung der Waldungen gezeigt, daß dagegen alles, was sie umgekehrt zu deren Erhaltung und Produktion getan hat, eine vollständig verschwindende Größe ist.«¹⁷ Die beiden Phänomene – Wald- und Bodenschädigung – werden im übrigen in ihren Analysen eng miteinander verbunden. An einer Stelle der *Dialektik der Natur* nennt Engels die Vernichtung der kubanischen Wälder durch große spanische Kaffeepflanzer und die nachfolgende Verwüstung der Böden als Beispiel für die kurzsichtige räuberische Haltung »der heutigen Produktionsweise« zur Natur und ihre Gleichgültigkeit gegenüber den entfernteren schädlichen »natürlichen Wirkungen« ihrer Handlungen.¹⁸

Das Problem der Umweltverschmutzung bleibt bei ihnen nicht außer Betracht, aber es wird fast ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der unhygienischen Arbeiterviertel in den großen englischen Städten behandelt. Das schlagendste Beispiel sind die Seiten der [Lage der arbeitenden Klasse in England], wo Engels entsetzt und entrüstet die Häufung von Unrat und Industrieabfällen in Straßen und Flüssen, die Verdrängung des Sauerstoffs und die Vergiftung der Atmosphäre durch das kohlen-saure Gas, »die Ausdünstungen der verunreinigten Flüsse« usw. beschreibt.¹⁹ Implizit stellen diese und andere ähnliche Passagen die Verschmutzung der Umwelt durch die kapitalistische Industrietätigkeit in Frage, aber direkt wird die Frage nie aufgeworfen.

Wie definieren Marx und Engels das sozialistische Programm in bezug auf die natürliche Umwelt? Welche Transformationen muß

15 Ebenda, S. 253, 280-281.

16 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, a. a. O., S. 630-631, Fußnote 27.

17 Karl Marx: Das Kapital. Zweiter Band, MEW, Bd. 24, Berlin 1969, S. 247.

18 Friedrich Engels: Dialektik der Natur, a. a. O., S. 455.

19 Friedrich Engels: Die Lage der arbeitenden Klasse in England, MEW, Bd. 2, Berlin 1962, insbes. S. 325-327.

das Produktionssystem durchlaufen, um mit dem Schutz der Natur vereinbar zu werden? Marx und Engels scheinen oft die sozialistische Produktion einfach als gesellschaftliche Aneignung der vom Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte und Produktionsmittel aufzufassen: Ist erst die »Fessel« abgestreift, welche die Produktionsverhältnisse und insbesondere die Eigentumsverhältnisse darstellen, könnten sich diese Kräfte ungehindert entwickeln. Es bestünde somit eine Art substantieller Kontinuität zwischen kapitalistischem und sozialistischem Produktionsapparat; der sozialistische Einschlag wäre vor allem die planmäßige, rationelle Steuerung dieser vom Kapital geschaffenen materiellen Zivilisation.

Zum Beispiel schreibt Marx in dem berühmten Schluß des Kapitels über die ursprüngliche Akkumulation des Kapitals: »Das Kapitalmonopol wird zur Fessel der Produktionsweise, die mit und unter ihm aufgeblüht ist. Die Zentralisation der Produktionsmittel und die Vergesellschaftung der Arbeit erreichen einen Punkt, wo sie unverträglich werden mit der kapitalistischen Hülle. Sie wird gesprengt. Die Stunde des kapitalistischen Privateigentums schlägt. [...] Aber die kapitalistische Produktion erzeugt mit der Notwendigkeit eines Naturprozesses ihre eigne Negation.«²⁰ Abgesehen von dem fatalistisch-positivistischen Determinismus scheint diese Stelle die gesamte »mit und unter« dem Kapital geschaffene Produktionsweise in der sozialistischen Perspektive unangetastet zu lassen; in Frage gestellt wird nur die »Hülle« des »zur Fessel« der materiellen Triebkräfte der Produktion gewordenen Privateigentums.

Von derselben »kontinuistischen« Logik geleitet sind bestimmte Stellen im *Anti-Dühring*, wo der Sozialismus als Gleichwort für die schrankenlose Entwicklung der Produktivkräfte in Rede steht: »Die Expansionskraft der Produktionsmittel sprengt die Bande, die ihr die kapitalistische Produktionsweise angelegt. Ihre Befreiung aus diesen Banden ist die einzige Vorbedingung einer ununterbrochenen, stets rascher fortschreitenden Entwicklung der Produktivkräfte und damit einer praktisch schrankenlosen Steigerung der Produktion selbst.«²¹

Es versteht sich von selbst, daß das Problem der Umwelt in dieser Auffassung des Übergangs zum Sozialismus unberücksichtigt bleibt.

Doch man findet demgegenüber auch andere Schriften, in denen die ökologische Dimension des sozialistischen Programms berücksichtigt ist und einige interessante Pfade gewiesen werden. Wir haben gesehen, daß sich die *Manuskripte aus dem Jahre 1844* auf den Kommunismus als »die wahrhafte Auflösung des Widerstreites zwischen dem Menschen und der Natur« beziehen. Und an der oben zitierten Stelle aus dem ersten Band des *Kapitals* gibt Marx zu verstehen, daß die vorkapitalistischen Gesellschaften den *Stoffwechsel* zwischen Menschengruppen und Natur »naturwüchsig« gesichert haben; im Sozialismus (das Wort erscheint nicht direkt, aber man kann es aus dem Kontext folgern) sei dieser dann systematisch und rationell »als regelndes Gesetz der gesellschaftlichen Produktion« herzustellen.²² Es ist schade, daß weder Marx noch Engels diese Intuition weiter entwickelt haben, beruht sie doch auf dem Gedanken, daß die vorkapitalistischen Gemeinschaften in naturwüchsiger Harmonie mit ihrem natürlichen Umfeld lebten und daß der Sozialismus die Aufgabe hat, diese Harmonie auf neuen Grundlagen wieder herzustellen.

20 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 791.

21 Friedrich Engels: Anti-Dühring, a. a. O., S. 263.

22 Karl Marx: Das Kapital. Erster Band, a. a. O., S. 528.

An bestimmten Stellen scheint Marx die Erhaltung der natürlichen Umwelt als fundamentale Aufgabe des Sozialismus zu betrachten. Zum Beispiel setzt der dritte Band des *Kapitals* der kapitalistischen Logik der agrarischen Großproduktion, die sich auf die Exploitation und Vergeudung der Bodenkräfte gründet, eine andere, sozialistische Logik entgegen, und zwar diejenige »selbstbewußter rationeller Behandlung des Bodens als des gemeinschaftlichen ewigen Eigentums, der unveräußerlichen Existenz- und Reproduktionsbedingung der Kette sich ablösender Menschengeschlechter«. Ein ähnliches Argument findet sich wenige Seiten davor: »Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengekommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias [gute Familienväter] den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen.«²³ Mit anderen Worten: Marx scheint das von Hans Jonas hochgeschätzte »Prinzip Verantwortung« zu akzeptieren, die Pflicht jeder Generation, die Umwelt als Existenzbedingung der künftigen Menschengenerationen achtsam zu behandeln.

In einigen Texten wird der Sozialismus mit der Aufhebung der Trennung von Stadt und Land und daher der Beseitigung der industriellen Verschmutzung in den Städten verbunden: »Nur durch Verschmelzung von Stadt und Land kann die heutige Luft-, Wasser- und Bodenvergiftung beseitigt, nur durch sie die jetzt in den Städten hinstehenden Massen dahin gebracht werden, daß ihr Dünger zur Erzeugung von Pflanzen verwandt wird, statt zur Erzeugung von Krankheiten.«²⁴ Die Formulierung ist ungeschickt – die Frage verkürzt auf ein Stoffwechselproblem des menschlichen Düngers! –, doch es wird eine wesentliche Frage aufgeworfen: Wie soll der industriellen Vergiftung der Umwelt ein Ende gesetzt werden? Der utopische Roman des großen libertären marxistischen Schriftstellers William Morris *Kunde von Nirgendwo* (1891) ist ein faszinierender Versuch, das Bild einer neuen sozialistischen Welt zu zeichnen, in der die großen Industriestädte umweltverträglichen städtisch-ländlichen Heimstätten gewichen sind.

Schließlich definiert Marx, wiederum im dritten Band des *Kapitals*, den Sozialismus nicht mehr über die »Beherrschung« oder menschliche Kontrolle der Natur, sondern mittels der Kontrolle des materiellen Austauschs mit der Natur: Die Freiheit im Bereich der materiellen Produktion »kann nur darin bestehen, daß der vergesellschaftete Mensch, die assoziierten Produzenten, diesen ihren Stoffwechsel mit der Natur rationell regeln, unter ihre gemeinschaftliche Kontrolle bringen, statt von ihm als von einer blinden Macht beherrscht zu werden.«²⁵ Diesen Gedanken übernimmt Walter Benjamin, der als einer der ersten Marxisten im 20. Jahrhundert derartige Fragen aufgeworfen hat, nahezu wortwörtlich. Schon 1928 geißelte er in seinem Buch *Einbahnstraße* die Idee der Herrschaft über die Natur als »imperialistische Lehre« und schlug eine neue Auffassung der Technik als »Beherrschung des Verhältnisses zwischen Natur und Menschheit« vor.²⁶

Weitere Beispiele einer wirklichen Sensibilität für die Frage nach der natürlichen Umwelt der menschlichen Tätigkeit ließen sich un schwer finden. Dennoch bleibt es dabei, daß es Marx und Engels an

23 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, a. a. O., S. 820, 784.

24 Friedrich. Engels: Anti-Dühring, a. a. O., S. 276. Siehe auch folgende Stelle in Friedrich Engels: Zur Wohnungsfrage, MEW, Bd. 18, Berlin 1962, S. 279-280: »Die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Stadt und Land ist nicht mehr und nicht minder eine Utopie als die Aufhebung des Gegensatzes zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern. [...] Niemand hat sie lauter gefordert als Liebig in seinen Schriften über die Chemie des Ackerbaus, worin stets seine erste Forderung ist, daß der Mensch an den Acker das zurückgebe, was er von ihm erhält, und worin er beweist, daß nur die Existenz der Städte, namentlich der großen Städte, dies verhindert.« Im weiteren dreht sich die Argumentation abermals um den »Dünger«, der von den großen Städten erzeugt wird.

25 Karl Marx: Das Kapital. Dritter Band, a. a. O., S. 828.

26 Walter Benjamin: Einbahnstraße, Berlin 1928. – Die französische Ausgabe, auf die sich Löwy bezieht, ist 1978 bei Ed. Lettres Nouvelles – Maurice Nadeau unter dem Titel »Sens Unique« erschienen.

einer ökologischen Gesamtperspektive mangelt. Andererseits aber ist eine den gegenwärtigen Herausforderungen entsprechende kritische Ökologie undenkbar ohne Berücksichtigung der Marxschen Kritik der Politischen Ökonomie, seines Anfechtens der von der schrankenlosen Akkumulation des Kapitals ausgehenden destruktiven Logik. Eine Ökologie, die den Marxismus und seine Kritik des Warenfetischismus übergeht oder verachtet, ist dazu verurteilt, nur Hilfsmittel gegen die »Auswüchse« des kapitalistischen Produktivismus zu sein.

Vorläufig schließen ließe sich diese Diskussion mit einer – meines Erachtens treffenden – Anregung, die Daniel Bensaïd unlängst in seiner bemerkenswerten Arbeit über Marx vorgebracht hat. Dessen eingedenk, daß es ebenso falsch wäre, Marx von den »progressistischen« oder »prometheischen« Illusionen seiner Zeit freizusprechen, wie ihn zu einem Barden der maßlosen Industrialisierung zu machen, empfiehlt er uns ein weit fruchtbareres Herangehen: sich in den Marxschen Widersprüchen »niederzulassen« und sie ernst zu nehmen. Der erste dieser Widersprüche ist ganz gewiß derjenige zwischen dem produktivistischen Credo mancher Texte und der Intuition, daß der Fortschritt Quell unumkehrbarer Zerstörung der natürlichen Umwelt sein kann.²⁷

Die ökologische Frage ist meines Erachtens *die große Herausforderung* für einen neuen Frühling des marxistischen Denkens an der Schwelle des 21. Jahrhunderts. Sie verlangt von den Marxisten einen radikalen Bruch mit der Ideologie des linearen Fortschritts und dem technologisch-ökonomischen Paradigma der modernen industriellen Zivilisation. Zwar geht es – selbstverständlich – nicht darum, die Notwendigkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Steigerung der Arbeitsproduktivität in Frage zu stellen: Das sind unumgängliche Voraussetzungen für zwei wesentliche Ziele des Sozialismus, die Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und die Verkürzung des Arbeitstags. Die Herausforderung besteht darin, den Fortschritt so umzulenken, daß er mit der Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts des Planeten verträglich wird.

Die Achillesferse der Marx-Engelsschen Argumentation war eine in manchen »kanonischen« Texten auftretende unkritische Auffassung der kapitalistischen Produktivkräfte – d. h. des modernen industriekapitalistischen Technik- und Produktionsapparats –, als ob diese »neutral« seien und als ob es genüge, daß die Revolutionäre sie vergesellschaften, ihre private Aneignung durch gemeinschaftliche Aneignung ersetzen, sie zugunsten der Arbeitenden laufen lassen und sie schrankenlos entwickeln.

Ich denke, daß für den vom Kapital geschaffenen Produktionsapparat dasselbe Argument gelten muß, wie Marx es im *Bürgerkrieg in Frankreich* für den Staatsapparat geprägt hat: »Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.«²⁸ *Mutatis mutandis* können die Arbeitenden nicht einfach die kapitalistische Produktions»maschinerie« in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen; sie müssen sie radikal nach sozialistischen und ökologischen Kriterien transformieren – das Äquivalent dessen, was Marx in einem Brief an Kugelmann zur Pa-

27 Siehe Daniel Bensaïd: *Marx l'intempestif*, Ed. Fayard, Paris 1995, S. 347.

28 Karl Marx: *Der Bürgerkrieg in Frankreich*, MEW, Bd. 17, Berlin 1968, S. 336.

riser Kommune als Zerschlagen des bürgerlichen Staatsapparats bezeichnet. Das beinhaltet nicht nur die Ablösung destruktiver Energieformen durch erneuerbare, nicht verschmutzende Energiequellen wie die Solarenergie, sondern auch eine tiefgreifende Umgestaltung des vom Kapitalismus überkommenen Produktionssystems sowie des Verkehrssystems und des urbanen Siedlungssystems.

Kurzum, der Ökosozialismus beinhaltet eine *Radikalisierung des Bruchs mit der kapitalistischen materiellen Zivilisation*. In dieser Sichtweise zielt das sozialistische Projekt nicht nur auf eine neue Gesellschaft und eine neue Produktionsweise, sondern auch auf *ein neues Zivilisationsmuster*.

Aus dem Französischen übersetzt von JOACHIM WILKE

Anzeige in der Printausgabe

VI. Internationaler Kongress für Interkulturelle Philosophie

23. bis 27. Mai 2005
Senftenberg/Niederlausitz

**DOMINANZ DER KULTUREN
UND INTERKULTURALITÄT**

ROLF KUHN

Neue Chancen für eine gestörte Landschaft

Die Internationale Bauausstellung (IBA)
Fürst-Pückler-Land in der Lausitz

Im Süden Brandenburgs, in dem vom Braunkohleabbau geprägten Teil der Lausitz, findet im Zeitraum 2000 bis 2010 die Internationale Bauausstellung (IBA) Fürst-Pückler-Land statt. Diese soll den Gedanken der IBA Emscher Park – nämlich einen wirtschaftlichen mit einem gestalterischen Wandlungsprozess in Beziehung zu setzen – vom Westrand an den Ostrand Deutschlands tragen, vom Ruhrgebiet in die Lausitz. Das strategisch Besondere dieser Internationalen Bauausstellung resultiert aus der Thematik »Landschaftswandel in einer dünn besiedelten Region«. Erstmals in der langen Tradition von Bauausstellungen in Deutschland steht »Landschaft« im Mittelpunkt der Arbeit. Dabei geht es nicht einfach um eine Heilung oder Wiedergutmachung der durch den Bergbau (Tagebau) in Anspruch genommenen Landschaft oder gar um eine »Wiederherstellung« im Sinne Lausitz-typischer Landschaft. Da dies schon technisch und naturräumlich gar nicht möglich wäre, geht es im Rahmen dieser IBA in erster Linie darum, das Element »Neue Landschaft« als strukturelle, wirtschaftsfördernde Möglichkeit über einen langen Zeitraum und damit als Entwicklungschance für die Lausitz sowie als Beispiel für andere Bergbauregionen einzusetzen.

Rolf Kuhn – Jg. 1946,
Prof. Dr. sc. phil., Dr. Ing.;
nach Studium an der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar von 1970 bis 1977 Tätigkeit an der Bauakademie der DDR, von 1977 bis 1987 an der Hochschule in Weimar, von 1987 bis 1998 am Bauhaus Dessau; seit 1998 Geschäftsführer der Internationalen Bauausstellung (IBA) »Fürst-Pückler-Land«.

Zukunftsszenario in Überwindung zweier gegensätzlicher Positionen Bis 1990 prägte Braunkohle-Tagebau die Landschaft in der Lausitz. Seit dieser Zeit hat hier die LMBV (Lausitzer und Mitteldeutsche Bergbau-Verwaltungsgesellschaft) über 80 000 Hektar Land saniert, das heißt, so aufbereitet, dass sich zu etwa je einem Viertel nutzbare Wasser-, Landwirtschafts-, Forstwirtschafts- und Naturschutzflächen entwickeln. Dabei wird ein Seenland mit rund 14 000 Hektar neuer Wasserfläche entstehen. Liest man Beschreibungen dieses Prozesses und seiner voraussichtlichen Ergebnisse, so gibt es zwei Szenarien, die gegensätzlicher nicht sein können.

Szenario 1 beschreibt das der am Prozess Beteiligten. Eine Landschaft, deren Bevölkerung von der Kohle lebte und den damit verbundenen materiellen und kulturellen Reichtum genoss, musste dafür einen hohen Preis zahlen.

Etwa 80 Dörfer, Orte, in denen rund 40 000 Menschen lebten, wurden abgebagert, Straßen und Leitungen abgebrochen, Produktionsstätten sowie land- und forstwirtschaftliche Flächen vernichtet und Natur unwiederbringlich zerstört (Bild 1⁹). Das erfordert nun eine Wiedergutmachung. Ein demokratisches Gremium, der Braunkohleausschuss, sorgt dafür, dass alle Geschädigten zu ihrem

* Die Bilder sind dem Text als Anhang beigelegt.
(nur in der Print-Ausgabe)

Recht kommen und findet in Form von Braunkohlesanierungsplänen einen Kompromiss mit entsprechend neuen, für diesen Zweck kultivierten Forst-, Landwirtschafts- oder auch Naturschutzflächen. Geeignet erscheinende Flächen werden für neue Gewerbeansiedlungen vorbereitet und aus den neuen Seen, die durch das fehlende Volumen der abgebauten Kohle als Restlöcher zwangsläufig entstehen, werden Erholungsflächen. Von der zwar ehemals für Reichtum sorgenden, aber letztlich doch zerstörerischen, schmutzigen und stinkenden Industrie möchte man nichts mehr sehen. Leitmotiv ist schon eher ein Hauch von Mecklenburg-Vorpommern, Bild 2 zeigt eine sanfte Seenlandschaft, der man ihre industrielle Vergangenheit nicht mehr ansieht, die auch die Natur, zum Beispiel die Eiszeit – entsprechend beliebt sind Findlinge –, so geschaffen haben könnte.

Szenario 2 vertreten ausschließlich intellektuelle Außenstehende, die weit weg von der Lausitz Artikel verfassen oder an Hochschulen lehren. Die wirtschaftlichen Vorstellungen von Szenario 1 gelten danach als rückwärtsgewandt und in einer globalisierten Welt nicht mehr auf der Höhe der Zeit. Der damit verbundene Aufwand wie Erde abflachen und verdichten, um Ufer und Böschungen zu sichern, oder auch Flusswasser zuführen, damit sich die Gruben schneller füllen, das Wasser weniger sauer ist und dadurch für wirtschaftliche Zwecke oder Erholung nutzbar werden, schätzen sie als unnötig ein. Ähnlich urteilen sie über den Aufwand für die Kultivierung von Landwirtschafts-, Forst- und anderen Gewerbeflächen.

Die Vorstellung ist, dass diese durchaus faszinierende Landschaft mit Canyons, Wüsten, halbgefüllten Gruben mit romantischen Inseln, vulkanisch saurem Wasser sowie burgruinenähnlichen Industrierelikten der Natur überlassen werden sollte und so ein einzigartiger Naturpark entstehen könnte (Bild 3).

Ich gebe zu, auch mich fasziniert die Kombination von Industriekultur und Industrienatur sowie der allmähliche Prozess des Wandels, wie in Szenario 2 beschrieben. Und die Natur sowie ihre Beobachter und Bewunderer hätten damit auch kein Problem, im Gegenteil, es wäre eine große Herausforderung und ein tolles Schauspiel.

Doch wenn man weiß, wie weiträumig Land beim Wasseraufstieg in die 60 Meter tiefen Gruben rutscht – vom Grubenrand aus ein bis zwei Kilometer des geschütteten Grubenumfeldes –, welche Gefahr also dieses Schauspiel birgt, dann weiß man auch, dass in den Tagebaurandbereichen niemand leben und diese Fläche bewirtschaften könnte. Es wäre wohl wiederum eine Umsiedlung nötig, die ebenfalls viel Geld verschlingt. Abermals ginge Heimat, Infrastruktur und vieles mehr verloren. Aber nicht nur vor Ort würde die Bevölkerung die Auswirkungen spüren, sondern auch die Bewohner und Besucher des Spreewaldes und Berlins, denn wenn sich die riesigen, durch Abpumpen entstandenen Wassertrichter spontan füllen, wird Flüssen wie der Spree Wasser entzogen. Deshalb wird der Wasserzufluss durch die Flutungszentrale der LMBV gesteuert. Sie erfasst alle Zu- und Abflüsse computergestützt und entnimmt zum Beispiel der Spree Flusswasser für die Tagebaugruben nur beim Übersteigen eines Mindestwasserstandes. Fällt der Wasserstand unter den Mindestpegel, führt sie aus den extra dafür angelegten Rückhaltebecken sogar Wasser zu.

Verständlich sind natürlich die Wünsche der Bewohner, Benutzer sowie Sanierer dieser Landschaft und löblich ist der demokratische Prozess des Aushandelns und Bestätigens aus Szenario 1. Die immer gleichen Nutzungs- und Verteilungsmuster von See zu See, von einem zu sanierenden Landschaftsteil zum nächsten enden allerdings in Monotonie und Langeweile. Das Ergebnis wäre wirklich eine geschichts- und gesichtslose Landschaft, die weder für touristische noch für andere Wirtschaftsbereiche Erfolg versprechende Konzepte bietet.

Wo liegt nun der dritte Weg? Am aufwändigen Sanierungsprozess der Bergbaufolgelandschaft führt kein Weg vorbei. Man kann auch auf keines seiner Elemente verzichten, sonst würde alles noch teurer werden und das Gesamtsystem nicht funktionieren. Man könnte also gar keinen Nutzen aus der Landschaft ziehen. Und Kulturlandschaft entsteht nach meiner Auffassung nun einmal durch ein produktives, möglichst kulturvolles Wechselverhältnis zwischen Mensch und Natur, das die kurz- und langfristige Reproduktion und Weiterentwicklung beider Seiten umfasst.

Aber warum sollte man bei der Neugestaltung die industrielle Vergangenheit dieser Landschaft verleugnen? Geben diese Zeugnisse einer gigantischen Großindustrie mit ihrem monumentalen Charakter dem »platten Pfannkuchen«, wie Fürst Pückler abfällig die Niederlausitz nannte, doch Bewegung sowie Profil und erzählen von einer in Zukunft immer unwahrscheinlicher klingenden zweischneidigen Industriegeschichte.

Alle am Flutungs- und Gestaltungsprozess der Lausitzer Seenkette Beteiligten, sogar über die Ländergrenze zwischen Brandenburg und Sachsen hinweg, setzen sich dafür ein, dass neun Seen so miteinander verbunden werden, dass nicht nur genügend Flutungswasser durch die Kanäle fließt, sondern dass auch Schiffe von See zu See fahren können. Unser, mit sächsischen Planern gemeinsam erstellter Masterplan für das Gesamtgebiet dieser Seenlandschaft gibt sehr unterschiedliche Nutzungsschwerpunkte vor: vom Wassersport über Familienerlebnis bis zum Naturschutzareal (Bild 4). Dadurch entsteht ein riesiges miteinander verbundenes Seengebiet mit insgesamt etwa 7000 Hektar Wasserfläche, unterschiedlichen Natur- und Erlebnisräumen sowie einem breiten, für Mitteleuropa wohl einmaligen Nutzungsspektrum, ohne dass sich die verschiedenen Nutzungsarten gegenseitig stören oder gar ausschließen.

Bisher sind kaum Einzelgrundstücke am Ufer der Seenkette verkauft und noch keine Teilbereiche zur Nutzung freigegeben. So ist eine ganzheitliche und »jungfräuliche« Planung möglich. Ein damit verbundener Vorteil ist, dass die Ufer für Fußgänger und Fahrradfahrer frei gehalten werden und dass man trotzdem sein Haus am Wasser und das Boot am Haus haben kann. Letzteres dadurch, dass man schwimmende Häuser (Bild 5) baut, die durch schwimmende Stege zu erreichen sind und später durch schwimmende Restaurants, Anlegestellen, Sonnendecks, Ausleihstationen und ähnlichem ergänzt werden. Kürzlich haben Studentinnen aus Berlin sogar ein schwimmendes Freiluftkino für diese große Wasserlandschaft entworfen.

Bleibt die Frage nach den vergänglichen Canyons, den wüstenähnlichen Landschaftsteilen sowie den romantischen Zwischensta-

dien beim Fluten. Wir nutzen die Gunst der Stunde und die Teile, die noch nicht geflutet werden, für Tagebauspaziergänge. Mehr als 10 000 Personen nahmen in den letzten zwei Jahren an diesen phantastischen, an Situationen auf anderen Erdteilen oder Planeten erinnernden Spaziergängen mit kleinen inszenierten Höhepunkten teil (Bild 6). Alle kamen begeistert mit einmaligen Eindrücken und Fotos zurück. Da der Braunkohleabbau durch die Vattenfall Europe Mining AG noch einige Jahrzehnte fortgesetzt wird, kann dieses Erlebnis weiterentwickelt und durch unser Projekt Wüste/Oase Welzow noch über einen sehr langen Zeitraum fortgesetzt werden.

Die Veränderung der Landschaft als Thema der IBA ist auch ein immanenter Bestandteil unseres Informations- und Ausstellungszentrums IBA-Terrassen in Großräschen-Süd. Ab 2006 kann man von hier aus das steigende Wasser im ehemaligen Tagebau Meuro und damit die Transformation der Landschaft besonders gut beobachten. Derzeit bietet sich die höchstmögliche Spannung zwischen archaischer Grubenlandschaft und feinsinniger klarer Architektur (Bild 7).

Die von 2000 bis 2010 von der Regionalen Planungsgemeinschaft Lausitz-Spreewald und dem Land Brandenburg eingerichtete Internationale Bauausstellung Fürst-Pückler-Land kann diese riesige, neu zu gestaltende Landschaft nicht flächendeckend beplanen und betreuen. Aber mit ihrem inselartigen Strukturkonzept und 22 Einzelprojekten sowie ihrer Methode, lokales und regionales Engagement mit nationalem und internationalem Wissen und Können zu verbinden, kann sie an sorgfältig ausgewählten Stellen ganz unterschiedliche Entwicklungen initiieren und so ein Landschaftsbild erzeugen, das weder im rasanten Veränderungsprozess noch in der langsameren Entwicklung danach monoton und langweilig, sondern ständig voller Spannung und Bewegung ist.

»Landschaftsinseln« schaffen eine geordnete Vielfalt

Nach einjähriger Arbeit des IBA-Teams (15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter) wurde Ende 2000 eine wesentliche Grundlage der IBA geschaffen. Die vorher nur punktuell betrachteten 22 Projekte wurden in acht »Landschaftsinseln«, eine »Europainsel« sowie – im Sinne einer Verbindung dieser »Inseln« – in »Netze und Landmarken« eingeordnet. Dadurch kann die Region langfristig nach einem großräumigen landschaftsgestalterischen Gesamtkonzept entwickelt werden.

Bild 8: Nach diesem Konzept gliedert sich diese Lausitzer Landschaft in:

(1) ein Zentrum im Raum Großräschen-Senftenberg mit der Seestraße, den »IBA-Terrassen« als Ausstellungs- und Informationszentrum, der »Allee der Steine«, dem Ilsesee und mit »Industriepark und Gartenstadt Marga« als Verbindung zwischen Senftenberg, Großräschen und dem Lausitzring;

(2) die Landschaftsinsel im Raum Lauchhammer-Klettwitz zum Thema »Industriekultur« mit der Förderbrücke F60 bei Lichterfeld, den Biotürmen in Lauchhammer, dem Kraftwerk Plessa, dem Windpark Klettwitz sowie der vielfältigen Tagebaulandschaft im Raum Kostebrau;

(3) die Landschaftsinsel im Raum Gräbendorf-Greifenhain zum Thema »Landschaftskunst« mit dem Bürgerhaus, einem Bürger- und

Künstlertreffpunkt in Pritzen, dem »Schwimmenden Steg« von Pritzen nach Altdöbern, Schloss und Schlosspark Altdöbern, den Kunstobjekten am Greifenhainer und Gräbendorfer See mit schwimmenden Ferienwohnungen auf den Seen und weiteren funktionellen Anlagerungen am »Schwimmenden Steg«;

(4) die Landschaftsinsel im Raum Welzow zum Thema »Tagebau im Umbruch – Wüste/Oase Welzow« mit dem Ziel der Nutzung eines ohnehin noch 20 oder 40 Jahre trocken zu haltenden Tagebaus, z. B. für Tagebauspaziergänge mit dem Ausgangspunkt eines besonderen, mit der Tagebautechnik geschütteten Streifens sowie einer Oase (funktionell einer Karawanserei ähnelnd) als architektonischem Kontrast zur archaischen Umgebung;

(5) die Landschaftsinsel im Raum Lausitzer Seenkette zum Thema »Wasserwelt« mit einer durch schiffbare Kanäle verbundenen Seenkette, deren Ufer für Fußgänger und Radfahrer frei gehalten werden und auf der sich ein in Europa einmaliges Spektrum an Sport-, Erholungs-, Arbeits- und Wohnmöglichkeiten entwickelt: vom Wasserlandeplatz über Marinas bis zu schwimmenden Häusern – zum zeitweiligen oder dauerhaften Wohnen, Arbeiten und Vergnügen – sowie attraktiven Freizeit- und Naturarealen an Land;

(6) die Landschaftsinsel im Raum Seese-Schlabendorf mit dem Thema »Vorindustrielle Kultur – nachindustrielle Natur«, die sich durch verschiedene Landschaftsmilieus auszeichnet: von der kleinteiligen, ruhigen Kulturlandschaft mit Zeugnissen vorindustrieller Kultur (Fürstlich Drehna, Slawenburg Raddusch) bis zu großflächigen neuen, offenen Tagebaulandschaften, die nicht geglättet, saniert und wirtschaftlich genutzt werden, sondern dem Aspekt Naturschutz und Naturerlebnis Rechnung tragen;

(7) die Landschaftsinsel im Raum Cottbus zum Thema »See-Stadt – Stadt-See Cottbus« mit der Plattenbausanie rung Sachsendorf-Madlow, einem überzeugenden Konzept zur städtischen und landschaftlichen Veränderung im Zuge der Entstehung des größten Einzelsees in Verbindung mit der größten Stadt der Region, einschließlich der Nutzung der dabei über 20 Jahre sich entwickelnden Zwischenlandschaft sowie der Einbindung des Pückler-Parkes Branitz, insbesondere bezüglich seiner Entwicklung im Außenbereich;

(8) die Landschaftsinsel im Raum Bad Muskau-Nochten zum Thema »Fürst-Pückler-Kulturlandschaft« mit den deutsch-polnischen Projekten Fürst-Pückler-Park Muskau und Muskauer Faltenbogen sowie dem Kromlauer Park und der Tagebaulandschaft Nochten, die ein spannungsvolles Verhältnis zwischen gewachsener Kulturlandschaft und neuen Landschaftsbildern nach dem Bergbau kennzeichnet;

(9) die Europainsel Guben-Gubin, die in deutsch-polnischer Gemeinsamkeit einen Vorgriff auf die erweiterte Europäische Union darstellt. Sie umfasst ein verbindendes Stadtzentrum mit Geschäftsstraße und Kirche, einen Grünzug, das ehemalige Haus Wolf von Mies van der Rohe und vor allem die Verbindung der Neißeinsel (polnisch) mit gründerzeitlichen Industriebauten (deutsch).

Dazu kommen als Element (10) die diese »Inseln« verbindenden Wege zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie ein Netz von weithin sichtbaren Landmarken. Sie stehen sowohl für die einzelnen In-

seln als auch für das Fürst-Pückler-Land im Ganzen, also auch für das Gemeinsame dieser bewusst unterschiedlichen Inseln, wie auch die sozial- und naturräumliche Situation der Region insgesamt als verbindendes Netz zu begreifen ist. Auch die touristische Verknüpfung und Vermarktung der neu entstehenden Qualitäten und Attraktionen der Lausitz gehören zu dem zu entwickelnden Netz.

Die beschriebenen Inseln haben zwar ein spezielles Thema, von herkömmlichen Themenparks – wie sie beispielsweise auf der EXPO 2000 in Hannover zu sehen waren – unterscheiden sie sich jedoch grundsätzlich. Herkömmliche Themenparks wollen vor allem ein Thema oder ein Erlebnis vermitteln und suchen sich dafür einen geeigneten Platz oder einen Raum – zum Beispiel ein Weltausstellungsgelände. Das gleiche Thema könnte meist auch in einem ganz anderen Raum, einer ganz anderen Gegend behandelt werden. Bei den Landschaftsinseln der IBA ist es umgekehrt. Der Raum, das »Fürst-Pückler-Land« zwischen Plessa, Hoyerswerda, Bad Muskau, Guben/Gubin und Luckau, ist vorgegeben. Durch Hervorhebung der Besonderheiten soll hier eine attraktive Landschaftsvielfalt wachsen. Die Themen entstehen also aus dem Vorgefundenen und werden herausgearbeitet, veredelt oder inszeniert, aber in keinem Falle der Landschaft aufgesetzt.

Diese landschaftsgestalterische Strategie wird gemeinsam mit regionalen und überregionalen Partnern schrittweise weiter ausgearbeitet, in faszinierende Bilder sowie machbare Konzepte verwandelt, die schließlich kurz-, mittel- und langfristig umgesetzt werden.

Jahresthemen von 2004 bis 2010

Der Eröffnung der Ausstellung »ZeitmaschineLausitz«, Teil I, im Frühjahr 2004 folgte auf den IBA-Terrassen (Bild 9) im Herbst das Treffen der Partnerregionen: Regionen aus ganz Europa (insbesondere unsere polnische und unsere italienische Partnerregion) und darüber hinaus, die vor oder in ähnlichen Umwandlungen stehen wie die Lausitz, gestalteten ein Programm mit wissenschaftlichen und kulturellen Beiträgen (im Rahmen unseres Interreg III B-Projektes REKULA – Restrukturierung von Kulturlandschaften).

2005 ist das Jahr der Zwischenpräsentation, die die »ZeitmaschineLausitz« um einen Teil II – die Zukunft der Region – ergänzt und komprimiert, sowie einer Übersichtsausstellung, die den erreichten Stand der einzelnen IBA-Projekte und ihre geplante Entwicklung bis 2010 zeigt. Darüber hinaus werden kleinere Ausstellungen und viele Veranstaltungen an den einzelnen IBA-Projektorten stattfinden.

In der zweiten Halbzeit der IBA sollen verschiedene Themen gemeinsam mit Wirtschaftspartnern vertieft werden:

- *2006 – Grenz Stadt Landschaft:* Die deutsch-polnischen IBA-Projekte rücken beispielhaft in den Mittelpunkt einer verstärkten mittel-osteuropäischen Zusammenarbeit. Auf den IBA-Terrassen, in der Europainsel Guben-Gubin sowie in der Landschaftsinsel Bad Muskau-Nochten stellen sich die neuen EU-Mitglieder vor, und Themen wie Grenzstadtentwicklungen und wirtschaftliche Kooperationen sollen verdeutlicht werden.

- *2007 – Energielandschaft:* Gemeinsam mit den unterschiedlichen Energieerzeugern wird auf den IBA-Terrassen und vor Ort

gezeigt, wie aus der »Alt-Energie-Region Lausitz« eine »Neu-Energie-Region Lausitz« werden kann.

- *2008 – Wasserlandschaft:* Im Mittelpunkt steht das Lausitzer Seenland mit der Lausitzer Seenkette als Herzstück. Gemeinsam mit Herstellern von »Schwimmenden Häusern«, Marinas, Booten u. ä. sowie den touristischen Leistungsträgern werden das Thema Wasser und Entwicklungen am bzw. auf dem Wasser auf den IBA-Terrassen und vor Ort präsentiert.

- *2009 – Neues Land:* Der unterschiedliche Umgang mit geschütteter Landschaft nach dem Bergbau wird auf den IBA-Terrassen und in verschiedenen Projekten demonstriert. Das Spektrum reicht von den Naturschutzlandschaften über beispielhafte Modelle der Land- und Forstwirtschaft bis hin zu neuen Landschaftsbildern mit touristischer Nutzung (Zwischenlandschaft, Projekt »Wüste/Oase Welzow«).

- *2010 – Endpräsentation:* Die IBA-Terrassen und – wie schon zur Zwischenpräsentation – alle Projektorte werden zum Ausstellungs-ort.

Dieser Höhepunkt und Abschluss des ersten Jahrzehntes im neuen Jahrhundert sollen über eine einmalige Landschaftsgestaltung von Menschenhand, wie es sie in dieser Dimension in so kurzer Zeit bisher noch nie gab, den Grundstein bilden für eine dauerhafte, von wirtschaftlicher Belebung und erneutem Wohlstand begleitete Entwicklung einer ausgekohlten und abgewirtschafteten Region.

Eines der wichtigsten Prinzipien dabei ist, die wüsten- und canyonähnliche Landschaft zwischen Kohleabbau, Sanierung und Wasseranstieg nicht nur als zu überwindende Wunde, sondern als phantasieanregende Chance zu verstehen. Durch Inszenierungen und geführte Spaziergänge werden diese »Zwischenlandschaften« nutz- und erlebbar gemacht. Somit können ein Jahrzehnt früher als geplant touristische Attraktivität und wirtschaftliche Impulse in die Region gebracht werden.

Mit unserem Namensgeber Fürst Pückler verbindet uns, dass wir wie er (mit dem Branitzer Park) Bewegung und Profil auf den »platten Pfannkuchen« Niederlausitz bringen wollen. Wie er suchen auch wir in anderen Ländern und Erdteilen nach neuen Ideen und Entwicklungen, die wir auf die Bedingungen der Lausitz übertragen und mit seiner Beharrlichkeit umsetzen wollen. Und schließlich schrecken wir wie er nicht davor zurück, wegen ungewöhnlicher Projekte bei einigen Landsleuten als »ein bisschen verrückt« zu gelten.

Bild 1:
Schweißer
(Jürgen Matschie)

Bilder nur in der Print-Ausgabe

Bild 2:
Steine am Graebendorfer
See 2004 (Diana Stuckatz)

Bild 3:
Zwischenlandschaft 2003
(Petra Petrick)

Bild 4:
IBA-Nutzungskonzept
Seenlandschaft

Bilder nur in der Print-Ausgabe

Bild 5:
Seehäuser 2003 (Fischer)

Bild 6:
Tagebau 2003
(Michael Klug)

Bilder nur in der Print-Ausgabe

Bild 7:
IBA-Terrassen 2004
(Lena Schmidt)

Bild 8:
IBA-Landschaftsinseln

Bilder nur in der Print-Ausgabe

Bild 9:
IBA-Terrassen, Ausstellung
Zeitmaschine Lausitz
(Lena Schmidt)

JOACHIM H. SPANGENBERG

Nachhaltigkeit – Konzept, Grundlagen, Herausforderungen, Anwendungen

Nachhaltigkeit als gesellschaftlicher Entwicklungspfad

Nachhaltigkeit ist das wahrscheinlich anspruchsvollste Politik-Konzept, das je entwickelt wurde. Der Begriff beschreibt die Zielsetzung, die Existenzfähigkeit und Vitalität («viability») eines Systems dauerhaft zu sichern. Politisch zielt er auf den langfristigen Erhalt der Funktions- und Leistungsfähigkeit des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, auf das Wohlbefinden der Menschen und den Erhalt einer gesunden Umwelt, und das weltweit.

Ausgehend vom Primat der Politik ergibt sich daraus für Nachhaltigkeitspolitik eine doppelte Herausforderung: Einerseits muss sie die räumlichen und zeitlichen Grenzen politischen Handelns so ausweiten, dass zukünftige Generationen und entfernte Nationen und ihre Bürger/innen in die Handlungsperspektive einbezogen werden (Entgrenzung in Raum und Zeit, einschließlich einer Globalisierung der Verantwortung). Andererseits muss sie die Integration aller relevanten Politikbereiche in eine Strategie der nachhaltigen Entwicklung erreichen. Beide Neuerungen stellen erhebliche, so noch nicht da gewesene Herausforderungen für die Politikgestaltung dar.

Politik-Integration

Wenn im Folgenden von Nachhaltigkeit die Rede ist, so ist damit eine substantielle Nachhaltigkeit gemeint (auch als Zukunftsfähigkeit bezeichnet), im Gegensatz zu dem Versuch, alte Konzepte ohne inhaltliche Fortentwicklung unter dem Etikett »nachhaltige XY-Politik« erneut zu vermarkten. Eine solche Nachhaltigkeit erfordert die Aufrechterhaltung der produktiven wie reproduktiven Potenziale von Bürger/inne/n, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt in ihrem Prozess der interdependenten Entwicklung (Koevolution). Sie ist ein anthropozentrisches Konzept der Makroebene, das Menschen als soziale Personen wahrnimmt, d.h. als vergesellschaftetes Individuum mit ökonomischen, sozialen, kulturellen, emotionalen und anderen Formen der gleichzeitigen Integration in unterschiedliche soziale Gruppen wie Familien, Freundeskreise, Kollegen/Belegschaften, Schichten, Religionsgemeinschaften, Interessenorganisationen etc.

Insofern beinhaltet Nachhaltigkeit die Forderung nach einer dauerhaften Sicherung des Humansystems (Humankapital in der Ökonomik, soziale Dimension bei UNCSO, Realisierungschancen oder *capabilities* bei Sen 2000), des Gesellschaftssystems (Sozialkapital, institutionelle Dimension, die Summe der Regeln und Mechanismen, die das menschliche Zusammenleben bestimmen), der Wirt-

Joachim H. Spangenberg – Jg. 1955; Dr. rer. pol. (Volkswirtschaft); Vizepräsident des Sustainable Europe Research Instituts (SERI), Wien, Bad Oeynhausen. Studium der Biologie, Mathematik und Ökologie in Köln und Essen. 1986 bis 1991 wissenschaftlicher Mitarbeiter der SPD-Bundestagsfraktion und dort Referent für Gentechnik. Von 1992 bis 1999 Mitarbeit am Wuppertal-Institut – zuletzt als Projektbereichsleiter »Sustainable Societies«. Seit 2000 freiberufliche Tätigkeit unter anderem für UNDP und den Verband der europäischen Aluminiumindustrie. Seit 2002 Senior Scientist bei SERI, seit 2003 Gastprofessor für ökologische Ökonomik an der Universität Versailles. Ehrenamtliche Tätigkeiten 1990-2002 Wiss. Beirat des BUND, Vors. Friends of the Earth Europe, Leitungskreis/Sprecher Forum Um-

welt und Entwicklung, zur Zeit Beirat NaturwissenschaftlerInnen-Initiative, Executive Committee INES. Zuletzt in UTOPIE kreativ: Soziale Nachhaltigkeit. Eine integrierte Perspektive für Deutschland, Heft 153/154 (Juli/August 2003).

schaft (Sach- und Finanzkapital, ökonomische Dimension, die Summe der produktiven Prozesse und ihrer Mittel in Erwerbs- wie in Nichterwerbsarbeit) und der Umwelt (Naturkapital, ökologische Dimension, der nicht vom Menschen dominant gesteuerte Teil der Natur). Im Sinne der Nachhaltigkeit sind diese Systeme und ihre Wechselwirkungen zudem so zu gestalten, dass sie in der Gesamtsicht ein sich stabil entwickelndes System ergeben (Integrationsanfordernis). So ist zum Beispiel die Reduzierung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe eine ökologische Notwendigkeit, und auch zur Sicherung des Friedens eine vorrangige politische Aufgabe. Die Abkehr von fossilen Brennstoffen muss deshalb ein zentrales Ziel der Wirtschaftspolitik sein, verbunden mit Maßnahmen zur Bedarfsreduzierung und zur Entwicklung von Substituten, die wiederum zur Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen. Ähnlich müssen die Ziele wirtschaftlicher Nachhaltigkeit so angestrebt werden, dass Innovation und Investitionen ebenfalls sozialen, ökologischen und institutionellen Nachhaltigkeitskriterien gerecht werden, also z.B. Qualifikation und Qualität von Arbeit und Leben fördern und die Belastung der Umwelt reduzieren.

Entgrenzung: Globale Verantwortung statt »Festung Europa«

Als Ergebnis der Nord-Süd-Debatte ist das Konzept Nachhaltigkeit naturgemäß von vornherein nicht auf die nationale oder regionale Ebene beschränkt, sondern betont die Globalisierung ökonomischer wie ökologischer Probleme ebenso wie die Interdependenz der Betroffenen und die notwendige Globalität zielführender Lösungsansätze. Diese gegenseitige Abhängigkeit (Arbeitsdefinition: die Unfähigkeit, eigene Probleme alleine zu lösen) zeigt sich in immer mehr Bereichen, von Handels- und Weltwirtschaftsfragen über ökologische Probleme bis hin zur inneren Sicherheit wie aktuell im Herbst 2001, war aber auch schon vor der UN Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED, Rio de Janeiro 1992) deutlich zu erkennen (Spangenberg 1991; 1992). Sie hat dazu beigetragen, dass die Diskussion über »Global Governance« in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen hat (King, Schneider 1991, S. 103 ff.; Stiftung Entwicklung und Frieden 1995; CEC 2001; Kopfmüller 2003). Aus dieser Interdependenz ergibt sich notwendig die Erweiterung der räumlichen Perspektive zur globalen Sicht als konstitutiver Bestandteil des Konzepts der nachhaltigen Entwicklung.

Zeitliche Entgrenzung: Intergenerationelle Verantwortung, auch für ökologische und soziale Schulden

Die zweite Erweiterung bezieht sich auf die zeitliche Perspektive: Nachhaltig ist demnach eine Form der Entwicklung, die eine umfassend verstandene Lebensqualität in dieser Generation sichert und zukünftigen Generationen die Wahlmöglichkeit erhält, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Die schon klassische Formulierung der Brundtland Kommission lautet, nachhaltig sei »development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs« (WCED 1987, S. 43). Damit wird der Erhalt von Optionalitäten in einer zeitlich ausgeweiteten Perspektive, von Freiheitsgraden möglicher zukünftiger Ent-

Der Artikel basiert auf einem Papier, das der Autor für eine Diskussion in der Zukunftskommission der Rosa-Luxemburg-Stiftung verfasste. Eine erweiterte und verbesserte Fassung dieses Textes wird demnächst bei der Stiftung erhältlich sein.

scheidungen (unter Berücksichtigung einer möglichen, wenn nicht gar wahrscheinlichen Änderung der Präferenzen) zur zweiten konstitutiven Neuerung im Konzept nachhaltiger Entwicklung.

Mit anderen Worten: Die Nachhaltigkeit eines sozio-ökonomischen Systems verlangt zum einen die globale Verallgemeinerbarkeit seiner Produktions- und Konsummuster insbesondere unter dem Kriterium der anhaltenden und allgemeinen Befriedigung wirtschaftlicher, sozialer, ökologischer und anthropologischer Bedürfnisse. Ist diese – infolge der sich wandelnden Präferenzen dynamisch zu verstehenden Bedingung – nicht gegeben, basiert das System also auf der dauerhaften Privilegierung einiger und Diskriminierung vieler, oder auf der langfristig nicht durchhaltbaren Übernutzung essentieller (also nicht substituierbarer) Ressourcen, so kann es nicht als nachhaltig bezeichnet werden.¹ Zum anderen muss eine Politik der Nachhaltigkeit fehlerfreundlich und reflexiv sein, d. h. Fehler ermöglichen und ermutigen, sie tolerieren und aus ihnen lernen. Zu diesem Zweck sowie in Respektierung der nicht vorhersagbaren Bedürfnisse und Präferenzen zukünftiger Generationen müssen Richtungsentscheidungen, obwohl sie pfadabhängige Entwicklungen konstituieren, soweit wie möglich revidierbar und ihre Folgen reversibel sein. So ist z.B. die Atomenergie, die für Jahrzehntausende strahlende Abfälle erzeugt und deren Management zukünftigen Generationen überlässt, aus diesem Grund nicht nachhaltigkeitsfähig. Damit ist die Nachhaltigkeit der gesellschaftlichen Systeme kein Endzustand, sondern unterliegt selbst einer ständigen Entwicklung. Zudem wird die Nachhaltigkeit der Industriestaaten des Nordens auch nach ihren Wirkungen auf die anderen Teile der globalen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt bewertet.

Nachhaltigkeit basiert nach dieser Definition in erster Linie auf den anthropozentrisch definierten Zielen inter- und intragenerationaler Gerechtigkeit. Konkretisierend ergibt sich im Sinne nachhaltiger Entwicklung daraus die Forderung nach sozialer, ökologischer und ökonomischer Gerechtigkeit hier und heute; dabei ist insbesondere dann umstritten, wie das Verhältnis von gegenwärtiger Gerechtigkeit und einer zwischen den Generationen in diesem Kontext spezifiziert werden soll, wenn konkurrierende Nutzungsansprüche (trade-offs) zu vermuten sind.

Steuerungsprobleme

Nachhaltigkeit ist eine multidimensionale Aufgabenstellung als Zielvorgabe für komplexe Systeme. Politik für nachhaltige Entwicklung wirft deshalb neue Steuerungsprobleme auf, weil es sich bei den betroffenen Systemen Wirtschaft, Gesellschaft, Bevölkerung und natürliche Umwelt jeweils um dynamische, entwicklungsfähige Systeme handelt, die sich nicht unabhängig voneinander, sondern in einem ständigen Prozess der gegenseitigen Beeinflussung (Koevolution) fortentwickeln. Im Gegensatz zu mechanischen Systemen ist das Verhalten komplexer Systeme nicht vollständig vorhersagbar, was einer der Gründe für das Scheitern von Konzepten der Steuerung durch administrative Eingriffe (z. B. in der *progressive era* Anfang des 20. Jahrhunderts in den USA oder in den Zentralplanungs-wirtschaften Europas) wie durch ökonomische Interventionen war

»Es ist das übliche Los neuer Wahrheiten« meint T. H. Huxley in *Science and Culture*, »am Anfang eine Ketzerei und am Ende ein Aberglaube zu sein.« Etwas ganz in dieser Art scheint auch der Wahrheit widerfahren zu sein, dass die Märkte im Wirtschaftsleben eine wichtige Rolle spielen. Amartya Sen (2000, S. 139)

1 Wie weit Substitution möglich ist, wie weit also Natur- und Sachgüter komplementär oder austauschbare Äquivalente sind, bleibt jedoch umstritten – so ist z. B. nach Pearce und Atkinson (1993) eine weit-gehende, aber nach Daly (1996) keine Substitution möglich.

(Keynesianistische Globalsteuerung). Das heißt jedoch nicht, dass Steuerung *per se* unmöglich wäre, sondern dass sie nicht die direkte Umsetzung extern formulierter Ziele sein kann, sondern auf die häufig unvorhergesehenen Rück- und Nebenwirkungen reagieren muss, die Kennzeichen der *reflexiven Moderne* sind (Beck et al. 1996). Nachbesserungen und Readjustierungen sind insofern nicht Zeichen von Politikversagen, sondern von Lernfähigkeit. Eine Kontextsteuerung, die auf einem breiten Instrumentenmix aufbaut (von Rechtssetzung und Normung über ökonomische und informatorische Instrumente bis zu Planungsvorgaben), führt dann zu einer stärker politisch gesteuerten Ökonomie bei gleichzeitig weniger direkten Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen (Hinterberger et al. 1996; Renner 1998).

Die Gesamtheit dieser Regulierungen ist dabei so zu gestalten, dass sie als evolutionäre Entdeckungsprozesse institutionalisiert werden und so den Markt da ergänzen, wo er Schwachpunkte aufweist. Dieser Ansatz verbindet gestaltende Richtungsgebung durch Setzung von Rahmenbedingungen (Kontextsteuerung) mit der Mobilisierung von Selbstorganisationspotenzialen und deren Entwicklungs- und Innovationsfähigkeit. Nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Gesellschaft, ihre Wohlstandsmodelle und Arbeitsformen, Gerechtigkeitsvorstellungen und Leitbilder sind demnach lernende soziale Systeme, die aufeinander abgestimmt sein müssen. (Katterle 1999).

Operationalisierung

Das Oberziel einer Politik der nachhaltigen Entwicklung ist der Erhalt der Funktionsfähigkeit des Gesamtsystems aus Umwelt und Menschen, Wirtschaft und Gesellschaft. Um dieses Ziel zu operationalisieren, können Gesellschaften und ihre Naturverhältnisse als vierdimensionaler Raum beschrieben werden, wobei Umwelt, Bevölkerung, Gesellschaft und Wirtschaft je eine Dimension darstellen. Jeder Entwicklungsprozess betrifft alle vier Dimensionen, und nachhaltige Entwicklung stellt eine spezifische Auswahl aus den potenziell möglichen Entwicklungspfaden dar.

Die Dimensionen

Ausgehend von dem Charakter der Entwicklung des Gesamtsystems als Koevolution der Teilsysteme ergibt sich unvermeidlich, dass die Nachhaltigkeit jedes der Teilsysteme ökonomischen, ökologischen, sozialen und institutionellen Kriterien unterliegt. Diese sind auf jedes der vier Teilsysteme anzuwenden, die bei der UN Kommission für nachhaltige Entwicklung als Dimensionen der Nachhaltigkeit bezeichnet werden (UNDP/PCSD 1996) und bei der Weltbank wie bei vielen Ökonomen als Kapitalstöcke (Serageldin 1997). Nachhaltiges Wirtschaften zielt auf Bestandserhalt im Sinne von Werterhalt des Bestandes (und ist damit kontextabhängig) plus Produktivitätserhalt. Das gilt für alle vier Systeme/Dimensionen/Kapitalstöcke, und für Erwerbs- wie für Nichterwerbsarbeit (Hofmeister 1999).

In dieser Strukturierung umfasst

- die *institutionelle Dimension* (Teilsystem »Gesellschaft«, Sozialkapital) die aus dem Menschen äußerlichen, interpersonellen Interaktionen resultierenden handlungsrelevanten formellen wie informellen Beziehungsverhältnisse;

- die *soziale Dimension* (Teilsystem »Bevölkerung«, Humankapital) die Gesamtheit der intrapersonalen persönlichen Fähigkeiten, Eigenschaften und Erfahrungen von Individuen und sozialen Gruppen;
- die *ökologische Dimension* (Teilsystem »natürliche Umwelt«, Naturkapital) alle bio-geologischen Prozesse und ihre Elemente, also nicht die vom Menschen gestalteten Abläufe und Artefakte;
- die *ökonomische Dimension* (Teilsystem »Wirtschaft«, Sachkapital) Herstellung, Austausch und Nutzung von Gütern und Dienstleistungen in Erwerbs- und Nichterwerbswirtschaft, einschließlich ihrer Mittel und Resultate (Geld, Gewinne, Vermögen, Akkumulation ...).

An (fast) jeder menschlichen Handlung sind alle vier Dimensionen in wechselnder Gewichtung beteiligt – die vorgenommene Trennung ist also künstlich, aber insofern sinnvoll, als die beschriebenen Komponenten der Gesamtheit von »menschlicher Gesellschaft und ihrer Umwelt« über durchaus verschiedene Funktionslogiken und Zeitstrukturen verfügen, die bei nachhaltigkeitsorientierten Entscheidungen zu beachten sind. Alle vier Dimensionen bzw. Gegenstandsbereiche oder Kapitalstöcke interagieren, und oft sind die Trennungslinien nur mühsam klar zu ziehen (Spangenberg 2001). Insbesondere die Abgrenzung der sozialen und der institutionellen Dimension, also der Gegenstandsbereiche Bevölkerung und Gesellschaft ist nicht einfach.²

So gehören z. B. individuelle Leitvorstellungen und Präferenzen zur sozialen Dimension, Leitbilder als Charakteristikum sozialer Gruppen aber zur institutionellen. Diese umfasst interpersonelle Strukturen der Gesellschaft, also durch Interaktion von Bürger/innen/n entstehende Institutionen wie Organisationen (Vereine, Nachbarschaftsnetzwerke, etc.), Mechanismen (wie Entscheidungsabläufe, gegenseitiges Vertrauen und Toleranz, aber auch Macht und Einflussmöglichkeiten) sowie Orientierungen (geteilte soziale Zielvorstellungen, Meta-Leitbilder nachhaltiger Entwicklung, Mythen oder Paradigmen und »mental maps«).

Institutionen wie Überzeugungen, Normen, Beziehungen, Eigentumsrechte oder Behörden entstehen als soziale Antwort auf die Herausforderung der natürlichen und sozialen Umwelt und die bei ihrer Bewältigung auftretenden Kooperationsprobleme (Weißbuch 2000). Allgemeiner werden Institutionen im Sinne der Politikwissenschaften (z. B. Czada 1995) als interpersonelle entscheidungsleitende Mechanismen und Regelsysteme verstanden.³ Unter diese breit angelegte Definition fallen nicht nur legitime Institutionen, z. B. politische Institutionen, die eine Legitimation durch das Repräsentanzprinzip und durch ihre Handlungs- und Sanktionsfähigkeit haben, oder legitime gesellschaftliche Institutionen, sondern auch Institutionen wie das organisierte Verbrechen, seine Einflussmechanismen und die es ermöglichenden Traditionen und Einstellungen. Wenn jedoch im Folgenden von Institutionen die Rede ist, ist dies stets auf solche im erstgenannten Sinn bezogen, da nur diese als relevant für eine auch institutionell nachhaltige Entwicklung angesehen werden, die Transparenz, Verantwortlichkeit, Demokratie und Legitimität beinhalten.

2 Die Elemente der institutionellen Dimension werden deshalb in einfacheren Konzepten – soweit überhaupt berücksichtigt – meist dem Gegenstandsbereich des »Sozialen« zugeschlagen, der dann die Individuen der Bevölkerung wie ihre Vergesellschaftung umfasst, also sehr weit gefasst und so auch in seiner Operationalisierbarkeit beeinträchtigt ist.

3 Die Wahl einer politikwissenschaftlichen Definition erfolgt nicht willkürlich: historische, soziologische und juristische, insbesondere aber auch die Ansätze der neuen Institutionenökonomik erweisen sich im Rahmen eines auf politisches Handeln ausgerichteten Nachhaltigkeitskonzepts als weniger geeignete Konzepte (vgl. Spangenberg, et al. 2002, Ders. 2002).

Nachhaltigkeitskriterien je Kapitalstock/Dimension

Für eine Politik der Nachhaltigkeit ist es notwendig, statt blindem Wachstumsglauben (oder seiner ebenso blinden Verdammung) den Glauben an ein Allheilmittel aufzugeben und zu einer Ziele gebundenen Politik überzugehen. Das wäre auch ein demokratischer Fortschritt, da er den Wähler/inne/n erlaubt, zwischen unterschiedlichen Zukunftsentwürfen zu entscheiden, und nicht nur zwischen verschiedenen Mitteln auf dem Wege zum Einheitsziel der *classe politique*. Solche Ziele müssen auf unterschiedlichen Konkretisierungsniveaus klar benannt werden (vgl. auch die Gliederung in Leitprinzipien, Was- und Wie-Regeln und Indikatoren bei der HGF (Kopfmüller et al. 2001) und die Berichte früherer Enquete-Kommissionen des deutschen Bundestags):

- zentrale Qualitätsziele, die dimensionenübergreifend zentrale Charakteristika der angestrebten Gesellschaftsformation beschreiben;
- allgemeine Leitbilder, die den Kontext jeweils spezifischer politischer Entscheidungen darstellen;
- spezifische Leitbilder, die in verschiedenen Politikbereichen die Handlungsaufgaben konkretisieren; und
- Handlungs- bzw. Gestaltungsziele.

Unter Berücksichtigung von intragenerationellen Gerechtigkeitsvorstellungen lassen sich Qualitätsziele für eine Entwicklung in Richtung auf Nachhaltigkeit benennen (Hans-Böckler-Stiftung 2000):

Ein grundlegendes soziales Ziel ist die Gewährleistung der Möglichkeit, das Recht zur freien Entfaltung der Persönlichkeit auch in die Realität umzusetzen, das Vorhandensein der dazu notwendigen Voraussetzungen. Dazu gehört z. B. der Schutz der Gesundheit der Arbeitnehmer durch die Begrenzung der Belastung durch Erwerbsarbeit (Extensivität, Intensivität, Flexibilität), durch den Belastungsausgleich in Mischarbeit und die eigenaktiven Gestaltungsmöglichkeiten ebenso wie die Bewusstmachung und Herstellung sozialer und ökologischer Kreisläufe zwischen Arbeit und Leben, damit Erhöhung von Schlüsselqualifikationen, individueller Verantwortlichkeit und Innovativität.

Ein vorrangiges Ziel aus ökonomischer Sicht ist die Bewahrung der statischen und dynamischen Effizienz, das heißt Erhalt und Schaffung von Anreizen zur Wirtschaftlichkeit ebenso wie zur ständigen Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch Innovation, sowie Sicherung der Attraktivität des Produktionsstandorts und die Leistung eines angemessenen Beitrags zur internationalen wirtschaftlichen Stabilität. Dazu dient u. a. eine staatliche Rahmenordnung zur Beseitigung von Markt- und Marktwirtschaftsversagen, so dass Marktmechanismen da zur vollen Entfaltung kommen, wo dies dem Allgemeinwohl dient.

Aus ökologischer Sicht ist das Oberziel, die Regenerationsfähigkeit des Natursystems dauerhaft zu sichern. Dazu bedarf es einer Verringerung des fossilen Primärenergieverbrauchs, der gesamten Rohstoffentnahme aus der Natur und des Flächenverbrauchs derart, dass es gelingt, die unvermeidliche Klimaänderung auf ein handhabbares Maß zu beschränken (IPCC et al. 2000), die wesentlichen Antriebskräfte, die hinter den meisten gegenwärtigen (und wohl auch zukünftigen) Umweltschäden stehen, auf ein Maß abzusenken,

das der Natur eine Regeneration ermöglicht (vgl. Schmidt-Bleek 1994) und durch die verringerte Inanspruchnahme von Ressourcen die Voraussetzung für eine weltweite Verteilungsgerechtigkeit im Ressourcenverbrauch schafft (vgl. Spangenberg 1995). Hinzu kommt der Schutz der biologischen Vielfalt gegen Belastungen aus Flächenverbrauch, Klimawandel, Schadstoffemissionen und Invasionen nicht-indigener Arten und die Risikovermeidung für Mensch und Umwelt durch die Mechanismen der traditionellen Umweltpolitik sowie schließlich eine fehlerfreundliche Technikgestaltung, die zum Beispiel die Atomkraftnutzung ausschließt.

Aus institutioneller Sicht ist eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung die Voraussetzung für ein erfülltes Leben in Frieden und sozialer Sicherheit. Grundlage für die Realisierung dieses Qualitätsziels ist eine Interpretation von Gemeinwohl auf der Grundlage eines Ausgleichs der individuellen Präferenzen, von Solidarität und der Verantwortung für künftige Generationen. Als freiheitssichernder Sozialstaat dient eine solche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung dazu, einen menschenwürdigen Lebensstil für alle Bürger/innen zu ermöglichen, einschließlich der Sicherung des Zugangs zu den relevanten gesellschaftlichen Prozessen, zu Bildung, Kultur und Entscheidungsprozessen, also Partizipation und Demokratisierung. Dazu gehört auch die Möglichkeit zur Teilnahme am Erwerbsleben für alle (Erwerbschancen, Vollbeschäftigung) und Gewährleistung des Lebensunterhalts für diejenigen, die am Erwerbsleben nicht teilnehmen können oder gesellschaftlich anerkannte Aufgaben außerhalb der Erwerbstätigkeit wahrnehmen (Armutsbekämpfung, soziale Sicherung) und eine robuste Gestaltung sozialer Sicherungssysteme einschließlich einer sozialen Mindestsicherung (Grundeinkommen o. ä.), sowie ein fairer intergenerationaler Ausgleich. Ein anderer wesentlicher Aspekt ist die Erhöhung sozialer Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern und Generationen in Bezug auf die Teilhabe an Erwerbsarbeit, wie bei der Übernahme von notwendigen und sinnvollen informellen Tätigkeiten (vgl. Brandl 2000).

Unterhalb dieser Ebene der allgemeinen Qualitätsziele und in den obigen Begründungen bereits angedeutet, sind die Leitbilder angesiedelt. Wenn z. B. ein allgemeines Qualitätsziel die Möglichkeit zu einem erfüllten Leben in Frieden und sozialer Sicherheit ist, dann wird dies durch verschiedene Leitbilder konkretisiert, z. B. zu Konfliktlösung, zur sozialen Sicherheit, zur Zukunft der Arbeit (Leitbild z. B.: Gestaltung der Erwerbsarbeit als Teil von Mischarbeit (vgl. Hildebrandt 1999) durch die Aufwertung der Prinzipien der Fürsorge, des Haushaltens und der Solidarität), zum Schutz der sozialen Gemeinschaften, der Familien und sozialen Gruppen (Leitbild z. B.: Aufwertung versorgender und gemeinschaftlicher Tätigkeiten, damit auch die Erhöhung der sozialen Sicherheit (vgl. Hildebrandt 1997)). Um ein anderes allgemeines Qualitätsziel, das Recht zur freien Entfaltung der Persönlichkeit, zu realisieren, muss eine Reihe von Voraussetzungen u. a. in den Bereichen Bildung, Erziehung, Bürgerrechte, materielle Sicherung, Arbeit, Recht auf Mobilität, etc. erfüllt sein; diese werden durch spezifische Leitbilder konkretisiert.

Spezifische Leitbilder und Handlungs- bzw. Gestaltungsziele z. B. für den Bereich Umwelt- und Naturschutz finden sich detailreich und sachkundig ausgearbeitet bei Lüderitz (2004). Für die Gestaltung der Arbeitswelt ergibt sich z. B. aus der institutionellen Zielsetzung die Herausforderung, Teilhabe konkret werden zu lassen. Das kann sich nicht nur auf den notwendigen Erhalt und Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung beziehen, die das Unternehmerlager inzwischen kollektiv auf die Abschlussliste gesetzt hat, sondern es erfordert zusätzlich die Ergänzung der betrieblichen und Konzernmitbestimmung um die am Arbeitsplatz, d. h., die Stärkung individueller Partizipationsrechte auch im Arbeitsleben. Diese Forderungen sind nicht nur Bestandteil der institutionellen Dimension nachhaltiger Entwicklung, sondern stärken die soziale Dimension durch Bildung von Wissen und Persönlichkeit, sowie die ökonomische Dimension durch die zusätzlichen Innovationspotenziale, die bisher weitgehend ungenutzt in den Köpfen der Belegschaften schlummern (die Zurückweisung von Mitbestimmung als Einschränkung unternehmerischer Freiheit ist insofern ein Zeichen eher präkapitalistisch-feudaler Machtstrukturen in vielen Unternehmen). Gerade in Zeiten krisenhafter ökonomischer Entwicklungen (Globalisierung) sind Innovationen der Schlüssel zum Überleben, und nicht Kostenkürzungsstrategien, die im Wettbewerb mit sich industrialisierenden Ländern des Südens von vornherein keine dauerhafte und damit nachhaltige Lösung bieten können. Innovationen, die die Wettbewerbsfähigkeit stärken, können jedoch nicht nur technische Neuerungen sein, sondern müssen technische, soziale und Prozessinnovationen verbinden. Solche kreativen Antworten bedürfen origineller Lösungen, die am ehesten realisiert werden können, wenn an ihrer Hervorbringung und Implementation möglichst viele Menschen beteiligt sind. Mit anderen Worten: erfolgreiche Innovation verlangt einen integrativen Ansatz und bedarf der Teilhabe und Partizipation – das gilt in der Wirtschaft wie im öffentlichen Sektor und in zivilgesellschaftlichen Institutionen.

Eine derart innovative Gesellschaft bedarf zur Absicherung der mit schnellen Entwicklungen immer verbundenen Friktionen eines zuverlässigen sozialen Sicherungssystems, und eine partizipatorische Gesellschaft ist nur möglich bei einer entsprechenden Sozialisation ihrer Bürger/innen, die ohne soziale Kohäsion und aktive Integration nicht zu haben ist. Die formelle wie materielle Freiheit zur Entfaltung der eigenen Persönlichkeit ist Bedingung für die Entwicklung zu mündigen Staatsbürger/inne/n.

Wider die ökonomistische Verengung der Perspektive

Gegenwärtig wird häufig argumentiert, dass das notwendige Wohlfahrtsniveau nur mittels der effizienten Allokation durch freie Märkte erreicht werden kann, und dass deshalb eine Deregulierungspolitik den Interessen der Einzelnen am besten dient. Diese Argumentation hat eine Vielzahl von Schwachstellen (Nelson 1997); im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit sind die folgenden von besonderer Relevanz:

- Die ökonomische Theorie, auf der solche Vorhersagen (Wohlfahrtsmehrung durch Deregulierung) beruhen, nimmt den Markt als

Austauschmechanismus unter wohlinformierten Gleichen an. Dass Marktprozesse Ausdrucksformen der hinter ihnen stehenden Institutionen sind (einschließlich Machtstrukturen), wird in der politisch handlungsleitenden Standardökonomik vernachlässigt (was wiederum eine Machtstruktur zeigt). So werden die Akteure und ihre Interessen verdrängt und als Ziel ein Marktmechanismus propagiert, der ein vollständig anonymer Austauschmechanismus ist, in dem alle die gleichen Rechte und Möglichkeiten haben. Damit kennt der »perfekte Markt« keine Verantwortlichen – er ist die vollendete Form kollektiver Verantwortungslosigkeit. Deshalb sind Probleme, die eine/n individuell Verantwortliche/n brauchen, strukturell nicht marktfähig.

- Selbst unter der Annahme idealer Märkte, in denen eine effiziente Allokation gewährleistet ist, führt dies nur für solche privaten Güter zu einem optimalen Ergebnis, deren Verteilung nach Kaufkraft gewünscht ist. Wenn jedoch aus politischen, ethischen oder anderen Gründen eine andere Verteilung als angemessen angesehen wird, dann bedarf entweder der Marktmechanismus der politischen Ergänzung, z. B. durch eine Korrektur der Primärverteilung durch Abschöpfung mittels progressiver Einkommenssteuern, Vermögenssteuern etc. und Umverteilung mittels Transferleistungen (in diesem Falle bleibt die Allokation nach Kaufkraft unangetastet, aber die Kaufkraft wird umverteilt). Alternativ oder komplementär (z. B. bei unzureichender Umverteilung oder für den Zugang zu öffentlichen Gütern) kann die Verteilung über andere Mechanismen als den Markt organisiert werden, wie in der Vergangenheit für Kindergartenplätze, Hochschulzugang und allgemeine öffentliche Leistungen, die nicht meistbietend, sondern nach festen Gebührensätzen angeboten werden. Solche Korrekturen von Marktmechanismus und -ergebnis sind im Nachhaltigkeitskontext insofern unverzichtbar, als Nachhaltigkeit auf Gerechtigkeit aufbaut (und in vieler Hinsicht die Operationalisierung eines erweiterten Gerechtigkeitsziels darstellt), während der Markt als Institution keine übergeordneten Ziele wie Gerechtigkeit kennt.

Diese Einschränkungen sind kein generelles Verdikt gegen offene Güter- und Finanzmärkte (auch Keynes und Marx haben erfolgreich an der Börse spekuliert), sondern die Aufforderung, ihre Vor- wie Nachteile zu sehen und diese gezielt im Dienste einer übergeordneten politischen Strategie und im geeigneten Kontext zu nutzen. Sie weisen aber auf die Probleme hin, die durch die neoliberal inspirierte »Durchkapitalisierung aller Lebensbereiche« entstehen.

Die seit den 1980er Jahren in Westdeutschland zu beobachtende »Durchstaatlichung« im Sinne des Ausbaus staatlicher Überwachungs- und Kontrollapparate sowie die umfassende staatliche Stützung für die Rahmenbedingungen der Akkumulation (Fuchs 1987) schreitet ebenfalls, und nach dem Beitritt der ehemaligen DDR noch verstärkt fort, wie die Diskussion um die Etablierung des »repressiven Wohlfahrtsstaates« rund um die Agenda 2010 der Bundesregierung verdeutlicht.

Nachhaltigkeit als »soziale Lehre«

Nachhaltigkeit als »soziale Lehre«, als Orientierung oder Meta-Leitbild und neue Fortschrittsdeutung unterscheidet sich von Ideologien

«The Earth belongs to each ... generation during its course, fully and in its own right. The second generation receives it clear of the debts and encumbrances, the third of the second, and so on. For if the first would charge it with a debt, then the Earth would belong to the dead and not to the living generation. Then, no generation can contract debts greater than may be paid during the course of its own existence ...»
Thomas Jefferson an James Madison, 6. September 1789

durch *Zukunftsoffenheit* (Undeterminiertheit) und vom Liberalismus durch *Gerichtetheit*. Im Gegensatz zum liberalen Vorschlag, Nachhaltigkeit als regulative Idee zu betrachten und Nachhaltigkeitskriterien nur auf den Prozess der Entscheidungsfindung anzuwenden, unabhängig von seinen Ergebnissen (hierin ähnlich der Gerechtigkeitstheorie von Rawls könnte diese Vorstellung als prozedurale Nachhaltigkeit bezeichnet werden), kann eine Nachhaltigkeitskonzeption, die den seit dem 18. Jahrhundert und insbesondere seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts entstandenen Grundlagen des Konzepts sowie internationalen Vereinbarungen, UN-Beschlüssen etc. verpflichtet ist, auf normativ gesetzte, überwiegend qualitative Ziele nicht verzichten (substanzielle Nachhaltigkeit). Nachhaltigkeit bestimmt einen Kanon, der politisches Handeln anleiten soll, aber nicht festlegt, der jedoch als Prüfmaßstab für die Ergebnisse dieses Handelns fungiert.

Solche substanzielle Nachhaltigkeit als politisches Orientierungs- und Bewertungsinstrument erfordert die Integration von expliziten Wertorientierungen und Gesellschaftsanalyse und ergibt ein Denk- und damit Deutungsmuster, das gesellschaftliche Veränderungen widerspiegelt, begleitet, analysiert und weitere oder andere einfordert. Es hilft z. B. Marktversagen (aufgrund zu identifizierender Umstände leistet ein Markt nicht, was er könnte, z. B. bei Monopolisierungen) und Marktwirtschaftsversagen zu erkennen und zu unterscheiden (für die Allokation von Gütern nach anderen als Kaufkraftkriterien ist der Markt als Instrument ungeeignet und muss versagen). Auf dieser Grundlage können dann Alternativen formuliert und eingefordert werden.

Richtig verstanden ist Nachhaltigkeit als moderne Politik zur Bändigung der kapitalistischen Wirtschaft auf verschiedenen Ebenen eine Antwort auf die und Ausdruck der Sehnsucht der Menschen nach einem gerechten und humanen (d. h. auch pluralistischen und toleranten) Gemeinwesen, nach Lösungen mit dem höchsten Nutzen für das Gemeinwohl. Nach dem Ende hermetisch geschlossener Denksysteme und Weltbilder ist Nachhaltigkeit damit der vielleicht wichtigste gesellschaftspolitische Gegenentwurf zur neoliberalen Weltordnung.

Ergebnisse der nunmehr ungehemmt wirkenden kapitalistischen Logik wären:

- die sozialen Beziehungen aus dem individuellen Eigeninteresse abzuleiten und sie darauf zu beschränken (M. Thatcher drückte es so aus: »there is no such thing as society«),
- damit die Gesellschaft auf ein Marktfunktionsinstrument zu verkürzen, was nach Matzner (2002) ein wesentliches Charakteristikum der US-Gesellschaft darstellt und diese vom tradierten europäischen Gesellschaftsmodell unterscheidet,
- den staatlichen Regulierungsauftrag auf den privaten Nutzen zu rechtzustützen, da die gesellschaftliche Dimension für nichtexistent oder zumindest irrelevant erklärt ist.

Das Freiheitsverständnis der gegenwärtigen Welle an »Liberalisierung« ist ein eng gefasstes Verständnis von marktradikalem Wirtschaftsliberalismus ohne eine gesellschaftliche Dimension und hat mit dem Freiheitsverständnis der Aufklärung, wie es dem Konzept

der Nachhaltigkeit zugrunde liegt, wenig bis nichts zu tun. Was bleibt, ist die Freiheit der Konsumenten als Teil des Markgeschehens, nicht die Freiheit der Bürger/innen, denn diese ist als Freiheit im Rahmen eines Gemeinwesens definiert.

Rechts- und Sozialstaat sind durch solche Forderungen gefährdet. Sie waren und sind zum Teil noch Träger und Ausdruck des politischen Willens, die soziale Blindheit des Marktgeschehens ständig zu korrigieren, als Ergebnis jener sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts, die Freiheit und Gleichheit aufeinander bezogen haben. *Gleichheit* meint dann die gleiche Freiheit aller, die ohne andauernde Korrektur der dem Kapitalismus immanenten sich ständig ausweitenden Ungleichheit keine Chance hat, real zu werden. Gleichheit ist insofern eine konditionierte Norm für reale Verhältnisse, verwandt den *capabilities* bei Sen, nicht nur (ähnlich der Gerechtigkeit bei Rawls) ein prozedurales Kriterium im Sinne von Gleichbehandlung (Meyer 2004). Im Gegenteil: Gleichheit erfordert ungleiche Behandlungen ungleicher Situationen. Politische Ziele substanzieller Nachhaltigkeit müssen deshalb auch sein (Grebing 2004)

- die Freiheit sozial zu fundieren,
- Gleichheit individuell zu denken,
- Gerechtigkeit als umfassendes, alle Bereiche menschlicher Existenz durchwirkendes Prinzip zu verstehen, und
- Solidarität als Hebel einzusetzen.

Teilhabe ist das Oberziel einer nachhaltigen Gesellschaft, wirtschaftliche, soziale und rechtliche Teilhabe an einer gesunden Umwelt, einer lebenswerten Gesellschaft, an einem demokratischen Rechtsstaat mit partizipativer Entscheidungsfindung, an einem reichen kulturellen Leben auch durch Zugang zu Bildung, an einer funktionierenden, ausgelasteten und wettbewerbsfähigen Wirtschaft als Arbeitnehmer, Selbstständiger, Betriebsrentner, Anteilseigner, als Produzent, Zwischenhändler und Konsument. Eine derart umfassend verstandene Nachhaltigkeit erfordert umfassende Reformen, einschließlich Umverteilung von Arbeit und Einkommen zur Sicherung der Teilhabe an Arbeit wie an ihren Früchten, an Bildung sowie durch die Optimierung von Qualität, Quantität und Zugänglichkeit öffentlicher Güter. Nachhaltigkeit als Teilhabe steht insofern im Kontrast zu dem zunehmend verkürzten Verständnis von Teilhabe, wie es in der politischen Arena dominiert, sei es in der konservativ-liberalen Variante, die Zugang auf formale Bürgerrechte (mit obrigkeitstaatlichen Einschränkungen) plus wirtschaftliche Freiheitsrechte und Konsumfreiheit reduziert, oder in der neo-sozial-demokratischen Variante, die diesem Kanon noch den Zugang zu Bildungschancen hinzufügt (die Grünen schwanken zwischen beiden Positionen und ergänzen sie um Minderheitenrechte). Statt die in der Bürgerlichkeit des Citoyen angelegte Teilhabe im traditionell engen Sinne modifiziert fortzuschreiben, ist es im Sinne nachhaltiger Entwicklung erforderlich, an sie anknüpfend den qualitativen Schritt der Erweiterung vom Bürgertum zur Bürger/innengesellschaft zu tun und dazu nicht nur die ehemaligen Privilegien zum Gemeingut zu machen, sondern sie in diesem Prozess auch umfassend so zu erweitern, wie es bereits die Menschenrechtscharta in ihrer Ge-

4 Eine wesentliche Institution war dabei ein Arrangement von Arbeitgebern und Gewerkschaften unter Mitwirkung des Staates, das in den 1970ern als »konzertierte Aktion« firmierte und zur Jahrhundertwende als »Bündnis für Arbeit« scheiterte (schon 1987 stellte Fuchs fest, dass »das Konzept des Neokorporatismus [...] längst zu einem historischen Relikt der 60er und 70er Jahre geworden« war, da derartige »Arrangements nicht nur in der Bundesrepublik gescheitert« seien (Fuchs 1987, S. 289). Statt dessen sind neue Konzepte von multi-level governance heute eher problemadäquat.

Literatur :

- Beck, U., Giddens, A., Lash, S. (1996): Reflexive Modernisierung – Eine Kontroverse. Frankfurt/Main, Suhrkamp.
- Brandl, S. (2000): »Leitideen und Strategien für eine nachhaltige Arbeitsgesellschaft.« Perspektiven des demokratischen Sozialismus 17(2): 33-41.
- BUND/MISEREOR, Ed. (1996): Zukunftsfähiges Deutschland. Eine Studie des Wuppertal Instituts. Basel/Berlin, Birkhäuser.
- Carlowitz, H. C. v. (1713): Sylvicultura oeconomica oder Anweisung zu wilden Baum-Zucht. Leipzig, Reprint Freiberg 2000.
- CEC Commission of the European Communities (2001): A Sustainable Europe for a Better World: The European Union Strategy for Sustainable Development. The Commission's Proposal to the Gothenburg European Council. Communication from the Commission. Brussels.
- CEC Commission of the European Communities (2002): The Lisbon Strategy – Making Change Happen. Commission Staff Working Paper in support of the Report from the Commission to the Spring European Council in Barcelona. Brussels.
- Council on Environmental Quality (1980): Global 2000 – The Report to the President. Washington.
- Czada, R. (1995): Institutionelle Theorien der Politik. In: Lexikon der Politik. D. Nohlen, Schultze, H.-O. Munich, 1: 205-213.
- Daly, H. E. (1991): Steady State Economics. Washington/Covelo.
- Daly, H. E. (1996): Beyond Growth. The Economics of Sustainable Development. Boston, Beacon Press.

- Fuchs, G. (1987): »Grundsätzliche Überlegungen zur Entwicklung von Staatstätigkeit und Staatstheorie.« Perspektiven des demokratischen Sozialismus 4(4): 287-291.
- Georgescu-Roegen, N. (1971): The Entropy Law and the Economic Process. Cambridge, MA, Harvard University Press.
- Georgescu-Roegen, N. (1986): »The Entropy Law and the Economic Process in Retrospect.« Eastern Economic Journal 12(1): 3-25.
- Grebing, H. (2004): »Die sozialen Ideen des demokratischen Sozialismus.« Perspektiven des demokratischen Sozialismus 21.(2): 12-20.
- Grober, U. (2002): »Tiefe Wurzeln: Eine kleine Begriffsgeschichte von »sustainable development« – Nachhaltigkeit.« Natur und Kultur 3(1): 116-128.
- Grober, U. (2002): »Wise Use, Dauerwald, Land-Ethik.« Natur und Kultur 3(2): 112-119.
- Grove, R. H. (1992): »Anfänge des Umweltbewußtseins.« Spektrum der Wissenschaft 1992(9): 76-81.
- Grunwald, A., Coenen, R., Nitsch, J., Sydow, A., Wiedemann, P., Ed. (2001): Forschungswerkstatt Nachhaltigkeit: Wege zur Diagnose und Therapie von Nachhaltigkeitsdefiziten. Global zukunftsfähige Entwicklung – Perspektiven für Deutschland. Berlin, edition sigma.
- Hans-Böckler-Stiftung, Ed. (2000): Arbeit und Ökologie, Endbericht. Düsseldorf, Hans Böckler Stiftung.
- Hauff, V. (1987): Unsere gemeinsame Zukunft. Darmstadt, Wissenschaftliche Buchhandlung.
- Herrera, A., Skolnik, G. (1976): Die Grenzen des Elends – Das Bariloche-Modell (engl. Original: Limits to Misery – The Bariloche Model). Frankfurt/M., Suhrkamp.
- Hildebrandt, E. (1997): Nachhaltige Lebensführung unter den Bedingungen sozialer Krise – einige Überlegungen. Nachhaltige Entwicklung – Eine Herausforderung an die Soziologie. K.-W. Brand, Opladen, Leske und Budrich: 244-258.
- Hildebrandt, E. (1999): »Flexible Arbeit und nachhaltige Lebensführung.« Wissenschaftszentrum für die Sozialwissenschaften. Berlin, WZB Papers (P99-507): 42.
- Hinterberger, F., Luks, F., Stewen, M., (1996): Ökologische Wirtschaftspolitik: Zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe. Basel/ Berlin, Birkhäuser.
- Hofmeister, S. (1999): »Über Effizienz und Suffizienz hinaus.« Politische Ökologie 62: 34-36.
- IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change. WMO World Meteorological Organization. UNEP United Nations Environment Programme (2000). IPCC Special Report: Emission Scenarios, New York/Nairobi, IPCC.
- samtheit (also einschließlich der sozialen Menschenrechte) definiert. In diesem Prozess wird die Teilhabe auf alle Lebensbereiche der Gesellschaft ausgedehnt, von partizipativen Kommunen bis zur Wirtschaftsdemokratie.

Nachhaltigkeit als Arrangement oder Regulationsmodus

Nachhaltigkeitspolitik erfordert einerseits eine neue Kontextualisierung bestehender Politiken, die zu ihrer Modifikation oder Ergänzung führen kann, andererseits muss sie an bestehende Orientierungen anknüpfen und bestehende Mechanismen nutzen, wenn sie effektiv sein soll. In der Bundesrepublik bietet das historisch prägende Arrangement, die soziale Marktwirtschaft, eine Chance dazu. In den 1950er und 60er Jahren in einer christ-, in den 1970ern in einer sozialdemokratischen Variante gesellschaftlich hegemonial, ist sie seit den 1980er Jahren, insbesondere aber nach der Übernahme der Ex-DDR (deren prägendes staatssozialistisches Arrangement erst erodierte und dann kollabierte) zu einem auslaufenden Regulationsmodus geworden, genießt aber in der Bevölkerung – anders als in der politischen Klasse – weiterhin starke Unterstützung. An diese, wie an einige zentrale Elemente des Konzepts kann eine Politik der Nachhaltigkeit anknüpfen.

So gehören zur ursprünglichen Konzeption der sozialen Marktwirtschaft eine aktive Wettbewerbspolitik ebenso wie Maßnahmen zur Verbesserung der sozialen Verhältnisse mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit; weitere Kernelemente sind die Mitbestimmung und die Vermögensbildung der Arbeitnehmer/innen. In diesem Sinne ist »das Soziale« der sozialen Marktwirtschaft nicht eine Ergänzungs- oder Korrekturmaßnahme, sondern Voraussetzung von Märkten und Kennzeichen des institutionellen Arrangements insgesamt. Ethische und politische, d. h. außerökonomische Ziele bilden demnach »Merkmale institutionellen Sinns«, auf denen unterschiedliche Wohlfahrtskonzepte beruhen. Diese werden durch einen politischen Prozess in Institutionen der Gesellschaft umgesetzt, die wiederum Sinn- und Zweckvorgaben für die Wirtschaft bilden und so Restriktionen konstituieren wie Handlungschancen eröffnen (Katterle 1999)⁴.

Die sich auf dieser Grundlage (vgl. Müller 2004) entwickelnde wirtschaftliche Expansion profitierte von der wachsenden Nachfrage durch eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik (und von den durch eine unterbewertete Währung erleichterten Exporten); hohes relatives Wirtschaftswachstum und sinkende Arbeitszeiten sorgten für Vollbeschäftigung trotz steigender Arbeitsproduktivität. Das Wirtschaftswachstum wurde unterstützt durch einen Realzins unterhalb der Wachstumsrate (d. h. Realkapitalinvestitionen waren trotz gesicherter Rendite vielversprechender als Investitionen in Finanzkapitalanlagen). Seit der ersten Ölpreiskrise der früher 1970er Jahre und dem »middle-of-the-road-monetarism« Helmut Schmidts in den 80er Jahren hat sich jedoch die Bedeutung der Zinsrate gewandelt: sie dient nicht mehr in erster Linie der Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung, sondern ist ausschließlich auf die Inflationsbekämpfung ausgerichtet, d. h. auf den Werterhalt der Geldvermögen.

Bestandteile dieses Arrangement haben die bundesdeutsche Wirtschaftspolitik heute geprägt, mit abnehmender Bindungswirkung.

Wie jedes Arrangement stellte es einen zeitlich begrenzten Kompromiss auf Basis der zum Ausgangszeitpunkt vorherrschenden Kräfteverhältnisse dar, mit dem Ziel, soziale Konflikte temporär zu überbrücken. Werden solche breit getragenen Kompromisse und Institutionen freiwillig akzeptiert, und damit zu Normen, die ohne weitere Begründung gültig sind, dann entfalten sie eine sich selbst reproduzierende Stabilität, werden zu einem Regulationsmodus (Alain Lipietz) oder einem Habitus (Pierre Bourdieu). Bestehende Arrangements werden – je nach Situation – formell oder informell gekündigt, und in einem konfliktreichen, un stetigen und ergebnisoffenen Transitionsprozess ein neues Arrangement entwickelt (Whiteside 1996). Dieser Mechanismus der iterativen Aushandlung bleibt in Kraft, solange alle Seiten ein Arrangement wollen – wobei das Streben nach *Arrangements*, die breit getragen werden können, eine europäische Kulturleistung ist (vergleichbare, und noch stärker ausgeprägte Balancekulturen haben z.B. viele asiatische Zivilisationen entwickelt). Dem steht heute international das angelsächsische Siegermodell des »the winner takes it all« gegenüber, das die strategische Zuspitzung des neoliberalen Globalisierungsdiskurses (und der ihn stützenden neoklassischen Wirtschaftstheorie) darstellt. Es sucht keine freiwillig akzeptierten Arrangements mehr, sondern Sieg oder Niederlage – der Unterlegene muss sich in das vom Sieger bestimmte Arrangement fügen, bekommt Aufgaben und Restkompetenzen zugeteilt. Dieses ist dann kein selbststabilisierender Regulationsmodus, sondern mangels Konsensfindung eine instabile Situation, die zu häufigen Umbrüchen neigt. In der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik überlagern sich beide Konflikte, der um den Modus der Auseinandersetzung und der um die Lösung von politischen Streitfragen gemäß dem einen oder anderen Modus (Spangenberg 2004). Gerade in den sozialpolitischen Konflikten und den Tarifaueinandersetzungen der letzten Jahre konnte zeitweise der Eindruck entstehen, dass die Akteure unterschiedliche Kämpfe auf denselben Schauplätzen austrugen (was die Berechenbarkeit der Konfliktparteien und damit die Ergebnisfindung erschwert).

Das »Siegermodell« führt in der politischen Praxis über die Präferenz für andere Aushandlungsformen auch zu anderen Vorstellungen von Verteilungsgerechtigkeit und Sozialpflichtigkeit. Die Tatsache, dass dieses Modell als Ausfluss des hegemonialen Globalisierungsdiskurses *in weiten Kreisen der Politik einen Konsens darstellt*, ist die Grundlage des gegenwärtigen Um- und Abbaus des Sozialstaats. Deren ideologische Rechtfertigung ist der immer wiederholte Grundmythos vom Verschwinden des Reichtums und der Verteilungsmöglichkeiten trotz einer weiterhin (langsam) wachsenden Wirtschaft und damit Reichtumsproduktion; diese spielt angesichts leerer Kassen, die vorgeblich nicht Folge der Politik sondern höherer Gewalt sind (Globalisierung), keine Rolle mehr in der Diskussion. Daraus resultiert eine Tabuisierung von Verteilungsfragen (wobei wahlweise das Problem als nichtexistent oder als nicht problematisch abgetan wird) und die Stigmatisierung nicht der sozialen Spaltung, sondern der Forderung nach ihrer Überwindung als fehlgeleitet bis obszön. Der »abnehmende Wohlfahrtseffekt des anschwellenden Reichtums« (Klein 2005, S. 5) ist fühlbar, aber seine Ursachen dürfen nicht thematisiert werden.

- IUCN/UNEP/WWF (International Union for the Conservation of Nature, U. N. E. P. World Wildlife Fund), Ed. (1980). *World Conservation Strategy: Living Resource Conservation for Sustainable Development*. Gland, IUCN.
- Katterle, S. (1999): Stellungnahme zur Skizze eines sozial-ökologischen Nachhaltigkeitszenarios. Bielefeld: 5.
- King, A., Schneider, B. (1991): *The First Global Revolution, A Report of the Council of the Club of Rome*.
- Klein, D. (2005): »Wo bleibt der Reichtum?« RLS-Nachrichten (Jan. 2005): 5.
- Kopfmüller, J., Ed. (2003): *Globaler Wandel und nachhaltige Entwicklung. Bestandsaufnahme und Perspektiven für Forschung und Politik*. Berlin, Edition Sigma.
- Kopfmüller, J., Brandl, V., Jörissen, J., Paetau, M., Banse, G., Coenen, R., Grunwald, A. (2001): *Nachhaltige Entwicklung integrativ betrachtet*. Berlin, edition sigma.
- Lapka, M., Cudlinová, E., Rikoon, S., Boháč, J. (2001): »Use of linear and non-linear approaches to solving the problem of marginal areas.« *Int. J. Sustainable Development* 4(2): 157-176.
- Lüderitz, V. (2004): *Problemfall Umwelt Ost – Hoffnung auf Nachhaltigkeit?* Marburg/Berlin, Vorlage für den AK Nachhaltigkeit der rls: 12.
- Matzner, E. (2002): »Der Staat im Globalisierungsprozess.« *Perspektiven des demokratischen Sozialismus* 19(1): 8-23.
- Meadows, D. H., Meadows, D. L., Randers, J., Behrens, W. W. (1972): *The Limits to Growth*. New York, Universe Books.
- Meyer, T. (2004): »Eine Theorie der sozialen Demokratie.« *Perspektiven des demokratischen Sozialismus* 21(1/04): 5-16.
- Müller, A. (2004): *Die Wachstums-lüge*. München, Droemer-Knaur.
- Nelson, R. H. (1997). »In memoriam: On the death of the »market mechanism.« *Ecological Economics* 20(3): 187-197.
- OECD, Ed. (2001): *Analytic Report on Sustainable Development SG/SD(2001)1-14*. Paris, OECD.
- Pearce, D. W., Atkinson, G. (1993): »Capital Theory and the Measurement of Sustainable Development: An Indicator of Weak Sustainability.« *Ecological Economics* 8(1): 103-108.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen SRU (1994): *Umweltgutachten 1994*. Für eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung. Stuttgart, Metzler-Poeschel.
- Rat von Sachverständigen für Umweltfragen SRU (1996): *Umweltgutachten 1996*. Zur Umsetzung einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung. Stuttgart, Metzler-Poeschel.
- Renner, A. (1998): »Zukunftsfähig-

- ges Deutschland« und Ordoliberalismus der Freiburger Schule – zwei gegensätzliche Welten? Zukunftsfaehigkeit und Neoliberalismus. A. Renner, Hinterberger, Friedrich. Baden-Baden, Nomos: 93-116.
- Schmidt-Bleek, F. (1994): *Wieviel Umwelt braucht der Mensch? MIPS, das Maß für ökologisches Wirtschaften*. Berlin, Basel, Boston, Birkhäuser.
- Sen, A. (2000): *Ökonomie für den Menschen*. München, Wien, Carl Hanser Verlag.
- Serageldin, I., Ed. (1997): *Expanding the Measure of Wealth; Indicators of Environmentally Sustainable Development*. Washington, D.C., The World Bank.
- Spangenberg, J. H. (1987): »Ökologie, menschliche Umwelt und die Grenzen der Gestaltbarkeit.« *Perspektiven des demokratischen Sozialismus* 4(1): 11-20.
- Spangenberg, J. H. (1991): *Umwelt und Entwicklung*. Marburg, Schueren.
- Spangenberg, J. H. (1992): »Globale Abhängigkeiten: Von der Geiselnahme auf Gegenseitigkeit.« *Venceremos* 1992(5): 12-21.
- Spangenberg, J. H. (1995): »Sustainability und die politische Linke.« *Forum Wissenschaft* 12(4): 52-53.
- Spangenberg, J. H., Ed. (1995): *Towards Sustainable Europe. A Study from the Wuppertal Institute for Friends of the Earth Europe*. Sustainable Europe. Luton/Bedfordshire, Friends of the Earth Publications.
- Spangenberg, J. H. (2001): »Investing in Sustainable Development.« *Int. J. Sustainable Development* 4(2): 184-201.
- Spangenberg, J. H. (2002): »Institutional Sustainability Indicators: An Analysis of the Institutions in Agenda 21 and a Draft Set of Indicators for Monitoring their Effectivity.« *Sustainable Development* 10(2): 103-115.
- Spangenberg, J. H. (2004): »Nach dem Ende des Neoliberalismus – die neue Rolle des Staates nach innen und nach aussen.« *Perspektiven des demokratischen Sozialismus* 21(1/04): 52-73.
- Spangenberg, J. H. (2005): *Die ökonomische Nachhaltigkeit der Wirtschaft*. Berlin, Edition Sigma.
- Spangenberg, J. H., Pfahl, S., Deller, K. (2002): »Towards indicators for institutional sustainability: lessons from an analysis of Agenda 21.« *Ecological Indicators* 2(1-2): 61-77.
- Stiftung Entwicklung und Frieden, Ed. (1995): *Nachbarn in Einer Welt. Der Bericht der Kommission für Weltordnungspolitik. EINE Welt. Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden*. Bonn, SEF.
- Südkommission (1990): *Die Herausforderung des Südens (Nyere-Bericht)*. Bonn, Dietz.
- Allerdings wird diese Umdefinition der sozialen Verhältnisse von der Gesellschaft nur teilweise, langsam und wenn dann zeitverzögert übernommen. Die post-soziale Sozialdemokratie wird dann nicht als Vorreiter, sondern als Verräter an sozialen Werten wahrgenommen und durch Stimmentzug entsprechend abgestraft. Da diese Stimmen angesichts des Konsenses der politischen Klasse jedoch auch keiner anderen traditionellen Partei zugute kommen können, ergeben sich ein Rückzug aus der Partizipation (Organisationsgrad und Wahlbeteiligung) und damit eine Schwächung der Demokratie insgesamt.
- Im Vergleich zu diesem *status quo* ist der Handlungs- und Veränderungsbedarf massiv – das gegenwärtige Wirtschaftsmodell ist ebenso wenig nachhaltig wie die gesellschaftlichen Naturverhältnisse oder ein repressiver Wohlfahrtsstaat. Damit ist die Forderung nach Nachhaltigkeit die nach grundlegenden und letztlich systemtransformierenden Reformen; sie wird gestützt durch die breite öffentliche Unterstützung für die Ziele der Einzeldimensionen (Arbeit und Ausbildung, Frieden und soziale Sicherheit, gesunde Umwelt und wettbewerbsfähige Wirtschaft). So ist es auch plausibel, dass die Protagonisten der gegenwärtigen neoliberalen Politik interessegeleitete Gegenstrategien von Ablehnung über Verfälschung bis zur Vereinnahmung verfolgen, um Nachhaltigkeit als Herausforderung des und Gegenentwurf zum Neoliberalismus unschädlich zu machen. Ablehnung zeigt sich oft indirekt, wenn die »Obsessionen der 70er bis 90er« wie Wachstumsgrenzen, Umwelt, Demokratisierung und Nachhaltigkeit pauschal als illusorisch gegeißelt werden, ohne die sozialen Errungenschaften wie die Probleme dieser Jahrzehnte im Detail zu analysieren (analysiert bei Müller 2004). Verfälschungen ergeben sich häufig durch eine neo-liberale Interpretation, Stichworte sind hier das Konzept der »schwachen Nachhaltigkeit«, nachhaltiges Wachstum (OECD 2001; SEC 2002) u. a. Eine Strategie der Vereinnahmung verfolgt die Bundesregierung mit ihrer ökonomistisch verengten Diskussionen über Generationenverantwortung, Staatsverschuldung und Sparzwang. Diese Missbräuche sollten jedoch kein Grund sein, das Konzept aufzugeben – wäre es nicht als Gegenentwurf zur herrschenden Lehre relevant, wäre seine Bekämpfung nicht so heftig.

Ausblick

Eine neue politische Praxis kann auf die Dauer nicht ohne eine neue theoretische Fundierung auskommen. Eine umfassend angelegte Theorie nachhaltiger Entwicklung gibt es bisher jedoch nicht, wohl aber Einzelelemente, die teils parallel und unverbunden, teils integriert in verschiedenen Nachhaltigkeitsstudien genutzt werden (vgl. z. B. Hans-Böckler-Stiftung 2000; Grunwald et al. 2001; Kopfmüller et al. 2001). Die Theoriebildung des Nachhaltigkeitsdiskurses ist dennoch nicht eklektizistisch, sondern gezielt selektiv. Sie greift auf solche Elemente älterer Gesellschaftstheorien und Politiken zurück, die Kriterien substanzieller Nachhaltigkeit gerecht werden und modifiziert diese bei Bedarf. So stammen wichtige Elemente des Konzepts aus konservativen Traditionen (Naturschutz, Bewahrung der Schöpfung = Umweltschutz); andere sind Werte und Ergebnisse der sozialistischen Bewegungen (Gleichheit, soziale Gerechtigkeit), wi-

der andere stammen aus dem politischen Liberalismus, wie das Prinzip, den Menschen in den Mittelpunkt des Gemeinwesens zu stellen, wo er nie nur Mittel zum Zweck, sondern immer Selbstzweck ist (anders der Wirtschaftsliberalismus, für den der Mensch Produktionsinstrument und Kostenfaktor, aber kein Selbstzweck ist). Aus ihrer Verbindung ergibt sich eine Deutung des Terminus ›nachhaltige Entwicklung‹ im erweiterten Sinn einer integriert sozial, ökologisch, ökonomisch und institutionell nachhaltigen Entwicklung (Spangenberg 1987; 1995). Dieses komplexe Verständnis wird auch (nach seiner Methode) als transdisziplinär oder (nach der Art der untersuchten Systeme) als nicht-linear bezeichnet, im Gegensatz zu disziplinären bzw. linearen Analyseansätzen (Lapka 2001). Unmittelbar aus dieser Unterscheidung ergibt sich eine unterschiedliche Methodenpräferenz bei Nachhaltigkeitsbewertungen: disziplinär angelegte Studien untersuchen alle Phänomene mit Methoden, die auf denselben fachspezifischen Theoriekanon zurückgehen; in der Ökonomik sind Kosten-Nutzen-Analysen daher ein häufiges Mittel der Wahl. Transdisziplinäre Analysen liefern dagegen als Ergebnis Datensätze, die auf unterschiedliche qualitative und quantitative Methoden zurückgehen und über keinen gemeinsamen Nenner verfügen. Kosten-Nutzen-Analysen sind auf dieser Basis nicht ohne eine Überführung sozialer und physischer Daten in monetäre Quantitäten durchführbar, d. h. nicht ohne die Zusatzannahme eines von der wissenschaftlich-politischen Wissens- und Machtelite als kollektiv verbindlich vorgegebenen Wertesystems, das Grundlage und Voraussetzung einer derartigen Konversion ist. Mit dem Ziel institutioneller Nachhaltigkeit ist ein derartiger Ansatz nicht vereinbar.

Eine Politik der Nachhaltigkeit ist nicht nur deshalb eine besondere Herausforderung, weil das Konzept so anspruchsvoll und die theoretische Fundierung noch lückenhaft ist, sondern auch, weil es eine Alternative zum Konsens der politischen Klasse insbesondere in Deutschland darstellt. Es fordert nicht nur Modifikationen der herrschenden Politik, sondern eine grundlegende Umorientierung. Trotz breiter Zustimmung zu den Einzelzielen ist es bisher jedoch nicht gelungen, das Gesamtkonzept vermittelbar darzustellen und damit politikfähig zu machen (hinzu kommt die Rolle der Medien als neoliberaler Machtwächter). Eine solche Alternative zu formulieren und da wo möglich in eine erkennbar andere Politik umzusetzen, ist eine Herausforderung gerade für demokratische Sozialisten.

- Tremmel, J. (2003): Nachhaltigkeit als politische und analytische Kategorie. München, ökom.
- UBA Umweltbundesamt, Ed. (1997): Nachhaltiges Deutschland. Berlin, Erich Schmidt Verlag.
- Unabhängige Kommission für Internationale Entwicklungsfragen, Brandt-Kommission, (1980): Das Überleben sichern (Brandt-Bericht). Reinbeck bei Hamburg, Rohwolt.
- UNDP/UNEP UN Division for Sustainable Development, Department of Policy Co-ordination and Sustainable Development (1996): Indicators of Sustainable Development, Framework and Methodologies. New York, United Nations.
- United Nations (1983): Resolutions of the 38th General Assembly. New York, United Nations.
- United Nations (1992): Results of the World Conference on Environment and Development: Agenda 21. UNCED United Nations Conference on Environment and Development, Rio de Janeiro, United Nations.
- United Nations (2001): Report of the Secretary-General, Commission on Sustainable Development, Advanced Unedited Copy, E/CN.17/2001. New York: 52.
- WCED World Commission on Environment and Development (1985): Mandate for Change. Key Issues, Strategy and Workplan. Geneva, World Commission on Environment and Development WCED.
- WCED World Commission on Environment and Development (1987): Our Common Future. Oxford, Oxford University Press.
- Weisbuch, G. (2000): »Environment and institutions: a complex dynamic systems approach.« Ecological Economics 34 (Special Issue: The human actor in ecological-economic models): 381-391.
- Whiteside, K. (1996): »Regulation, Ecology, Ethics: The Red-Green Politics of Alain Lipietz.« Capitalism, Nature, Socialism. A Journal of Socialist Ecology 7(3): 31-56.

DETLEF KANNAPIN

Die internationale Ideologie

Anmerkungen zu Hardt/Negri »Multitude«

Es fällt einigermaßen schwer, zu der neuesten Veröffentlichung von Michael Hardt und Antonio Negri – »Multitude. Krieg und Demokratie im Empire« (Campus, Frankfurt/M. 2004) – konzise und dem Gegenstand angemessene Bemerkungen zu machen.¹ Zu stark vollführen die Autoren Drehungen und Wendungen um die eigene Achse, als daß angesichts des obwaltenden Eklektizismus ein empirischer Nachvollzug der Argumentation möglich wäre. In dezidiert Form schließt »Multitude« an die Vorläuferarbeit der Autoren »Empire. Die neue Weltordnung« an, die 2000 im englischen Original und 2002 in deutscher Übersetzung ebenfalls bei Campus in Frankfurt/M. erschienen war, nur daß diesmal für »Multitude« die Übersetzung noch im selben Jahr der Originalausgabe vorliegt. »Empire« war bereits von einer postmodernen Theoriegrundlage gekennzeichnet, von der aus der Individualismus als »Befreiung« sowie eine horizontale und deterritorialisierte Machtverteilung im Modell der Netzwerkvorstellung und die Überwindung imperialistischer Weltpolitik auf seiten der Großmächte als Tatsachen beschrieben wurden. Soweit die damalige Diskussion überblickt werden kann, lehnten nahezu alle materialistischen Philosophen und Gesellschaftstheoretiker diese Überlegungen ab, während postmodern beeinflusste Theoretiker, die im akademischen Bereich die große Mehrheit bilden, die Arbeit begrüßten (vgl. www.rosalux.de/cms/index.php?links_empire).

Hatte »Empire« die Analyse der heutigen globalen Herrschaft vom Blickwinkel der Machtzentren aus bezweckt, strebt »Multitude« den umgekehrten Weg an. Es soll gezeigt werden, welche Gegenkräfte sich gegen das globale Kapital formieren könnten oder sich bereits formiert haben.² Bevor zum Aufbau, zur Struktur und zur Argumentationsweise der Publikation von Hardt/Negri einige kritische Bemerkungen in aller gebotenen Kürze vorgebracht werden, sind zunächst ihre beiden wesentlichen positiven Aspekte zu benennen. »Multitude« besticht erstens durch die elementare Zusammenfassung aller Grundtendenzen der heutigen Diskussion zu Globalisierung und Weltkapital, freilich in postmoderner Fassung. Wie weit diese postmodernen Einspielungen zumindest den wissenschaftlichen Diskurs bestimmen, geht besonders aus der von Hardt/Negri benutzten Literatur hervor, die kaum noch Momente der kritischen Theorie gegenüber den sich neu und verschärft herausbildenden Hierarchien durch das Kapital beinhaltet. Die Realitätsferne der Postmoderne läßt sich sehr gut an Kernbegriffen wie Biopolitik oder Netzwerkmacht veranschaulichen, die vor allem die zentral ange-

Detlef Kannapin – Jg. 1969, Historiker; Dissertation zum Nationalsozialismus im Film der Nachkriegszeit eingereicht; zahlreiche Veröffentlichungen im DEFA-Jahrbuch, in Sammelbänden, in *Jungle World*, Berliner Debatte, Das Blättchen etc.

1 Alle folgenden im Text in Klammern nachgewiesenen Seitenzahlen beziehen sich auf dieses Buch.

2 Wir werden später sehen, daß Begriffe wie »formieren« oder »Formation« nicht den Intentionen der Autoren entsprechen.

legte, vertikale Machtbestimmung des Kapitals verleugnen (hier z. B. S. 72/73). Angetreten mit Losungen zur Verabschiedung des Projekts der Aufklärung und in der Erschütterung des Status der Interpretation selbst, also nicht in der Veränderung des Gegebenen, sondern in der rein idealistischen Umwidmung des Gegebenen die eigentlich »kritische« Perspektive zu sehen, hat der Postmoderne-diskurs die Dominanz in den Gesellschaftsdebatten übernommen. Zweifellos ist es ein Verdienst von Hardt/Negri, den Umfang dieser Theorieverschiebungen verdeutlicht zu haben, dessen Ausmaß selbst die skeptischsten Kritiker der Postmoderne vor Jahren nicht erwartet hätten.³ Hilfreich für eine grundlegende Veränderung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation ist das allerdings nicht, denn durch die interpretative Parzellierung von Vernunft und Rationalismus verlieren die orientierungslosen Subjekte die vielen Orte der Emanzipation aus den Augen.

Hardts und Negris Beschreibungen der verschiedensten Aktivitäten von Globalisierungsgegnern, Nicht-Regierungs-Organisationen und anderer Selbsthilfegruppen sind zweitens sehr plastische und authentische Darlegungen des heute vorhandenen Protestpotentials im Weltmaßstab (z. B. S. 316-319). Hier gelingt ihnen eine gültige Dokumentation der empirischen Probleme von Gegenbewegungen zum Kapital. Da sie aber theoretisch und praktisch ihrem deskriptiven Antagonismus keinerlei echte normative Fundierung geben, müßte man die Darstellung direkt klassisch marxistisch vom Kopf auf die Füße stellen. Trotz der häufigen Erwähnung klassenspezifischer Konstellationen (z. B. S. 119/120 und öfter) fehlen in dem Gebäude von Hardt/Negri klassenanalytische Bestimmungen, die der jetzigen Realität gerecht werden, sowie Elemente einer Staatstheorie, die frühere Erkenntnisse zur autoritären Entwicklung des Staatswesens präzisieren helfen könnten.⁴

»Multitude« gliedert sich wie »Empire« in drei große Hauptteile. Der erste Teil befaßt sich mit dem permanenten Kriegszustand im Weltmaßstab, der zweite möchte den Begriff der Multitude erklären und ihm die Bewegungskraft der globalen Veränderung zuschreiben, während sich der dritte Teil mit den Aussichten der Demokratie beschäftigt. In konzentrierter Version bietet das Vorwort (S. 7-14) bereits alle Thesen von Hardt und Negri auf, die in den längeren Kapiteln später ausführlich erläutert werden. So behaupten die Autoren hier erstens, daß sich die Möglichkeit der Demokratie im globalen Maßstab heute zum allerersten Mal eröffne. Sie behaupten zweitens, daß das Projekt der Multitude für diese Demokratie die Mittel bereitstelle. Drittens meinen sie, daß es zwar so »scheint«, als würde ein permanenter und allerorten herrschender Kriegszustand das demokratische Projekt substantiell gefährden, aber dennoch sei die Multitude nicht aufzuhalten, weil sie per se die lebendige Alternative zur heutigen Weltordnung darstelle. Viertens herrschten mittlerweile neuartige Machtverteilungsstrukturen vor, in denen Netzwerkkräfte und biopolitische Produktionssegmente von besonderer Bedeutung seien. Das alles führen Hardt und Negri zu dem Schluß, daß die globale Ordnung nicht mehr als imperialistisch zu bezeichnen sei, sondern daß sich die transnationalen Konzerne, die jeweiligen Industriestaaten und die internationalen Agenturen des Finanzkapitals zu

3 Vgl. z. B. Terry Eagleton: Die Illusionen der Postmoderne. Ein Essay (1996), Stuttgart-Weimar 1997.

4 Aus emanzipatorischer Perspektive liegen die meisten theoretischen Defizite der Gegenwart im Fehlen einer aktuellen und schlüssigen Staatstheorie. Hier hätten die autoritären Tendenzen innerhalb formal-demokratischer Staatsapparate eine besondere Aufmerksamkeit verdient. Vgl. Nicos Poulantzas: Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus (1977), Hamburg 2002, S. 231-277.

5 Das ist zusammengefaßt in etwa die These aus »Empire«. Sie erinnert fatal an die Auffassung von Karl Kautsky, wonach sich die imperialistischen Mächte der Zukunft zu einem »Ultra-Imperialismus« zusammenschließen könnten. Da sowohl bei Kautsky als auch bei Hardt/Negri die Kategorie der widersprüchlichen Interessen von Konzernen und Staaten im Block an der Macht fehlt, ist Lenins Ausruf von Kautskys »Ultra-Unsinn« mutatis mutandis auch auf Hardt/Negri anzuwenden. Vgl. Wladimir I. Lenin: *Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus* (Originaltitel: *Der Imperialismus – die nächste Phase des Kapitalismus* [1916]), in: Ders.: *Werke*, Band 22, Berlin 1977, S. 189-309, hier S. 276. Auf die weitere Diskussion um den Imperialismus von heute wird hier nicht weiter eingegangen, weil sie nur am Rande der Gegenstand von »Multitude« ist.

6 Diese Ansicht bzw. Befürchtung teilen inzwischen die unterschiedlichsten Theoretiker. Vgl. dazu z. B. Georg Seeßlen, Markus Metz: *Krieg der Bilder – Bilder des Krieges. Abhandlung über die Katastrophe und die mediale Wirklichkeit*, Berlin 2002, S. 158 und Herfried Münkler: *Die neuen Kriege*, Reinbek 2004, S. 132.

7 Vgl. Giorgio Agamben: *Ausnahmezustand* (Homo sacer II.1) (2003), Frankfurt/M. 2004, S. 9.

einem Empire vereinigt hätten, das bevorzugt danach strebt, gemeinsam den bestmöglichen Zugang zu den Weltressourcen zu gewährleisten.⁵

Aber wenn das alles so wäre, warum dann Krieg? Hardt/Negri beantworten diese Frage höchst unzureichend, da sie die Ursachen für gesetzlose Präventivkriege, Interventionen und andere Kriegsstrategien nicht aus der widersprüchlichen Struktur der globalen Konkurrenz zwischen den imperialistischen Hauptmächten ableiten können oder wollen. Bei ihnen »scheint« es immer nur der permanente Kriegszustand zu sein (z. B. S. 7, S. 41, S. 46 und öfter); es ist aber zu befürchten, daß der Krieg tatsächlich auf Dauer gestellt wird und ab dann nur noch eines als Sinn hat, nämlich sich selbst.⁶ Im Rahmen dieser Verstetigung des Krieges, deren Verläufe von Hardt/Negri zwar benannt, aber meist nur in ihr theoretisches Schema eingepaßt werden, spielt der Wandel innerstaatlicher Grundlagen eine besondere Rolle. Es handelt sich dabei um die Tendenz zur Aushöhlung der formaldemokratischen Grundlagen durch die Etablierung des Ausnahmezustandes als Regel (S. 22, S. 24, S. 36) und um die Auswucherung der Korruption im Regierungshandeln (z. B. S. 66, S. 322, S. 329), hier nicht nur verstanden als Bestechlichkeit, sondern als allgemeine Reduktion des politischen Handelns auf Verwaltungsakte. In der Tat erweist sich der Ausnahmezustand »in der Politik der Gegenwart immer mehr als das herrschende Paradigma des Regierens. Diese Verschiebung von einer ausnahmsweise ergriffenen provisorischen Maßnahme zu einer Technik des Regierens droht die Struktur und den Sinn der traditionellen Unterscheidung der Verfassungsformen radikal zu verändern – und hat es tatsächlich schon merklich getan. Der Ausnahmezustand erweist sich in dieser Hinsicht als eine Schwelle der Unbestimmtheit zwischen Demokratie und Absolutismus.«⁷ Dieser elementare Gedanke von Giorgio Agamben wird von Hardt/Negri ebenso richtig und kritisch aufgenommen, wie die eigene Auffassung von Korruption in dieses neue Paradigma der Regierungstechniken organisch eingebunden ist. Nur wird in »Multitude« weder der Zusammenhang der beiden Tendenzen deutlich gemacht (wo Ausnahme herrschend wird, ist Kontrolle kaum möglich), noch zeigen Hardt/Negri auf, wie der Ausnahmezustand und die Korruption erst die günstigen Bedingungen für dauerhafte Kriegsanstrengungen züchten. Statt dessen halten sie den Ausnahmezustand und die Korruption für Effekte des Souveränitätsverlustes der Nationalstaaten, für die Verwischung der Grenzziehungen von Innen und Außen sowie für die Krise des staatlichen Gewaltmonopols und seiner Repräsentationsformen (S. 42, Fn. 20 auf S. 397). Als Erklärung für die Möglichkeit und Ausführbarkeit permanenter Kriegszustände ist der Hinweis auf den Verlust von Souveränität aber völlig unzureichend. Ganz im Gegenteil wird durch die Realisierung von Ausnahme und Korruption die Souveränität erst wirklich essentiell. Das heißt, die am Krieg interessierten Kräfte, Gruppen und Klassenfraktionen schaffen durch Ausnahmegesetze die eigentlich für alle geltenden Verfassungen implizit ab und ersetzen sie durch temporäre Ausführungsbestimmungen, die nicht zeitlich befristet werden, sondern deren Gültigkeit auf Dauer gestellt wird. Das ist der Kernpunkt des Traums von Souveränität. Es ist nicht

mehr nur, wie weiland Carl Schmitt bemerkte, derjenige Souverän, der über den Ausnahmezustand entscheidet, vielmehr muß es heute lauten, Souverän ist, wer den Ausnahmezustand als allgemein akzeptierte Regierungsführung aufrechterhalten kann. Das hat nichts mit dem Verlust an Souveränität oder der konstatierten Krise des Nationalstaats zu tun. Es handelt sich um Machtkonzentrationen und Machtverlagerungen innerhalb der herrschenden Klassenfraktionen und um Anpassungsleistungen der Staatsapparate an die veränderten Bedingungen im globalen Zeitalter des Kapitals. Die Konzerne und Staaten können diesen Prozeß im übrigen sehr leicht forcieren, da sie bislang kaum Gegenwehr zu erwarten haben und diese Gegenwehr wegen der Zersplitterung und Atomisierung der Gegenkräfte auch kaum konsolidiert werden kann. Was die von Hardt/Negri durchaus zu Recht beschriebenen Phänomene im permanenten Krieg für die Entwicklung einer Demokratiemöglichkeit in der Zukunft überhaupt bedeuten, »scheint« ihnen nicht aufzugehen, denn der dauerhafte Kriegszustand ist für sie grundsätzlich »Schein«. Daß die Demokratie sowohl in formaler als auch in inhaltlicher Hinsicht grundsätzlich in Gefahr und daß der Anspruch von Hardt und Negri, die Demokratie im Weltmaßstab theoretisch zu antizipieren, völlig illusorisch ist, würde bei einem unbefangenen Blick auf die Realität sehr schnell bewußt werden.

Bis zum Ende des Kriegskapitels (S. 114) wartet man vergeblich auf Bemühungen um eine Definition des Begriffs Multitude. Sie wird auch im zweiten Hauptteil mit der gleichnamigen Überschrift nicht geleistet. Die Autoren grenzen zwar ihre terminologische Erfindung von allen möglichen anderen Konzepten wie Volk, Masse, Nation und Proletariat ab, ersetzen diese jedoch nicht adäquat, sondern häufen Eigenschaften und Absichten an, die angeblich die Multitude (oder auch Menge) charakterisieren sollen. Eine Minimaldefinition wäre vielleicht diese: Multitude ist ein Gebilde der Vielheit, das sich aus unzähligen Singularitäten (S. 117) zusammensetzt und deren Stärke die Differenzierung untereinander ist. Offensichtlich gibt es keine größere Gefahr für Hardt und Negri als die der Homogenität. Dabei wird unterschlagen, daß das Kapital dauernd Homogenität herstellt und sich selber ständig als Gleichmacher setzt, indem die doppelt freien Arbeitskräfte zum Anhängsel des Kapitals werden (müssen).⁸ Dagegen setzen Hardt/Negri auf ein Bewußtsein von Vielheit, das sich als Gemeinsames erkennen soll. Sie behaupten: »Mit der Zeit wird die Multitude, hat sie erst einmal ihre produktive, auf dem Gemeinsamen beruhende Gestalt entwickelt, in der Lage sein, durch das Empire hindurchzugehen und auf der anderen Seite herauszukommen, sich selbstständig auszudrücken und zu regieren.« (S. 119) Dieses »Hindurchgehen« ist so weit nichts anderes als der Deus ex machina, der qua Existenz die herrschende Weltordnung aufhebt. Die Konzernherren zittern schon.⁹

Weil den Autoren klar ist, daß sie mit dieser idealistischen Interpretation vermutlich nicht überzeugen werden, wagen sie einen sporadischen Ausflug in die politische Ökonomie. Weit entfernt davon, vom Standpunkt der Kritik der politischen Ökonomie neue Trends in den Arbeitsverhältnissen aufzudecken (z. B. S. 180), beschwören sie eine angeblich bereits durchgesetzte »Hegemonie der immateriellen

8 Vgl. dazu Moïche Postone: *Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx* (1993), Freiburg 2003, S. 415/416.

9 Auch hier gibt es bemerkenswerte Parallelen zu Karl Kautsky und der mechanischen Kanonisierung des Marxschen Denkens in der II. Internationale. Die zum Teil diffamierende, zum Teil erstaunlich unwissende dreibändige Geschichte des Marxismus von Leszek Kolakowski enthält in ihrem zweiten Band eine treffende Einschätzung von Kautskys Standpunkt: »Verbessern wir einstweilen den Kapitalismus, der Sozialismus ist uns ohnehin durch die historischen Gesetze garantiert.« Leszek Kolakowski: *Die Hauptströmungen des Marxismus. Entstehung – Entwicklung – Zerfall. Zweiter Band* (1977), München 1978, 1988 (4. Aufl.), S. 71. Die Multitude von Hardt und Negri scheint ebenfalls auf der Seite der unerschütterlichen historischen Gesetze zu stehen, wo Widersprüche und Kampfsätze eliminiert sind.

Arbeit« (S. 132), die inzwischen durch die Quantität der Arbeitsverrichtungen im Dienstleistungssektor die produktive Arbeit in Industrie und Technologie unterminiert habe. Danach heißt es: »Information, Kommunikation und Kooperation werden zu Normen und das Netzwerk zur vorherrschenden Organisationsform der Produktion.« (S. 132) Richtig ist: Information, Kommunikation und Kooperation sind neue Formen des Arbeitszusammenhangs, und sie werden intensiver als früher eingesetzt. Sie bedingen aber für sich keine vorherrschende Organisationsform der Produktion, weil das Kapital nach wie vor auf Akkumulation beruht und einen produzierten, materiellen Warenkörper zur Reproduktion benötigt. Unter den Bedingungen des Kapitals wird die Ausbeutung materieller wie menschlicher Ressourcen nie aufhören. Schließlich sind sämtliche Dienstleistungen abhängig von ihrer Amortisation, was wiederum bedeutet, daß der tertiäre Sektor nicht abgekoppelt von der Produktion materieller Güter auch nur irgendwie gedacht werden kann. Hardt/Negri benötigen jedoch die »Hegemonie immaterieller Arbeit«, um beweisen zu können, daß sich Singularität und Differenz mit den angeblich gemeinsamen Lebensidealen und -zielen der Multitude decken. Ist allerdings das Basiskonzept schadhaft, verfällt auch der Rest in gesellschaftstheoretische Apathie.

In absoluter Konfrontation zu allen bisherigen Vorstellungen vom Sozialismus oder Kommunismus, einer Perspektive, die den Verfassern ja am Herzen liegt, betreiben Hardt und Negri wie schon in »Empire« eine Adaption der Armen. Daß jeder Mensch, auch der ärmste der Welt, seine Würde hat, obwohl sie ihm oft vorenthalten wird, steht vollkommen außer Frage. Nur legen Hardt/Negri für ihre Multitude hier nahe, daß Armut sowohl der Bewegungsfaktor als auch das Ziel der Veränderung sei (S. 149-159). Sozialismus und Kommunismus sind jedoch ausschließlich dann sinnvoll zu erreichen, wenn sie auf der Grundlage ökonomischen Reichtums und in sozialer Anerkennung der Individualität jedes einzelnen entstehen. Ansonsten würde die »ganze alte Scheiße« (Marx/Engels) der Verteilungskämpfe und der Not um das Überlebensnotwendige wieder von vorne losgehen. Hardt und Negri schreiben folgendes: »Die Armen verkörpern die ontologische Bedingung nicht nur des Widerstands, sondern zugleich der Produktion des Lebens selbst.« (S. 153) Doch in der gesellschaftlichen Realität verkörpern die Armen nichts als sich selbst. Geknebelt, geschlagen und verhöhnt denken sie meist an den nächsten schweren Tag und nicht an ihre ontologische Mission, die sie gar nicht haben können, denn Armsein generiert keine Seinslehre und ist auch keine »Bedingung«, sondern historisch entstandenes und damit auch wieder aufhebbares Unglück. Man sollte möglicherweise noch daran erinnern, daß Armut zwar zu Revolten, aber nicht zum systematischen Angriff auf die Zentren der Macht führen kann, denn die Armen sind eben durch ihre soziale Situation so weit vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, daß sie nicht einmal den Weg finden bzw. das Fahrgeld bezahlen könnten, um wie Mister Smith nach Washington zu gehen und dem Präsidenten seine Meinung zu geben.¹⁰

Das theoretische Konstrukt von Hardt/Negri steht und fällt mit der Organisationsfrage. Doch einer Beantwortung dieser Frage wird

10 Anspielung auf den 1939 von Frank Capra in den USA gedrehten Spielfilm »Mr. Smith Goes to Washington«, worin ein Bürger aus der US-amerikanischen Provinz die Regierung persönlich über dortige soziale Mißstände aufklärt.

ausgewichen; statt dessen wird die Vielheit der Multitude auf dem Weg ins gemeinsame Leben zur befriedigenden Antwort erklärt. Theoretisch an sich schon haltlos, wäre ein kurzes Innehalten in der empirischen Wirklichkeit hilfreich für ein Insistieren auf einer realistischen Analyse. Denn trotz aller Aktivitäten für Sozialforen und gegen die offensichtlichsten Eskapaden des Kapitals bleibt der differenzierte Protest gegen die herrschende Ordnung, gemessen an dem, was geleistet werden müßte, doch merkwürdig kleinlaut. Slavoj Žižek erläutert dieses Problem mit der nötigen Klarheit: »Folgt man heute einem Aufruf zu handeln, so vollzieht sich diese Handlung bzw. dieser Akt nicht im leeren Raum, sondern *innerhalb* der hegemonialen ideologischen Koordinaten. Diejenigen, die ›wirklich etwas tun wollen, um den Menschen zu helfen‹, werden sich an (zweifelsohne ehrenwerten) Projekten wie *Medecins sans frontières*, *Greenpeace*, feministischen und antirassistischen Kampagnen beteiligen, die von den Medien nicht nur toleriert, sondern sogar unterstützt werden, selbst dann, wenn sie auf ökonomisches Gebiet vordringen (etwa indem sie Unternehmen anprangern und boykottieren, die ökologische Vereinbarungen mißachten oder in ihren Betrieben Kinder beschäftigen); solange sie eine gewisse Grenze respektieren, werden derartige Projekte toleriert und unterstützt. Dennoch ist genau diese Form von Aktivität ein perfektes Beispiel für Interpassivität, dafür, daß man bestimmte Dinge nicht tut, um etwas zu erreichen, sondern um zu *verhindern*, daß wirklich etwas geschieht, sich etwas Grundsätzliches ändert. Alle diese beherzten, humanitären, politisch korrekten usw. Aktivitäten lassen sich auf die Formel bringen ›Laßt uns ständig irgend etwas verändern, damit insgesamt alles beim Alten bleibt!‹«¹¹ Genau in dem Moment also, wo der kapitalistische Block an der Macht zwar in sich widersprüchlich, aber doch als große Nivellierungsmaschine die eigenen Interessen kraftvoll vertritt, plädieren Hardt und Negri für die Unorganisiertheit des Widerstands, der in der Grundfrage, der Überwindung des Kapitals, zersplittert, notwendigerweise scheitern muß. Anstatt plurales Denken, gerichtet und strategisch formiert auf ein einheitliches Ziel zu fordern, verharren die Autoren bei dem Gebet, daß die Multitude der große, geheimnisvolle Akteur der Weltgeschichte sein werde.

Im dritten Kapitel über die Demokratie findet sich fast nichts zur Demokratie. Erneut das Protestpotential gegen die Globalisierung aufnehmend, erscheinen die Proteste jetzt als »Beschwerden«, die mit der Petitionspolitik der Generalstände an den französischen Monarchen vor der Revolution von 1789 unzulässig analogisiert werden (z. B. S. 298). Ebenso fragwürdig ist der Analogieschluß, wonach die Texte und Schriften zur Anwendung des demokratischen Prinzips auf die Nationenbildung im 18. Jahrhundert mit der heutigen Situation vergleichbare Weitsichten aufweisen würden, denn die Proklamation der Demokratie durch die Multitude könne mit den Erfahrungen des 18. Jahrhunderts die Beengungen der traditionellen Vorstellungen von Demokratie überwinden (S. 340). Eine spätere Bemerkung von Hardt/Negri zur unilateralen Strategie der USA macht in ihrer mechanischen Analogiesetzung die ganze Konfusität ihres Ansatzes deutlich. Sie imaginieren die geopolitische Strategieergestalt, daß sie glauben, die USA seien hierbei die »Nabe« eines

11 Vgl. Slavoj Žižek: Die Revolution steht bevor. Dreizehn Versuche über Lenin, Frankfurt/M. 2002, S. 18/19 (Hervorhebungen von Žižek – D. K.).

12 »Ironischer Germanicus Thompsons«, um die Gelehrsamkeit marxistischer Talmudisten in England zu persiflieren, die über ihre Texte deutsche und französische Konstrukte verstreuten (Anmerkung bei Thompson).

13 Vgl. Edward Palmer Thompson: *Das Elend der Theorie. Zur Produktion geschichtlicher Erfahrung* (1978), Frankfurt/M.-New York 1980 (im übrigen Campus-Verlag), S. 159/160.

14 Vgl. Karl Marx, Friedrich Engels: *Die deutsche Ideologie. Kritik der neuesten deutschen Philosophie in ihren Repräsentanten Feuerbach, B. Bauer und Stirner, und des deutschen Sozialismus in seinen verschiedenen Propheten* (1845/1932), in: Karl Marx, Friedrich Engels: *Werke*, Bd. 3, Berlin 1973, S. 379.

Rades, »deren Speichen sich auf jede Region auf dem Globus erstrecken« (S. 350). Daß sich an der fortschreitenden Absurdität mancher Theorien nichts geändert hat, zeigt ein Rückblick in das Jahr 1978. Dort schrieb Edward Palmer Thompson: »Wir können die gegenwärtige Situation genauer definieren, wenn wir eine in Marx' Briefwechsel mit Engels häufig auftauchende Kategorie hinzuziehen (...). Diese ganze ›Scheiße‹ (Geschichtenscheissenschlopf)¹², in der sowohl die bürgerliche Soziologie wie der marxistische Strukturalismus bis zum Hals drinstecken (Dahrendorf neben Poulantzas, Modernisierungstheorie neben theoretischer Praxis), ist auf uns geschissen worden von der Paralyse der Begriffe, von der Enthistorisierung des Prozesses und von der Reduktion von Klasse, Ideologie, Gesellschaftsformation und beinahe allem anderen auf begriffliche Statik. Der soziologische Querschnitt: die elaborierten Differentialumlaufbahnen im in sich geschlossenen Planetarium; die sich selbst entfaltende vorprogrammierte Entwicklungsfolge; die leicht ungleichgewichtigen Gleichgewichtsmodelle, in denen der Dissens unglücklich durch fremde Korridore streift auf der Suche nach einer Aussöhnung mit dem Konsensus; die Systemanalysen und Strukturalismen mit ihren Drehmomenten und Zusammensetzungen; die antirealen Fiktionen; die ökonomischen und cleometrischen Gleissysteme – all diese Theorien hoppeln vorprogrammierte Routen entlang von einer statischen Kategorie zur nächsten. Sie sind sämtlich ›Geschichtenscheissenschlopf‹, unhistorische Scheiße.«¹³ Nichts anderes sind auch Multitude und Empire nach Hardt/Negri.

Eine Kritik an einem Buch mit dem Zitat aus einem anderen Werk zu beenden, spricht nicht eben für die Qualität der kritisierten Arbeit. Aber schon 1845 waren entsprechende Wundertheorien als Heil des »wahren« Sozialismus und Kommunismus im Schwange. Hardt/Negri als internationale Ideologen gleichen oft den deutschen aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Wie Marx und Engels urteilten: »Es handelt sich bei ihnen (den deutschen Ideologen – D. K.) überhaupt nur darum, neue Phrasen zur Interpretation der bestehenden Welt zu erfinden, die um so gewisser in burleske Prahlereien auslaufen, je mehr sie sich über diese Welt zu erheben glauben und in Gegensatz zu ihr stellen.«¹⁴

Wenn die Auffassungen von Hardt und Negri zur Grundlage eines künftigen Veränderungskonzeptes werden sollten, ist die Unrealisierbarkeit der Emanzipation vorprogrammiert.

MARKUS GILLES

Von begabten und unbegabten Studierenden

In letzter Zeit erfreut sich die Vorstellung, wir lebten in einer *Leistungsgesellschaft*, immer größerer Popularität. Dies betrifft auch und sogar in besonderem Maße die bildungspolitische Debatte. Denn konstitutiv für eine kapitalistische Marktwirtschaft und ihr entsprechendes Bildungssystem ist die ideologische Vorstellung, jede und jeder könne durch eigene Leistungen etwas erreichen. Bei der Rede von Leistungseliten wird daher immer so getan, als ob der Zugang zu Hochschulen heute nicht etwa durch die soziale Herkunft, sondern durch rein individuelle Leistung bestimmt würde. Die soziale Offenheit des Bildungssystems und seiner Eliteeinrichtungen sei ja immerhin *prinzipiell* und formell gegeben. Und jede und jeder habe die Möglichkeit, sich die für die Elitenauswahl entscheidenden Leistungsqualifikationen anzueignen.

Im Zuge ihrer programmatischen Erneuerung verkündete daher die SPD, dass in Zukunft statt der traditionellen *Verteilungsgerechtigkeit* nun die *Chancengerechtigkeit* im Vordergrund stehen müsse. Die unterschiedlichen *Leistungen* des Einzelnen zur Nutzung dieser vermeintlich gleichen Chancen sollen die enormen Verteilungsunterschiede rechtfertigen, die – auch bezüglich der Bildungsmöglichkeiten – den Unterschied zwischen Elite und Masse bestimmen. Dabei wird allerdings der direkte Zusammenhang zwischen Verteilungs- und Chancengerechtigkeit ignoriert. Also die Tatsache, dass ökonomisches Kapital überhaupt erst die Grundlage zum Erwerb kulturellen Kapitals und damit von »Leistung« im gesellschaftlich erwarteten Sinne bildet.¹

So reichen die privat zu bewältigenden Kosten einer – im bürgerlichen Sinne – erfolgreichen Bildungslaufbahn von Kita-Plätzen über hohe Mietpreise für die Stadtteile mit den besseren Schulen, über Lernmaterialien, Sprachreisen und Nachhilfeunterricht bis hin zu Immatrikulations- oder Studiengebühren und den allgemeinen Lebenshaltungskosten eines Studiums. Studierende aus so genannten bildungsfernen Schichten müssen daher auch etwa doppelt so oft neben dem Studium einer Beschäftigung nachgehen, was sich in einem ebenfalls doppelt so hohen Anteil an Langzeitstudierenden niederschlägt. Von allen Promoventinnen und Promoventen sind daher auch über die Hälfte Bürgerkinder.²

Die Beteuerung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, Leistung und nicht Herkunft sollte bestimmen, wer Elite in Deutschland sei, gibt mehr über sein Politikverständnis und seine verkürzte Sicht auf sozialelektive Mechanismen preis, als ihm lieb sein kann, denn be-

Markus Gilles – Jg. 1980, Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Bundesvorstandsmitglied des Bündnisses linker und radikaldemokratischer Hochschulgruppen LiRa.

1 Vgl. Pierre Bourdieu (1983): Ökonomisches Kapital, kulturelles Kapital, soziales Kapital, in: Reinhard Kreckel (Hrsg.): Soziale Ungleichheiten. Soziale Welt, Sonderband 2, S. 196, Göttingen.

2 Vgl. Michael Hartmann (2003): Macht muss gelernt sein, in: junge Welt, 19. 9. 2003.

sonders in Deutschland hat die herkunftsbedingte Sozialbiografie eine lange und noch lange nicht überwundene Tradition: Die wichtigste »Leistung« besteht nämlich darin, über ein betuchtes Elternhaus zu verfügen, sodass die oder der Studierende sich die Bücher kaufen kann, die in der Unibibliothek ausgeliehen sind, und sie auch durcharbeiten kann, weil sie oder er nebenbei eben nicht jobben muss.

Darüber hinaus wird in der aktuellen Debatte das Bestehen einer offensichtlichen Chancenungleichheit in der Wahrnehmung von Bildungsmöglichkeiten ignoriert, die darin besteht, dass z. B. Eltern aus bildungsfernen Schichten ihre Kinder in wesentlich geringerem Ausmaß in Ausbildungsfragen unterstützen können. Durch die geringe Bildungsbeteiligung der unteren Schichten wird eine höhere Bildungslaufbahn oft auch gar nicht als Option wahrgenommen – und falls doch, fehlt es nicht selten am familiären Rückhalt, also der schieren Akzeptanz für einen solchen Werdegang.

Derlei strukturelle Nachteile, wie sie häufig aus dem kulturellen Hintergrund entstehen, werden von staatlicher Seite kaum thematisiert, geschweige denn kompensiert. Die schichtspezifischen kulturellen Unterschiede wiegen aber noch schwerer: Wer während der Primärsozialisation in der Familie weder mit Relativsätzen im alltäglichen Sprachgebrauch noch mit kulturellen oder wirtschaftlichen Fachsimeleien der Oberschichten vertraut gemacht wurde, der wird auch später große Schwierigkeiten haben, sich den akademischen Habitus anzueignen, wie er im Sinne eines »inoffiziellen Lehrplans« als Grundlage einer Elitetauglichkeit in Hochschulen erwartet wird. Der persönliche – sehr stark vom sozialen Umfeld geprägte – Habitus entscheidet insofern häufig über den Aufstiegserfolg, als er das »(Nicht-)Dazugehören« im Sinne der habituellen Verhaltensmuster der bildungsnahen Schichten belegt.

Dies beginnt bereits in der Grundschule, wo sich nicht nur die milieubedingt besseren Leistungen der Kinder aus höheren Schichten bemerkbar machen, sondern auch die je nach sozialer Herkunft stark differierenden Beurteilungen der Lehrkräfte. So benötigt z. B. nach einer Erhebung unter allen Hamburger Fünftklässlern ein Kind, dessen Vater Abitur gemacht hat, ein Drittel weniger Punkte für eine Gymnasialempfehlung als ein Kind mit einem Vater ohne Schulabschluss. Ähnliches gilt bei Versetzungsentscheidungen.³

Dieselben Mechanismen sind, so der Elitenforscher Michael Hartmann, auch im Hochschulbereich zu beobachten.⁴ So werden beispielsweise an amerikanischen Elite-Universitäten, die bei den Auswahlverfahren persönliche Gespräche mit den Professoren vorsehen, bei formal gleicher Qualifikation die Bewerber mit bürgerlichem Hintergrund – getreu dem Motto »Bürgerkind sucht Bürgerkind« – signifikant bevorzugt.

Und wer es als Arbeiter- oder Angestelltennachwuchs trotz der sozialen Selektion im Bildungssystem bis zum Diplom oder gar zur Promotion geschafft hat, findet genau diese habituellen Auswahlkriterien in der freien Wirtschaft wieder. Nun allerdings als noch weniger regulierte und noch schwerer zu überwindende Hürde im Zugang zu den Elitepositionen der Gesellschaft. Dies, obwohl er mit seinem Bildungsabschluss das gleiche Maß an Talent und Leistung nachge-

3 Vgl. ebenda.

4 Vgl. Michael Hartmann (2004): Freie Bahn den Aufsteigern, in: *Jungle World*, 4. 2. 2004.

wiesen hat wie seine Kommilitonen aus dem Bürgertum. Es spricht sogar viel dafür, dass er ein größeres Quantum an Leistungsbereitschaft und Fleiß benötigt hat, weil er die zahlreichen Hindernisse, die ihm auf seinem Bildungsweg aus sozialen Gründen entgegenstehen, erst einmal überwinden musste, anstatt wie die Kommilitonen aus dem Bildungsbürgertum schlicht die habituellen Verhaltensmuster der Eltern zu reproduzieren. Trotz dieser »Mehrleistung« sind nach einem Abschluss die Aufstiegschancen für den Nachwuchs der unteren Schichten in der so genannten Leistungsgesellschaft deutlich schlechter. So stammen bei der Besetzung der gesellschaftlichen Elitepositionen in Deutschland erstaunliche vier von fünf Topmanagern, zwei von drei hohen Beamten und Richtern und immerhin noch jeder zweite Inhaber einer Professur aus bürgerlichem oder großbürgerlichem Elternhaus und gehören damit zu den oberen 3,5 % oder gar den obersten 0,5 % der Bevölkerung.⁵

Ausschlaggebend ist in jedem der genannten Fälle der Habitus der Bewerber. Wer in die Eliteeinrichtungen (von den Bildungsinstitutionen bis zu den Vorständen und Geschäftsführungen großer Unternehmen) oder, mit Pierre Bourdieu gesprochen, in »das Feld der Macht«⁶ gelangen will, der muss vor allem eines besitzen: habituelle Ähnlichkeit mit den Personen, die dort schon sind. Diese beinhaltet vor allem die Kenntnis der in den »höheren Kreisen« gültigen Dress- und Verhaltenscodes, einen ungezwungenen und geübten Umgang mit den Werken legitimer Kunst, eine breite bildungsbürgerliche Allgemeinbildung, aber auch das Eingestehen einer Wissenslücke, eine lockere, jedoch nicht anmaßende Haltung, die optimistische Lebenseinstellung sozial Privilegierter und nicht zuletzt Souveränität und Selbstsicherheit beim Auftreten im sozialen Feld der Elite. Diese Souveränität weisen in der Regel nur diejenigen auf, denen das Milieu von Kindesbeinen an vertraut ist, die sich in bürgerlich-elitären Kreisen nicht fremd, sondern zu Hause fühlen.⁷

Der klassenspezifische Habitus wirkt, so Bourdieu, an den Entscheidungsstellen der entsprechenden Karriereinstanzen in doppelter Hinsicht: Zum einen werde die Auswahl durch die dafür zuständigen Lehrpersonen – und später Personalleiter – entscheidend beeinflusst durch eine habituelle Affinität den Kandidaten aus den »besseren Kreisen« gegenüber. Eine gleiche »Wellenlänge« schafft Sympathie. Zum anderen böten sich die Kandidaten durch ihr Verhalten auch selbst für die Aufnahme an, während andere sich selbst spontan ausschließen.⁸

Es gibt also ganz unzweifelhaft einen direkten Zusammenhang zwischen Klassenherkunft und Berufsperspektiven. Die soziale Herkunft entscheidet, teilweise über den Umweg von kausalitätsverschleiernenden formalen Bildungsabschlüssen, teilweise direkt über das Erfüllen habituellen Verhaltenscodes über das Erreichen gesellschaftlicher Elite- und damit Machtpositionen.

Obwohl rein formell (aber auch ideologisch) gesehen die Weitergabe von Machtpositionen in unserer Gesellschaft auf der Grundlage individueller Leistung und bei grundsätzlicher Chancengleichheit erfolgt, unterscheidet sich das Ergebnis de facto nur geringfügig von einer auf reiner Vererbung beruhenden Machtweitergabe. Von einer Leistungsgesellschaft, in der die individuellen Fähigkeiten und An-

5 Vgl. Michael Hartmann (2004): Elitäre Sorgen, in: uni spezial. Beilage der Tageszeitung junge Welt, 21. 4. 2004.

6 Pierre Bourdieu (1985): Praktische Vernunft – Zur Theorie des Handelns, S. 48 ff., Frankfurt am Main.

7 Vgl. Michael Hartmann (2003): Macht muss gelernt sein, a. a. O.

8 Vgl. Pierre Bourdieu, Loic J. D. Wacquant (1996): Reflexive Anthropologie. S. 141, Frankfurt am Main.

strengungen von Schülerinnen und Schülern und Studierenden über die eigene berufliche Zukunft entscheiden, kann daher keine Rede sein. Die deutsche Elite ist keine Leistungselite, sondern überwiegend eine Herkunftselite.

Das Bildungssystem erfüllt in diesem Zusammenhang weniger den Zweck einer Nivellierungs- denn einer Legitimationsinstanz, bei der ökonomisches Kapital (Geld) in kulturelles Kapital (Bildungstitel) umgewandelt wird, welches im Anschluss den erneuten Erwerb von ökonomischem und sozialem Kapital (Beziehungen) erlaubt. Da der Besitz von ökonomischem Kapital den Ausgangspunkt dieses Transformationsprozesses darstellt, resultiert die Verteilung sozialer Chancen primär aus der ungleichen Verteilung von Einkommen und Vermögen. »Das Bürgertum behält die Macht in seinen Händen.«⁹

9 Michael Hartmann
(2003): Macht muss gelernt
sein, a. a. O.

Diese Reproduktionsstruktur existierte schon lange vor der aktuellen Elite-Debatte. Sie ist eine Tatsache der bundesdeutschen Sozialstruktur: Es gibt Eliten, und diese reproduzieren sich quasi »inoffiziell« schon seit Jahrzehnten unter anderem durch das Bildungssystem. Der Beschluss, Eliten nun offen mit eigenen Bildungseinrichtungen zu fördern, ist also eigentlich nur der Entschluss, die Elitenbildung in der Bundesrepublik endlich zu institutionalisieren. Wer erst darin die einst verpönte Elitebildung entdeckt, der hat den entscheidenden Skandal des hiesigen Bildungswesens bereits verpasst: dass nämlich gerade unser Bildungssystem schon immer gesellschaftliche Ungleichheit produziert und reproduziert.

Jede bürgerliche Gesellschaft hat eine Elite; also eine mit Geld- und Staatsmacht ausgestattete führende Klasse. Das ist in einer Klassengesellschaft mit ihren Gegensätzen objektiv notwendig. Etwas anderes ist allerdings die ideologische Botschaft, die bei dem Begriff »Elite« mitschwingt: Diese will nämlich dem Volk die Herrschaftsverhältnisse als Verhältnisse natürlicher Auslese vorgaukeln.

Und so hat die SPD nun unter der Überschrift »Elite« eine bildungspolitische »Innovationsoffensive« eingeleitet, welche die Elitetauglichkeit von Studierenden an einem Begabungsbegriff festmacht, der sich längst von jeglicher sozialen Dimension verabschiedet hat. Nach derartigen Vorstellungen ist Begabung komplett auf das biologische Konzept genetischer Anlagen reduziert, die der Mensch entweder hat oder eben nicht, und die durch eine entsprechende Begabtenförderung nur noch zur Entfaltung gebracht werden müssten. Mit der Implementierung dieses extrem problematischen Begabungsbegriffs wird ein spezifischer Druck auf das öffentliche Bildungssystem in Richtung einer stärkeren Differenzierung und Hierarchisierung ausgeübt. Die sozialen Hürden, die Schülerinnen und Schüler und Studierende in unserem bereits jetzt sozial hochselektiven Bildungssystem bewältigen müssen, finden dabei kaum Berücksichtigung.

Die Folgerung beispielsweise aus den Ergebnissen der Pisa-Studie, dass Kinder in sozial schwachen oder Ausländerfamilien tatsächlich dümmer auf die Welt kommen als die Sprösslinge des Bildungsbürgertums (wie es etwa der Humangenetiker Volkmar Weiss behauptet), wird so zwar öffentlich nur selten ausgesprochen, ist aber der logische Trugschluss dieser Ideologie, wenn man betrachtet, wer sich in unseren Schulen und Hochschulen durchsetzt und wer auf der Strecke bleibt.

Der aus dieser Vorstellung resultierenden (Hoch-)begabtenförderung, wie sie durch den Ruf nach Eliteuniversitäten weiter forciert wird, liegt ein bildungspolitisch induzierter Effekt sich selbst erfüllender Prophezeiungen zugrunde. Wenn etwa spezifische Fähigkeiten besonders gefördert werden, werden sich diese mit hoher Wahrscheinlichkeit auch überdurchschnittlich entwickeln. Natürlich wird sich derjenige in Atomphysik oder Biogenetik gut auskennen, der über die Mittel, d. h. die Finanzmittel, verfügt, die es braucht, um den ganzen Tag lernen zu können. Wenigstens wird er sich um einiges besser auskennen als derjenige Kommilitone, der nachts Taxi fährt, damit er tagsüber studieren kann. Dies wiederum wird dann als Beweis für das vorhergehende Vorhandensein einer »Hochbegabung« herangezogen. Durch diesen tautologischen Zirkel werden die sozialen Ursachen einer ungleichen Verteilung von Bildungsmöglichkeiten (und in der Folge auch von gesellschaftlichem Reichtum) verschleiert. Der strukturelle Zusammenhang von Unterdrückung und Macht, der in dieser Ungleichheit seinen Ausdruck findet, wird durch die Implikationen eines solchen Begabungsbegriffs individualisiert und auf persönliche Unterschiede der Menschen an (genetischer) Eignung zurückgeführt.

Der Elitebegriff ist daher kein Leistungsbegriff, sondern ein Herrschaftsbegriff zur bildungspolitischen Legitimation der gesellschaftlichen Hierarchien, die für unsere Wirtschaftsweise konstitutiv sind. Für die Aufrechterhaltung dieser Hierarchien existieren zwei große gesellschaftliche Interessen, deren soziales Kräfteverhältnis für die derzeitige Bildungspolitik ausschlaggebend ist. Da ist zum einen das Interesse des Kapitals an weiterer steuerlicher Entlastung, also weniger öffentliche Leistungen, und da sind zum anderen die Privatinteressen des Bürgertums. Für letztere sind zwei Fragen vorrangig: *Erstens*: Wie kann dem eigenen Nachwuchs eine gute Ausbildung garantiert werden, ohne die Ausgaben für das Bildungssystem und damit die steuerliche Belastung zu erhöhen? *Zweitens*: Wie kann die eigene Stellung – legitimiert durch formale Bildungsabschlüsse – an die eigenen Kinder vererbt werden?¹⁰

Die Antwort auf beide Fragen liegt in einer Hierarchisierung der Bildungsinstitutionen. Das heißt z. B. für die Schule die unbedingte Beibehaltung des dreigliedrigen Schulsystems. Dies führt zu einer frühzeitigen Aussortierung der Arbeiterkreise, verbessert die Konkurrenzlage für die eigenen Kinder und sichert die überproportionalen Aufwendungen für die Gymnasialbildung.

Die Konsequenzen für die Hochschulen liegen eben in der Elitenförderung und sind schon jetzt anhand der aktuellen Ökonomisierung der Bildungspolitik gut beschreibbar: So ist durch die Einführung des Bachelor-Master-Systems (übrigens ein wichtiges Kriterium für die Aufnahme in den »Elite-Campus Deutschland«¹¹) eine weiterführende wissenschaftliche Ausbildung nur noch für eine deutlich kleinere Gruppe von Studierenden vorgesehen. Um diese auszuwählen, sind vielerorts Aufnahmeprüfungen geplant und auch teilweise schon umgesetzt, die von kostenpflichtigen Sprachtests bis hin zu Intelligenztests reichen. Die Kultusministerkonferenz (KMK) plädiert darüber hinaus für eine Lockerung,¹² das Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) sogar für die Abschaffung¹³ der Kapazitäts-

10 Michael Hartmann (2004): Freie Bahn den Aufsteigern, a. a. O.

11 Vgl. Kultusministerkonferenz (KMK) 2004: Länderpapier zum Netzwerk der Exzellenz.

12 Ebenda.

13 Vgl. Torsten Bultmann (2004): Wettbewerbshindernisse, in: uni-spezial, Beilage der Tageszeitung junge Welt, 21. 4. 2004.

verordnung, die bisher sicherstellte, dass Hochschulen ihre Lehrkapazitäten auch auslasten. Für Eliteuniversitäten natürlich undenkbar. Zusammen mit der absehbaren Einführung von Studiengebühren und der steigenden Kompetenz der Hochschulen, sich ihre Studierenden selbst auswählen zu dürfen, führt dies zu einem enormen Abbau von Rechtsansprüchen auf Bildung, die durch die aktuelle Bedrohung der Rudimente inneruniversitärer Demokratie begleitet werden.

All dies ist eine eindeutige Entscheidung für ein konkurrenzgetriebenes Bildungssystem, wodurch an vielen Stellen ein Wettbewerbszwang in der Bildung entstehen soll: zwischen Staaten, Bundesländern, Hochschulen, sozialen Gruppen und letztendlich auch zwischen Individuen. Durch diese Übertragung marktförmiger Hierarchisierungsprozesse auf die soziale Zusammensetzung einer Bevölkerung geht es nicht mehr darum, alle Menschen – oder hier: alle Studierenden – möglichst gut zu bilden, *sondern diejenigen auszuwählen und zu fördern, bei denen es »sich lohnt«*. »Wenn etwa Bildungskosten als ›Investition‹ umdefiniert werden, erhöht sich der Druck auf eine präzisere ›Kalkulation‹ dieser Ausgaben.«¹⁴

Indem nun dieses Kalkül auf die Vorstellung einer natürlichen Begabungsungleichheit der Menschen zurückgeführt wird, verbindet man die obrigkeitsstaatliche Konstruktion ungleicher Bildungsmöglichkeiten mit einer Naturalisierung gesellschaftlicher Unterschiede, wie sie vor allem in der Dimension arm-reich zum Ausdruck kommen. Die derzeit zu beobachtende Verstärkung dieser Unterschiede durch den rot-grünen Sozialabbau (Agenda 2010) bedarf eben auch qualitativ neuer Legitimationen, welche durch die beschriebenen neuen bildungspolitischen Paradigmen beschafft werden sollen, die – im optimalen Fall – alle sozialen Positionen auf Unterschiede an subjektiver Leistungsfähigkeit und -bereitschaft zurückführen – messbar etwa in verschiedenwertigen Bildungsabschlüssen.

So gesehen heißt »Elitenförderung« heute nichts anderes als eine politisch gewollte Institutionalisierung ungleicher Chancen und eine Vergrößerung sozialer Abstände durch eine Zwei-Klassen-Studienstruktur, welche auf konsequente Weise die Sozialstruktur der Gesellschaft widerspiegelt und reproduziert.

14 Torsten Bultmann (1996): Die Eliten und die Massen – Kritik eines bildungspolitischen Stereotyps, in: Christoph Butterwegge, Gudrun Hentges (Hrsg.) (1999): Alte und Neue Rechte an den Hochschulen, Münster.

HUGO EBERLEIN

Erinnerungen an Rosa Luxemburg bei Kriegsausbruch 1914

Vorbemerkung

Aus Anlaß des 134. Geburtstages von Rosa Luxemburg veröffentlichen wir drei Fragmente der Erinnerungen von Hugo Eberlein an sie, seine Lehrerin und Kampfgefährtin vor und während des Weltkrieges bis hin zur Gründung der KPD an der Jahreswende 1918/1919.

Hugo Eberlein (geb. 1887) war seit 1906 Mitglied der Sozialdemokratischen Partei, seit 1912 Vorstandsmitglied in deren Wahlverein für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Seit Kriegsbeginn war er maßgebend an der Antikriegsarbeit der deutschen Linken beteiligt. Mehrfach verhaftet und kurzzeitig eingekerkert, trotz festgestellter Kriegsuntauglichkeit dreimal zum Kriegsdienst eingezogen, wurde er 1916 aus Berlin ausgewiesen. Danach organisierte er die Antikriegsarbeit in Danzig, begründete hier eine Spartakusgruppe und wurde hier 1918 2. Vorsitzender des Arbeiter-und-Soldaten-Rates. Seit November 1918 wieder in Berlin, gehörte er zu den Gründern der KPD, war 1919-1929 (mit Ausnahme der Monate von Dezember 1920 bis Mai 1921) Mitglied ihrer Zentrale bzw. ihres ZK, seit 1921 MdL für die KPD in Preußen. 1919 war er einer der Vorsitzenden des Gründungskongresses der Komintern, 1928-1936 Mitglied ihrer Internationalen Kontrollkommission. In der Auseinandersetzung mit »den Rechten« Heinrich Brandler und August Thalheimer 1928/1929 wurde er zu den »Versöhnlern« gezählt. 1933 ging er in die Illegalität, emigrierte Mitte 1933 über die Saar und die Schweiz nach Frankreich und war seit 1936 in der Sowjetunion. 1937 wurde er vom NKWD verhaftet, gefoltert, 1939 zu 15 Jahren Lagerhaft, 1941 zum Tode verurteilt, am 16. Oktober 1941 erschossen.¹

Bei den hier wiedergegebenen Abschnitten aus Eberleins Erinnerungen geht es um das Geschehen im Zusammenhang des 4. August 1914.

Diese Aufzeichnungen wurden 1978 vom Berliner Dietz Verlag im Sammelband »Karl und Rosa. Erinnerungen« veröffentlicht, allerdings in einer Art, die einem verantwortungsbewußten Umgang mit historischen Quellen hohnspricht: Die drei Fragmente wurden von den Herausgebern zu *einem* Erinnerungsbericht zusammengeschnitten, ohne die tatsächliche Quellenlage auch nur zu erwähnen; der Name August Thalheimer wurde willkürlich weggelassen, der Karl Liebknechts eingefügt. Weggelassen wurde die Erinnerung Hugo Eberleins an die unmittelbare Reaktion Rosa Luxemburgs auf die

1 Vgl. Werner Eberlein: Geboren am 9. November. Erinnerungen, Berlin 2000, S. 76-78.

2 »Schrecklich wirkte die Tatsache des Kriegsausbruchs auf Rosa, noch schrecklicher die Haltung der deutschen Sozialdemokratie, die sie fast zum Wahnsinn, ja, eingestandenmaßen dem Selbstmord nahe brachte.«
Luise Kautsky: Rosa Luxemburg. Ein Gedenkbuch, Berlin 1929, S. 40.

3 Als Ströbel, der an der Fraktionssitzung als Vertreter des »Vorwärts« teilgenommen hatte, den Beschluß der Fraktion, im Reichstag für die Kriegskredite zu stimmen, seinen Redaktionskollegen überbrachte, »waren sie zerschmettert. Rosa Luxemburg, die gleichfalls den Bescheid erhartete, wurde von konvulsiven Wein- und Wutkrämpfen geschüttelt.«
Heinrich Ströbel: Die Kriegsschuld der Rechtssozialisten, Berlin 1919, S. 12.

4 Karl Liebknecht: Gesammelte Reden und Schriften, Bd. IX, Berlin 1968, S. 276/277.

5 Der SPD-Vorstand protestierte am 9. September gegen einen an das deutsche Volk gerichteten Aufruf französischer und belgischer Sozialisten, der u. a. auf die Kriegsschuld Deutschlands verwiesen hatte. Richard Fischer, Geschäftsführer des »Vorwärts« und Reichstagsabgeordneter der SPD, veröffentlichte im »Zürcher Volkrecht« einen im Sinne des Parteivorstands gehaltenen Artikel; er wurde von der »Berner Tagwacht« vom 9. September 1914 referiert und zitiert.

Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion am 4. August 1914: »Sie war fassungslos vor Empörung. Keiner empfand die Schmach des Verrats so tief wie sie.« Gestrichen wurden die Sätze über ihre Selbstmordabsichten nach Bekanntwerden der Abstimmung im Reichstag: »Ich werde mir eine Kugel durch den Kopf schießen, das wird der beste Protest gegen den Verrat der Partei sein und wird die Arbeitermassen vielleicht doch noch zur Besinnung bringen.« Eberlein: »Ich riet ihr natürlich von diesem Schritt ab ... Noch am Abend ging ich zu Franz Mehring, der vor Wut über den Verrat der Partei im Zimmer auf- und abrannte. Ich bat ihn, zu Rosa zu gehen und sie von ihrem Vorhaben abzubringen.« Und an anderer Stelle: »... Rosa sprach zuerst vom Selbstmord als sichtbarsten Protest gegen den Verrat der Partei, als sichtbarstes Warnungssignal für die Massen des Proletariats. Wir redeten ihr mit aller Energie solche Absichten aus.« Diese Absicht erwähnte Luise Kautsky in ihrem Gedenkbuch für Rosa Luxemburg.² An die tiefe Erschütterung Rosa Luxemburgs erinnerte sich auch Heinrich Ströbel, damals noch Redakteur des sozialdemokratischen Zentralorgans »Vorwärts«.³

Die im 2. Manuskript erwähnte »erste Proklamation« (vermutlich identisch mit dem Wortlaut der 300 von Eberlein am 5. August zur Post getragenen Briefe), unterschrieben von Rosa Luxemburg und Franz Mehring (nach Eberlein: auch von Clara Zetkin), konnte bisher nicht ermittelt werden. Überliefert ist, daß die darauf angesprochenen Karl Liebknecht und Paul Lensch es abgelehnt hatten, das Dokument zu unterschreiben. (Lensch, von Eberlein nicht erwähnt, hatte an der Beratung in der Wohnung Rosa Luxemburgs am Abend des 4. August teilgenommen.) Karl Liebknecht darüber: »Kurz nach dem 4. August 1914 erschien Lensch bei mir, um mich wegen der Unterschrift unter eine von Rosa Luxemburg und Mehring vorgeschlagene Erklärung zu befragen (etwa: »Wir treten nur darum nicht aus der Partei, weil ...«). Ich lehnte ab, nicht »weil sie mir zu radikal war«, wie die Legende sagt, sondern weil ich noch damit rechnete, daß die Partei baldigst in schwerste Verfolgungen geraten würde, so wollte ich ihr nicht »in den Rücken fallen«; sodann weil ich diese Erklärung als Halbheit empfand: dann hätte man schon austreten müssen. Lensch bemerkte, er sei ganz meiner Auffassung.«⁴

Mit dem im 1. Manuskript genannten »ersten Aufruf an das internationale Proletariat« dürfte die mit 10. September 1914 datierte Erklärung Karl Liebknechts, Rosa Luxemburgs, Franz Mehrings und Clara Zetkins gegenüber der ausländischen sozialistischen Presse gemeint sein. Zu deren Vorgeschichte ist einem Brief Rosa Luxemburgs an Franz Mehring vom 13. September 1914 zu entnehmen: »... Sie haben wohl den »Protest« des Parteivorstandes gegen die Internationale und das »Hamburger Echo« gelesen.⁵ Ich glaube, da ist unmöglich, zu schweigen. Wir wollen (Klara [Zetkin] und ich) in der ausländischen Parteipresse (Schweiz, Italien, Holland, Schweden) einige Zeilen veröffentlichen, worin wir nur feststellen, daß wir wie viele andere Genossen nicht die Möglichkeit haben, jetzt unsere abweichende Auffassung zum Ausdruck zu bringen, und daß wir die ausländischen Genossen bitten, dies in Betracht zu ziehen. Wollen Sie uns ermächtigen, Ihre Unterschrift mit darunter zu setzen? Sie

sind im Auslande so bekannt, daß dies von großer moralischer Wirkung wäre und eine verdiente Ohrfeige für den infamen ›Protest‹ des Parteivorstandes. Nächstens kommt Karl L[iebknecht] her, und ich hoffe, er wird mit zeichnen. Bitte antworten Sie telegraphisch gleich nach dem Empfang dieser Zeilen.«⁶ Die Erklärung wurde, mit den vier von Rosa Luxemburg erwähnten Namen gezeichnet, am 30. Oktober 1914 in der »Berner Tagwacht« veröffentlicht.⁷

ULLA PLENER

Im folgenden – die drei Fragmente der Erinnerungen Hugo Eberleins an Rosa Luxemburg bei Kriegsausbruch im August 1914 – und, zum Vergleich, der 1978 veröffentlichte Text.

1. Manuskript⁸

Bericht von Eberlein über die Tage des Kriegsausbruchs 1914

Am 3. August 1914 ging ich nachts mit Rosa Luxemburg vom »Vorwärts«-Gebäude in der Lindenstraße nach Süden. Unsere Stimmung war sehr gedrückt. Der Krieg war da, das Proletariat rührte sich nicht.⁹

Wir kamen aus der Vorstandssitzung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Auf der Tagesordnung der Sitzung stand: Instruktion für die Parteigenossen über das Verhalten der Partei zum Krieg. Vom Vorsitzenden hörten wir nur leere Redensarten. Zubeil, der Reichstagsabgeordnete unseres Kreises, sollte uns Aufklärung geben über das Verhalten der Fraktion zur Bewilligung der Kriegskredite.¹⁰ Die Frage stand am anderen Tag auf der Tagesordnung des Reichstags. Zubeil versteckte sich hinter einem Schweigegebot der Fraktion. Er benahm sich aber so jämmerlich hilflos, daß Rosa auf dem Heimweg erklärte: »Wir haben das Schlimmste zu befürchten.« Und doch wollte an eine Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion niemand von uns denken.

Zwölf Stunden später hatte die S.P.D. die Kriegskredite bewilligt! Ich eilte vom Betrieb zur Genossin Rosa. Sie lag auf dem Diwan und weinte. »Ich werde mir eine Kugel durch den Kopf schießen, das wird der beste Protest gegen den Verrat der Partei sein und wird die Arbeitermassen vielleicht doch noch zur Besinnung bringen.«

Ich riet ihr natürlich von diesem Schritt ab. Wir sprachen dann über unsere Stellung zur Frage, ob wir austreten sollten aus der Partei oder öffentlich gegen den Beschluß der Partei protestieren usw., kamen aber doch zu keinem Resultat. Immer kam sie auf ihre Selbstmordgedanken zurück.

Noch am Abend ging ich zu Franz Mehring, der vor Wut über den Verrat der Partei im Zimmer auf- und abrannte. Ich bat ihn, zu Rosa zu gehen und sie von ihrem Vorhaben abzubringen.

Andern Tags gingen über hundert Telegramme ins Land an alle, von denen wir glaubten, daß sie den Verrat der S.P.D. nicht mitmachen würden. Nur wenige Antworten gingen ein. Clara Zetkin war eine der ersten, die antwortete. Die wenigen anderen, die noch antworteten, telegrafierte die dümmsten Ausreden. Der eine war

6 Rosa Luxemburg: Gesammelte Briefe, Bd.5, Berlin 1984, S. 10.

7 »Die deutsche Partei und der Krieg. Man war bisher in den Parteikreisen des neutralen Auslandes vielfach der Meinung, daß die deutsche Sozialdemokratie einmütig und geschlossen hinter der Fraktion des Reichstages stehe und daß die Fraktion selbst durchaus einheitlicher Auffassung sei. Diese Auffassung ist irrig, wie sich jetzt nachträglich herausstellt. Erst jetzt erhalten wir Kenntnis von folgender Erklärung, die, obwohl sie bereits vor mehr als einem Monat abgefaßt ist, an Aktualität nichts eingebüßt hat: Die Genossen Dr. Südekum und Richard Fischer haben in der Parteipresse des neutralen Auslandes (Schweden, Italien, Schweiz) den Versuch unternommen, die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im gegenwärtigen Kriege im Lichte ihrer Auffassung darzustellen. Wir sehen uns dadurch gezwungen, an der gleichen Stelle zu erklären, daß wir und sicherlich viele andere deutsche Sozialdemokraten den Krieg, seine Ursachen, seinen Charakter sowie die Rolle der Sozialdemokratie in der gegenwärtigen Lage von einem Standpunkt betrachten, der demjenigen der Genossen Südekum und Fischer durchaus nicht entspricht. Der Belagerungszustand macht es uns vorläufig unmöglich, unsere Auffassung öffentlich zu vertreten.
Am 10. September 1914
Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Klara Zetkin«
Aus: Berner Tagwacht, 30. Oktober 1914.

8 SAPMO im BArch, Nachlass Wilhelm Pieck, NY 4036, Akte 487, Bl. 101-108, hier S. 101/102, maschinenschriftliche Durchschrift, undatiert.

9 Der letzte Satz dieses Absatzes, mit dem die Veröffentlichung im Dietz Verlag 1978 beginnt, wurde dort weggelassen.

10 Zubeil, Friedrich (1848-1926), 1893-1918 MdR für die Sozialdemokratie, Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, seit 1898 Expedient des »Vorwärts«, gehörte während des Krieges zur Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft, seit 1917 Mitglied der USPD, seit 1922 wieder SPD.

11 SAPMO im BArch, NY 4036/487, Bl. 109-145, hier Bl. 109, maschinenschriftliche Durchschrift, undatiert.

12 SAPMO im BArch, NY 4036/487, Bl. 186-189, maschinenschriftliche Durchschrift, mit Rotstift geschrieben 1924; in der Überschrift mit Bleistift hinzugefügt: »im Aug. 1914«. Der Wortlaut dieser Erinnerungen findet sich in der von der KPD herausgegebenen illustrierten Zeitung »Die Revolution, Nr. 2, August 1924. Gedächtnisnummer zum 10. Jahrestag der Gründung des Spartakus-Bundes«. Vermutlich ist die hier benutzte Quelle das ursprüngliche Manuskript.

krank, dem anderen war die Frau erkrankt, der dritte hatte keine Zeit zum Reisen usw. Der Kriegskoller hatte sie alle gepackt.

So sammelten sich in den ersten Tagen sieben Mann, um zu beraten, was gegen den schmachlichen Verrat der S.P.D. getan werden könne.

Der erste Aufruf an das internationale Proletariat von Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin ging in die Welt.

2. Manuskript¹¹

Bericht von Eberlein über die illegale Arbeit des Spartakusbundes 1914-1918

Am 2. August wurde der Krieg proklamiert. Am 4. August stimmte im Reichstag die sozialdemokratische Fraktion für die Kriegskredite und besiegelte damit den Bankrott der Sozialdemokratie.

Anderen Tags saßen sieben Genossen, darunter Rosa Luxemburg und Franz Mehring, in der Wohnung Rosa Luxemburgs, da draußen in der kleinen idyllischen Villenkolonie Südende, und beratschlagten, was in dieser grausigen Situation zu tun sei. Nachdem das erste Entsetzen über den furchtbaren Verrat der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion überwunden war, wurde beschlossen, trotz des Verrats der Sozialdemokratie den Kampf gegen den Krieg zu organisieren und die zu sammeln, die mit uns bereit wären, diesen Kampf zu führen. Hunderte von Telegrammen gingen ins Land an alle, von denen wir glaubten, daß sie mit uns einig gingen, von denen wir annahmen, daß sie bereit waren, mitten im Kriegschaos, mitten im patriotischen Taumel der Massen und trotz des Verrats der Sozialdemokratie mit uns die Fahne des revolutionären Sozialismus aufzupflanzen, den Kampf gegen den Krieg mit uns zu führen. Sie haben alle versagt. Clara Zetkin war die einzige, deren zustimmende Antwort schon anderen Tags eintraf.

Die erste Proklamation ging in die Welt, unterschrieben von den besten Namen der Internationale, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin.

Zwei Tage später tauchten die ersten dunklen Gestalten in den stillen Straßen der kleinen Villenkolonie Südende auf, allmählich wurde die ganze Meute der Kriminalpolizei auf uns losgelassen.

Die Tage der illegalen Arbeit begannen, sie begannen für mich zum ersten Mal.

3. Manuskript¹²

Die ersten Schritte im Aug. 1914 Von Hugo Eberlein

Die Entscheidung der Sozialdemokratie am 4. August 1914 hatte niemand von uns vorausgesehen und niemand für möglich gehalten.

Gewiß, die Differenzen in der sozialdemokratischen Partei bestanden, und sie verschärften sich von Monat zu Monat. Nicht nur die Differenzen zwischen den Revisionisten und Radikalen über die politische Entwicklung und die Taktik der SPD, sondern auch die Dif-

ferenzen innerhalb der Radikalen über die Taktik der Partei verschärften sich zusehends. Sie kamen äußerlich in Erscheinung in den bekannten Debatten über den Massenstreik auf den S.P.D.-Parteitag, in den Konflikten in und um die »Neue Zeit«, wo auf der einen Seite Franz Mehring, Rosa Luxemburg und die Linksradikalen einen erbitterten Kampf gegen Kautsky und den Parteivorstand führten. Daß aber die Radikalen, die immer noch die Mehrheit in der Partei hatten, am 4. August so schmachvoll Verrat am Proletariat und am Sozialismus üben würden, schien unmöglich.

Wir kramten, nachdem der Krieg als sicher vor der Tür stand, die Resolution[en] vom internationalen Kongreß in Stuttgart, von der Friedenskonferenz in Basel hervor, in denen klar und eindeutig festgelegt war, daß die sozialdemokratischen Parteien aller Länder im Falle eines Krieges alle Mittel zu seiner Verhinderung anwenden würden.

Gewiß, die Friedensdemonstration[en] in Berlin bei Kriegsausbruch waren jämmerlich schwach und hohl. Es fehlte ihnen jede Kraft und jeder Elan. Wir machten dem Parteivorstand heftige Vorwürfe, daß er nichts tat, um diese Demonstrationen zu wuchtigen Kundgebungen gegen den Krieg zu gestalten. Nun wurden alle Hoffnungen auf den 4. August, auf die Entscheidungen im Reichstag gelegt, und jeder von uns erwartete, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zu einer wuchtigen Kundgebung gegen den Krieg, zu einem Aufruf an das deutsche Proletariat, sich dem beginnenden Krieg zu widersetzen, kommen würde.

Am 3. August, abends, waren Rosa Luxemburg und ich in einer Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes des Wahlkreises Teltow-Beeskow. Die Sitzung machte einen jämmerlichen Eindruck. Die Groger und Pagels standen hilflos herum und wußten nichts zu sagen.¹³ Rosa drängte den alten Zubeil, damit er über die Beschlüsse der Reichstagsfraktion für morgen berichte. Er machte ein jämmerliches Gesicht und verbarg sich hinter der Schweigepflicht der Fraktion. Wir verlangten Mobilisierung der Massen, Massenversammlungen, Massendemonstrationen gegen den Krieg und Ablehnung der Kriegskredite. Umsonst. Die Leitung verbarg sich hinter dummen organisatorischen Kompetenzfragen.

Die Sitzung verlief wie das Hornberger Schießen.

Auf dem Heimweg erklärte Rosa: »Ich fürchte, die Reichstagsfraktion wird uns morgen verraten. Sie wird sich nur der Stimme enthalten.«

Tags darauf, am 4. August, trat dann die furchtbare Katastrophe ein. Die Sozialdemokratie stimmte für die Kriegskredite. Sie war mit fliegenden Fahnen zu den Nationalisten übergegangen. So schmachvoll war noch nie eine proletarische Partei von ihrer Führung verraten worden. Kein Widerstand gegen den Krieg, keine Mobilisierung der Massen gegen den Krieg, kein Aufruf, kein befreiendes Wort, das Millionen deutscher Arbeiter zum Kampf gegen das furchtbare Verbrechen des Krieges aufgerufen hätte.

Gleich, nachdem die Entscheidung im Reichstag gefallen war, eilte ich zu Rosa. Sie war fassungslos vor Empörung. Keiner empfand die Schmach des Verrats so tief wie sie.¹⁴

Was war zu tun? Rosa sprach zuerst vom Selbstmord als sichtbarsten Protest gegen den Verrat der Partei, als sichtbarstes Warnungs-

13 Groger, Max (1877-1923), bis 1916 Sekretär des sozialdemokratischen Wahlvereins Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg, Mitglied des Zentralvorstandes des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend. Pagels, Alex (1866-?), Kassierer des sozialdemokratischen Wahlvereins für den Wahlkreis Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg.

14 Dieser Satz im Manuskript wurde – offensichtlich später – mit Bleistift durchgestrichen.

signal für die Massen des Proletariats. Wir redeten ihr mit aller Energie solche Absichten aus.

Wir zogen den sofortigen Austritt aus der sozialdemokratischen Partei als wirkungsvollen Protest gegen den Verrat in Erwägung, verwarfen aber auch bald diesen Gedanken, da wir bei der damaligen Stimmung unter den Arbeitern das Auseinanderfliegen der ganzen Partei befürchteten. Dann holte ich noch am Abend die besten uns bekannten Genossen zu einer Besprechung zusammen. Der alte Franz Mehring kam, tobte und schimpfte, wie nur Franz Mehring schimpfen konnte. Es kam unser alter russischer Freund Marchlewski (Karski), es kamen Hermann Duncker, Wilhelm Pieck und Ernst Meyer, und wir einigten uns dahin, sofort alle uns bekannten linksradikalen Genossen, von denen wir überzeugt waren, daß sie mit uns den Verrat am deutschen Proletariat nicht mitmachen würden, zu einer Besprechung zusammenzurufen. Über 300 Telegramme trug ich zur Post. Das Resultat war katastrophal. Clara Zetkin war die einzige, die sofort und uneingeschränkt ihre Zustimmung sandte. Die, die überhaupt antworteten, antworteten in dummen und faulen Ausreden.

Noch am gleichen Abend beschlossen wir die Herausgabe eines Aufrufs an das internationale Proletariat, der, von Rosa Luxemburg, Clara Zetkin, Franz Mehring unterschrieben, wenige Tage später in der ganzen Internationale erschien.

Wir beschlossen, in der Partei zu bleiben, den Kampf gegen den Krieg in der Organisation zu führen und zu organisieren.

Schon in den nächsten Tagen kamen noch ein paar treue Kampfgenossen zu uns, Karl Liebknecht, der schon am zweiten Tage seinen Fehler, sich nur der Stimme im Reichstag zu enthalten, erkannt hatte, Leo Jogiches, der gerade nicht in Berlin war,¹⁵ August Thalheimer, Otto Gäbel aus Niederbarnim, Geithner aus Gotha, die Genossin Duncker, Martha Arendsee und andere. Und dann kamen die »Sympatisierenden«, die Paul Lensch, Bloch, der Redakteur der Leipziger Volkszeitung, Heinrich Ströbel, von denen die ersten beiden nur wenige Tage später restlos Verrat übten, während Ströbel noch einige Zeit an unseren Beratungen als »Sympatisierender« teilnahm.

Und nun begann die Arbeit in der Organisation. Die Funktionäre von Charlottenburg und die Ortsgruppe Mariendorf, sie waren die ersten, die sich rückhaltlos zu uns bekannten.

So war der 4. August 1914 nicht nur der Tag des schmachlichen Verrats der sozialdemokratischen Partei, sondern gleichzeitig der Gründungstag des Spartakusbundes, der seine Arbeit in langen Kriegsjahren und unter den größten und schwersten Opfern unermüdlich fortsetzte, bis aus ihm die Kommunistische Partei und mit ihr zusammen die Kommunistische Internationale erwuchs.

Zehn Jahre revolutionärer Kampf schuf aus dem kleinen Häuflein vom 4. August die große Kommunistische Partei Deutschlands, die heute die gewaltigste und furchtbarste Waffe des deutschen Proletariats im Kampf gegen Reaktion und Kapitalismus, die einzige Stütze des in Not und Elend schmachtenden deutschen Proletariats geworden ist. Und die gerade in diesen Tagen, dem alten Wahlspruch des Spartakusbundes treu, »Die internationalen Interessen des Proleta-

15 Die Passage »Karl Liebknecht, der schon am zweiten Tage seinen Fehler, sich nur der Stimme im Reichstag zu enthalten, erkannt hatte, Leo Jogiches, der gerade nicht in Berlin war« ist in der Quelle am Manuskripttrand eingefügt und in dieser Fassung auch in dem Zeitungsbeitrag von 1924 enthalten. Die Herausgeber der Erinnerungen von 1978 übernahmen nur die Namen Karl Liebknecht und Leo Jogiches und ließen den Namen August Thalheimer weg. Karl Liebknecht hatte am 4. August 1914 aus Fraktionsdisziplin für die Kriegskredite gestimmt; bei der zweiten Kreditvorlage, am 2. Dezember 1914, stimmte er als einziger Sozialdemokrat dagegen.

riats gehen immer den nationalen voraus«, als die zweitstärkste Sektion in der Kommunistischen Internationale ihre revolutionäre Pflicht erfüllt.

Karl und Rosa. Erinnerungen, Dietz Verlag Berlin 1978

S. 46-52, hier S. 46, 49-52.

Hugo Eberlein

Geboren 1887 in Saalfeld, Zeichner, Mitglied der Partei seit 1906, Mitglied der Zentrale des Spartakusbundes und Mitbegründer der KPD. Verstorben 1944.

[Zu den Vorgängen um den 4. August 1914]

... Am Abend des 3. August 1914 ging ich mit Rosa Luxemburg vom »Vorwärts«-Gebäude in der Lindenstraße nach Süden. Unsere Stimmung war sehr gedrückt. Wir kamen aus der erweiterten Vorstandssitzung des Sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Auf der Tagesordnung der Sitzung hatte gestanden: Instruktion für die Parteigenossen über das Verhalten der Partei zum Krieg.

Die Sitzung machte einen jämmerlichen Eindruck. Vom Vorsitzenden hörten wir nur leere Redensarten. Rosa drängte den alten Zubeil, den Reichstagsabgeordneten unseres Kreises, über die Beschlüsse und Festlegungen der Fraktion zu der morgigen Reichstagsitzung zu berichten. Auf der Tagesordnung standen die Kriegskredite. Der Abgeordnete Zubeil machte ein hilfloses Gesicht und berief sich auf die Schweigepflicht der Fraktion. Wir verlangten Mobilisierung der Massen, Massenversammlungen, Massendemonstrationen gegen den Krieg und Ablehnung der Kriegskredite. Umsonst. Die Leitung verbarg sich hinter dummen organisatorischen Kompetenzfragen.

Die Sitzung verlief wie das Hornberger Schießen. Auf dem Heimweg erklärte Rosa: »Wir haben das Schlimmste zu befürchten. Die Reichstagsfraktion wird uns morgen verraten. Sie wird sich nur der Stimme enthalten.«

An eine Bewilligung der Kriegskredite durch die sozialdemokratische Fraktion wollte niemand von uns glauben.

Tags darauf, am 4. August, war die furchtbare Katastrophe eingetreten. Die Sozialdemokratische Partei hatte die Kriegskredite bewilligt. Sie war mit fliegenden Fahnen zu den Nationalisten übergegangen. So schmähschlich war noch nie eine proletarische Partei von ihrer Führung verraten worden. Kein Widerstand gegen den Krieg, keine Mobilisierung der Massen gegen den Krieg, kein Aufruf, kein befreiendes Wort, das Millionen deutscher Arbeiter zum Kampf gegen das furchtbare Verbrechen des Krieges aufgerufen hätte!

Direkt vom Betrieb, gleich nachdem die Entscheidung im Reichstag gefallen war, eilte ich zu Rosa. Sie war fassungslos vor Empörung.

Diese Entscheidung hatte niemand von uns vorausgesehen und niemand für möglich gehalten. Gewiß, Differenzen in der Sozialdemokratischen Partei bestanden, und sie verschärften sich von Monat zu Monat. Sie traten äußerlich in Erscheinung in den Debatten über

den Massenstreik auf den Parteitag, in den Konflikten in und um die theoretische Zeitschrift »Neue Zeit«, wo Franz Mehring, Rosa Luxemburg und die Linken einen erbitterten Kampf gegen Karl Kautsky und den Parteivorstand führten. Daß aber die gesamte Reichstagsfraktion am 4. August schmäählich Verrat am Proletariat und am Sozialismus üben würde, schien unmöglich.

Wir zogen den sofortigen Austritt aus der Sozialdemokratischen Partei als wirkungsvollen Protest gegen den Verrat in Erwägung, verwarfen aber diesen Gedanken bald, da wir in der damaligen Situation das Auseinanderfallen der ganzen Partei befürchteten. Dann holte ich noch am Abend die besten uns bekannten Genossen zu einer Besprechung in Rosa Luxemburgs Wohnung zusammen. Der alte Franz Mehring kam, tobte und schimpfte, wie nur Franz Mehring schimpfen konnte. Es kamen unsere alten Freunde Julian Marchlewski, Hermann Duncker, Wilhelm Pieck und Ernst Meyer, und wir einigten uns, sofort alle uns bekannten Genossen, von denen wir überzeugt waren, daß sie gleich uns den Verrat am deutschen Proletariat nicht mitmachen würden, zu einer Besprechung zusammenzurufen. Über 300 Telegramme trug ich am nächsten Tag zur Post. Das Resultat war katastrophal. Clara Zetkin war die einzige, die sofort und uneingeschränkt ihre Zustimmung sandte. Die wenigen anderen, die überhaupt antworteten, gebrauchten dumme und faule Ausreden. Der Kriegskoller hatte sie alle gepackt.

Wir beschlossen, in der Partei zu bleiben und den Kampf gegen den Krieg in der Organisation zu führen und zu organisieren.

Schon in den nächsten Tagen kamen noch ein paar treue Kampfgenossen zu uns: Karl Liebknecht, Leo Jogiches, Otto Gäbel aus Niederbarnim, Otto Geithner aus Gotha, Käte Duncker, Martha Arendsee und andere.

Wir vereinbarten die Herausgabe einer Erklärung, die, von Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Franz Mehring und Clara Zetkin unterschrieben, am 30. Oktober 1914 in der »Berner Tagwacht« erschien.¹⁶

Und nun begann die Arbeit in der Organisation. Die Funktionäre von Charlottenburg und die Ortsgruppe Mariendorf waren die ersten, die sich rückhaltlos zu uns bekannten.

So war der 4. August 1914 nicht nur der Tag des schmäählichen Verrats der Führung der Sozialdemokratischen Partei, sondern gleichzeitig der Tag des Beginns der Sammlung der wahrhaft internationalistischen Kräfte in der deutschen Arbeiterbewegung, die ihren Kampf gegen den imperialistischen Krieg konsequent fortsetzten.

16 Dieser Absatz ist in dieser Fassung im Manuskript von Eberlein nicht enthalten.

LOTHAR RATAI

In welcher Zeit leben wir?

In was für einer Zeit leben wir bloß? Überall ist diese Frage zu hören. Und wie viele unterschiedliche, oft diametral entgegengesetzte Antworten gibt es darauf.

In einer Zeit des Reformstaus, sagen die einen. In einer der Globalisierung, meinen andere. In einer Wissensgesellschaft, fügen die nächsten hinzu. In einer Informationsgesellschaft, ergänzen wieder andere.

Die »Reformlinken« in der PDS denken, schreiben es aber nicht: Wir leben in der Zeit der »Moderne«. Die »Linken« in der PDS denken, schreiben es aber nicht: Wir leben im Zeitalter des Übergangs von einer kapitalistischen zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Darf man so etwas überhaupt sagen, geschweige denn schreiben, ohne die politische Polizei auf den Hals zu bekommen?

Ich halte es mit dem alten und doch so probaten Spruch: Den großen Bruder studieren – diesmal sind es die USA –, heißt verstehen lernen. Und demzufolge leben wir in einer stinknormalen kapitalistischen Gesellschaft, wie sie Marx und Engels vor 150 Jahren im Kommunistischen Manifest so glänzend beschrieben haben.

Was ist los mit unserer Gesellschaft, dass auf eine einfache und in der Luft liegende Frage derart unterschiedliche Antworten gegeben werden?

Gewiss, wir befinden uns in einer Phase rascher wissenschaftlicher und technischer Entwicklung. Selbstverständlich gibt es damit Veränderungen im Überbau. Altgewohntes verschwindet, sicher Gelaubtes wird unsicher, vor kurzem noch Unvorstellbares wird Wirklichkeit. Aber für einen Ossi sollte das nichts Neues sein, da das Kommunistische Manifest zur Pflichtlektüre einer jeden Ausbildung gehörte. Wer es vergessen hat, lese es erneut. Es lohnt sich überhaupt, Marx zu studieren. Er behauptet: Wollen wir eine Gesellschaft, eine gesellschaftliche Entwicklung verstehen lernen, dann müssen wir ihre materiellen Grundlagen, ihre materielle Entwicklung verstehen lernen. Nehmen wir diese Erkenntnis als auch jetzt noch gültiges Forschungsergebnis, dann liegt eine Antwort auf der Hand: *Wir leben in der Zeit der Ablösung der Fließbandarbeit und damit des Fließbandarbeiters durch die Automatisierung.*

Hält man diese These für richtig, dann verschiebt sich der Blickwinkel auf die Mehrzahl der gegenwärtigen gesellschaftlichen Entwicklungen und der damit verbundenen Probleme erheblich.

Natürlich sind für den Automatisierungsprozess Computer erforderlich, bedarf es hoch entwickelter Informationssysteme, vollzieht

Lothar Ratai lebt in Feldberg (Mecklenburg-Vorpommern). Zuletzt in UTOPIE kreativ: Gedanken zu Otto Lasis: »Woran ist die KPdSU gescheitert?«, Heft 164 (Juni 2004), S. 557-559; und: Gedanken eines gelernten Osis, Heft 129/130 (Juli/August 2001), S. 738-745.

sich dieser Prozess auf der Grundlage einer hohen wissenschaftlichen und technischen Entwicklung. Das Ergebnis all dieser wissenschaftlichen Vorleistungen aber ist die Automatisierung der Fließbandarbeit.

Die Globalisierung ist nicht primäres Charakteristikum unserer Zeit, sondern Ergebnis der fortschreitenden Automatisierung der Produktion. Automatisierung erfordert hohe Stückzahlen und zwingt somit zu grenzüberschreitendem Absatz so lange, bis die Transportkosten den Rationalisierungseffekt aufheben. Wir sollten Ursache und Wirkung nicht durcheinander bringen. Wir können sicher sein: Dieser Prozess befindet sich erst in seiner Anfangsphase und wird weitere Wirtschaftszweige erfassen. Sogar die Landwirtschaft wird von diesem Prozess ergriffen. Für mich als Landwirt war es vor einigen Jahren noch unvorstellbar: In den Niederlanden schreitet die Automatisierung des Melkprozesses der Kühe rasch voran und greift jetzt auf Deutschland über. Sicher geglaubte Arbeitsplätze verschwinden und setzen für die verbleibende »Rest«belegschaft eine hohe Qualifikation voraus.

Zu dieser Entwicklung der materiellen Produktion, der zeitweise sprunghaft steigenden Arbeitsproduktivität, gibt es keine Alternative. Ein Aufbegehren gegen diese Entwicklung gleicht der Maschinenstürmerei vor 150 und 200 Jahren.

Bei allen Diskussionen zu diesem Problem sollten wir uns stets bewusst sein – und das wird von links und von rechts, von rot bis zu schwarz anerkannt: Die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist die einzige die Entwicklung der Menschheit nicht begleitende, sondern jede gesellschaftliche Entwicklung voraussetzende Konstante der menschlichen Geschichte. Steigende Arbeitsproduktivität ist Voraussetzung und Garant für die Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums. Vor ungefähr 10 Jahren fand in San Francisco ein Weltforum statt. Dort wurde prophezeit: In wenigen Jahren wird die materielle Bedarfsdeckung der Menschheit durch 20 % der arbeitsfähigen Gesamtbevölkerung möglich sein. Ganz offensichtlich befinden wir uns auf diesem Weg. Damit aber erweist sich alles Gerede über notwendiges Sparen wegen der Generationengerechtigkeit, der Altersstruktur, ausbleibender Kinder, überbordender Gesundheitskosten usw. als reine Volksverdummung.

In der Geschichte hat es mehrmals ähnlich hohe Produktivitätssprünge in der materiellen Produktion gegeben. Bedingt durch die an diese Entwicklung nicht angepasste Gesellschaftsordnung führte das zumindest anfangs nicht zu einer Anhebung des Lebensstandards der Bevölkerung, sondern zu einer Verelendung breiter Bevölkerungskreise. Es gab damals drei hauptsächliche Wege des Ausgleichs: *erstens* über die Senkung des »überschüssigen« Bevölkerungspotenzials mittels Auswanderung; *zweitens* über eine Exportoffensive; *drittens* über die Entwicklung neuer, Arbeitsplätze schaffender Industriezweige in vorher nicht absehbarer Anzahl und Bedeutung.

Und dann gab es auch: über den Klassenkampf Durchsetzung eines allgemein höheren Lebensstandards.

Kann man aus der Geschichte Vergleiche, Lehren ziehen für die Lösung der gegenwärtigen Probleme?

Mit der *Auswanderung von Arbeitskräften* ist in der Gegenwart sicher kein Arbeitsplatzproblem zu lösen, weder in den Entwicklungs-

ländern noch den Industrieländern. Für die Entwicklungsländer bedeutet diese nicht vorhandene Möglichkeit ein erschwerendes Element in ihrer Entwicklung gegenüber den europäischen Ländern am Anfang ihrer Industrialisierung. Ich war vor einigen Jahren in indischen Großstädten in einheimisches Gewand und Aussehen geschlüpft, um das Leben ungestört beobachten zu können. Unvorstellbar, was passiert, wenn sich in so einem Lande die Technisierung, geschweige denn die Automatisierung in breitem Umfange durchsetzt. Was soll aus den dann »frei«gesetzten Menschenmassen werden, die jetzt zwar ein Hungerdasein fristen, dann aber überhaupt kein Einkommen mehr haben?

Bedingungslose Exportinitiativen sind für linke Bewegungen mit großen Schwierigkeiten behaftet. Der Güteraustausch zwischen technologisch etwa gleich entwickelten Ländern befruchtet die Entwicklung insgesamt. Der bedingungslose Warenexport in Entwicklungsländer behindert oder ruiniert in der Mehrzahl der Fälle die wirtschaftliche Entwicklung dieser Länder. Ein krasses Beispiel stellt das Indien der Kolonialzeit dar. Nach der Eroberung Indiens hat es nur weniger Jahrzehnte bedurft, um die einst blühende Metallurgie und Textilindustrie zu zerstören. Die Beispiele ließen sich beliebig erweitern. Klassensolidarität und Verständnis für die Probleme dieser Länder sollte Linken im Blut liegen. Mit Exportoffensiven wird sich das Arbeitslosenproblem sicherlich nur in beschränktem Umfang lösen lassen, und linke Bewegungen sollten die vorgetragenen Bedenken niemals außer Acht lassen.

Die in einem Industriezweig wegrationalisierten Arbeitsplätze sind im vergangenen Jahrhundert immer wieder durch *neu entstehende Industrien* ausgeglichen worden: Industriezweige, die sich auf der Grundlage neuer Erkenntnisse von Wissenschaft und Technologie entwickelt haben. Solche Neuentwicklungen sind über einen längeren Zeitraum nicht planbar oder prognostizierbar. Sie sind planbar lediglich über einen Zeitraum kumulativer bzw. quantitativer Entwicklung von Wissenschaft und Technik. Diese »ruhigen« Perioden werden aber in immer rascherer Folge abgelöst von quantitativen Sprüngen, die prinzipiell nicht vorhersehbar sind. Nur: In der Gegenwart und mit Sicherheit noch mehr in der Zukunft werden sich neue Industrien auf höchstem wissenschaftlichem und technologischem Niveau entwickeln, und das heißt: Hand- und Bandarbeit wird es nicht geben. Es wird also auf diesem Gebiet in der Zukunft nur geringe Entlastungen des Arbeitsmarktes geben. Und während eines zu erwartenden konjunkturellen Aufschwunges wird es wohl einen zeitweiligen Stopp des Abbaus von Arbeitsplätzen geben, aber zu einem durchschlagend höheren Arbeitsplatzangebot wird es auch während einer solchen konjunkturellen Phase nicht kommen.

Es bleibt also der *Klassenkampf*. Es bleibt also der Klassenkampf der Arbeitslosen für ein menschenwürdiges Leben, der Kampf der Belegschaften für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze. Bleibt harter Klassenkampf für den Erhalt bereits einmal erkämpfter sozialer Sicherungen, harter Klassenkampf für die Verbesserung sozialer Sicherungen, harter Klassenkampf für die Teilhabe an der Möglichkeit wachsenden Wohlstandes.

Das ist nicht einfach und das wird nicht einfacher werden. Denn die Werkleitungen können tatsächlich die Belegschaften erpressen mit der Drohung des Abbaus von Arbeitsplätzen. Sie können tatsächlich Arbeitsplätze in großem Umfang abbauen und durch Automaten ersetzen. Und Automatisierung wird gegenwärtig oft nicht konsequent bis zum Ende durchgeführt, weil man soziale Unruhen vermeiden will, die nicht nur einen Betrieb, sondern ganze Regionen destabilisieren können. Dagegen ist die Drohung, die Erpressung gegen kampfbereite Belegschaften: Lohnabbau oder Verlagerung der Produktion in Billiglohnländer häufig Bluff. Eine weitgehend automatisierte Produktion setzt eine hoch entwickelte Infrastruktur voraus und eine hoch qualifizierte Belegschaft. Und daran gerade mangelt es doch in den Entwicklungsländern.

Angedrohte Produktionsverlagerungen in die neuen EU-Länder hingegen sind für linke Bewegungen und Gewerkschaften ein schwieriges Problem. Bewahrung und Ausbau der Industrie dieser Länder ist im europäischen Rahmen unumgänglich. Ganz Europa würde erheblichen Problemen gegenüber stehen, ginge man mit der industriellen Basis dieser Länder genau so um wie mit der Industrie der DDR. Neben rein ökonomischen und politischen Bedenken sollte für linke Bewegungen und Vertretungen die Klassensolidarität eine Rolle spielen. Keine Gewerkschaft sollte das außer Acht lassen. Es ist einer der großen Mängel der EU-Verfassung, dass die erforderliche soziale Funktion der EU völlig unterbelichtet bleibt. Die Mängel der EU-Verfassung müssen im praktischen Klassenkampf ausgeglichen werden.

Fasst man zusammen, dann kann es im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit und den Abbau sozialer Sicherungen nur *ein* Mittel und ein Ziel geben: *Verkürzung der Arbeitszeit bei Beibehaltung des bisherigen Lohnniveaus.*

Das ist im Grunde genommen kein Lösungsvorschlag, der über die Gesellschaftsordnung hinaus weist; im Gegenteil, er würde die gegenwärtige gesellschaftliche Entwicklung stabilisieren. *Es wäre aber der geforderte »Ruck«, der durch die Gesellschaft gehen soll,* um aus dem Knäuel an Widersprüchen heraus zu finden.

Wahrscheinlich wird dieser »Ruck« illusorisch bleiben, unmöglich aber ist er durchaus nicht. Als geschichtliches Beispiel sei an die große Depression in den 30er Jahren des vergangenen Jahrhunderts erinnert. Die Geschichte zeigt uns drei reale Reaktionsmöglichkeiten auf: In *Deutschland* führte sie zum Faschismus und legte damit die Grundlage zum 2. Weltkrieg. In *Frankreich* führte sie zu einer Volksfrontregierung, die eine Faschisierung verhinderte. In den *USA* führte sie zum *New Deal*, der schwere soziale Unruhen verhinderte. Damit wurde eine der Grundlagen für die gegenwärtige Weltherrschaft der USA geschaffen.

Es zeigt sich an diesem Beispiel sehr deutlich, dass wir Menschen doch über erhebliche Eingriffsmöglichkeiten in den Gang der Geschichte verfügen, solange wir Grundgesetze einer gegebenen Gesellschaftsordnung nicht verletzen.

Wenn man bedenkt, dass gegenwärtig in der wirtschaftlichen und politischen Praxis gerade die Verlängerung der Arbeitszeit in all ihren Formen für eine prosperierende Wirtschaft empfohlen und

auch durchgesetzt wird, kann man sich über das Ausmaß an Verdummung nur wundern. Natürlich spürt die Jugend, dass hier keine ehrlichen Antworten gegeben werden. Mich haben vor zwei, drei Jahren im Zettelkasten des Neuen Deutschland einige Zitate von Gabriele Wohmann berührt, z. B.: »Wie es aussieht, nimmt ein erheblicher Teil der Jugend an einem die Gesellschaft durchziehenden Resignationsprozess teil. Es mutet schon gespenstisch an, wie es der radikale Neoliberalismus fertig bringt, seine Prinzipien so in den Seelen zu verankern, dass viele seiner Opfer selbst *dann* für ein Wirtschaftswachstum mitfiebern, wenn dessen Gewinne zu *ihren Lasten* nur einer Wohlstandsschicht zufließen. Will man diese Selbstaufopferung der Schwächeren für die Stärkeren etwa auch als Solidarisierung bezeichnen, so wäre das eine, die paradoxerweise von unten nach oben verläuft. Die Benachteiligten fühlen sich mitverantwortlich, das von oben bewirkte Auseinanderbrechen der Gesellschaft zu verschleiern, indem sie die steigenden Unternehmergewinne und die explodierenden Dividenden, von denen für sie nichts abfällt, in einer selbstentfremdenden Identifizierung mit den Mächtigen hinnehmen. Im Übrigen ist die Bedeutungsverschiebung des Solidaritätsbegriffes längst gelaufen. Gemeint ist oft nicht mehr der Zusammenhalt der Arbeiterschaft bzw. der sozial Unterprivilegierten, auch nicht mehr die Compassion für die Schwächeren, sondern vereinnahmt haben inzwischen den Begriff die Chefs, die Fraktionsführer, die Trainer, die von oben her Solidarität mit dem Betrieb, mit der Fraktion, mit der Vereinsführung einfordern. Sie sind es, die Solidarität verlangen, damit aber praktisch Gehorsam meinen« (nach Die Welt vom 23. 2. 1998).

Bei der Suche nach Antworten gleitet ein Teil der Jugend nach rechts. Für den Teil der Jugend, der linke Antworten sucht, stellt Hugo Braun, führendes Mitglied bei Attac und dem Sozialforum fest: »Die Attraktivität des Forums für die nach Alternativen Suchenden scheint ungebrochen. Neu und von kaum zu überschätzender Bedeutung war die breite Einbindung der Gewerkschaften in diesen Prozess. Mit ihnen könnte diese Bewegung die Chance erhalten, sich zu einem gesellschaftsverändernden Faktor in Europa zu entwickeln, der die Logik des Kapitals aufheben könnte« (Neues Deutschland vom 12. 11. 2004).

Da fangen die Irrtümer schon an. Man kann die Logik des Kapitals nicht aufheben, wohl aber durch Klassenkampf begrenzen. Für diese Möglichkeit gibt es eindrucksvolle geschichtliche Beispiele, wie etwa die Entwicklung Deutschlands zwischen 1870 bis 1910. Die machtvolle Dualität zwischen Links und Rechts hat mit zu dem raschen Aufstieg Deutschlands zu einer Wirtschafts- und Wissenschaftsmacht geführt. Und der Aufstieg der alten BRD als Schaukasten gegen den Osten hat mit der Entwicklung des »Rheinischen Kapitalismus« nicht nur zu einer Wirtschaftsblüte geführt, an die sich die Regierungskreise mit Wehmut erinnern, sondern auch zu sozialen Sicherungen für die Arbeitnehmer, an die diese sich ebenfalls mit der gleichen Wehmut erinnern.

Ich denke mir: Eine der Hauptaufgaben linker Parteien und Bewegungen sollte sein, gegen diese Resignation und gegen diese Verdummung mit theoretischen Diskussionen anzugehen. Mit Wehmut

erinnere ich mich an die großen Kongresse und Diskussionen in Berlin, Hannover, Dortmund und Wuppertal Anfang der 90er Jahre, wo wir uns zu drängenden Fragen unserer Zeit verständigt haben. Wie Mehltau hat sich über die theoretischen Diskussionen in und außerhalb der Partei die Meinung gelegt, die Lothar Bisky auch auf dem letzten Parteitag wieder geäußert hat: »Ideologische Grabenkämpfe oder interne Streitereien machen die PDS als politische Kraft letztlich überflüssig.« Diese Zeit hitziger Diskussionen war aber die Zeit des Aufstiegs der PDS bis zum Einzug in den Bundestag in Fraktionsstärke. Wir sollten solche Diskussionen wieder aufnehmen. Es ist viel zu schade um viele Artikel in »UTOPIE kreativ«, als dass sie in der Ablage der Redaktion verschwinden dürften. Wir sollten anknüpfen an Artikel wie Jochen Ebel und Berthold Kühn: Reduzierung der Arbeitslosigkeit durch Verkürzung der Arbeitszeit, in Heft 155 (September 2003), S. 819-829; Klaus Müller: Das neoklassische Lohn- und Beschäftigungsmodell – Kritik seiner wirtschaftspolitischen Ableitungen, in Heft 148 (Februar 2003), S. 159-168; Norbert Reuter: Die Wachstumsoption im Spannungsfeld von Ökonomie und Ökologie, in Heft 136 (Februar 2002), S. 131-144. Und wir sollten mit Alfred Granowski über sein neues Buch »Weg aus der Orientierungslosigkeit« streiten.

Streiten wir uns!

ULRICH BUSCH

Von der »Roten Fahne« zur »Financial Times«

Zum Tode von Günter Reimann (1904-2005)

Es war nicht einfach, das Haus von Günter Reimann in New York zu finden. Es liegt in einem Vorort im Süden der Metropole, fernab vom Lärm der Großstadt, von den Geschäften und vom Verkehr, mitten im Grünen, in einer Siedlung für gut situierte Rentiers, Pensionäre und Besserverdienende. Ein schönes Anwesen inmitten einer Parklandschaft, umgeben von Bäumen, Wiesen und Seen. Es gibt dort weder Fußwege noch Gartenzäune. Auch keine Wegweiser. Wir mussten uns durchfragen bis zu unserem Ziel – meine Frau, meine Tochter und ich. Das Wetter war herrlich an jenem Frühlingstag des Jahres 2000. Schließlich fanden wir das Haus, wurden freundlich empfangen, tranken Kaffee, hörten die Vögel zwitschern und lauschten den Erzählungen eines Mannes, der das 20. Jahrhundert in sich trug. Das ganze Jahrhundert!

Am 13. November 1904 in Angermünde in Brandenburg als Hans Steinicke geboren, erlebte Reimann seine Kindheit noch unter Wilhelm II. Seine Jugend verbrachte der Sohn wohlhabender jüdischer Kaufleute in Berlin. Während der Nachkriegsjahre engagierte er sich in einer radikal-pazifistischen Jugendorganisation. 1923 trat er dem kommunistischen Jugendverband bei, schließlich der KPD. Er änderte seinen Namen und nannte sich von nun an Günter Reimann. Bereits als Student der Wirtschaftswissenschaften an der Berliner Universität und der Handelshochschule verfasste er eigenständige Artikel und Arbeiten zu ökonomischen und politischen Themen. Von 1925 bis 1930 wirkte er als Redakteur der »Roten Fahne«, des Zentralorgans der KPD. 1932 reiste er als Sonderbeauftragter der Kommunistischen Internationale in die Sowjetunion. Hier unterstützte er Bestrebungen, Stalin zu entmachten und Bucharin an die Macht zu bringen. Nach dem Scheitern dieses Vorhabens wandte er sich von der KPD ab und ging zunehmend auf Distanz zum sowjetischen »Staatskapitalismus«. 1933 flüchtete Reimann über Prag und Wien nach Frankreich, dann nach England. 1938 emigrierte er in die USA, wo er als Publizist und Buchautor tätig wurde. Nach dem Zweiten Weltkrieg schuf er sich mit der Gründung der Wochenzeitschrift »International Reports on Finance and Currencies« eine neue Existenz. Das Unternehmen wurde vor dem Hintergrund des Zusammenbruchs der traditionellen Informationssysteme der Finanzmärkte und deren Neuordnung durch die Beschlüsse von Bretton Woods (1944) eine wahre Erfolgsstory. Innerhalb weniger Jahre wurde die Zeitschrift zu einer der wichtigsten Informationsquellen der internationalen Finanzwelt. Reimann

»Die sogenannte ›Wiedererziehung‹ der Deutschen durch die Siegermächte in Ost und West war eine große Investition, für die die Deutschen bezahlen mußten, nicht nur materiell, sondern auch intellektuell mit geistigen Wirkungen. Sie werden verheerend sein, wenn wir nicht den Grund und das Wesen der ›Wiedererziehung‹ erkennen. Sie galt nicht der Austilgung des Geistes des Faschismus. Sie sollte verhindern, daß wir selbständig, aus eigenen Kräften die besten Traditionen der revolutionären Arbeiterbewegung aufnehmen und neu entwickeln. Die große Furcht bei den Strategen, die Roosevelt berieten, und auch bei Stalin war, daß der Zweite Weltkrieg enden würde wie der Erste, mit einer revolutionären Arbeiterbewegung, die damals besiegt wurde.«
Günter Reimann: 1945 – Alternativen und Perspektiven, in: UTOPIE kreativ, Heft 59 (September 1995), S. 52.

Per Jacobsson (IWF-Direktor in den sechziger Jahren) »wußte, daß der Neoinflationismus nur zu verhindern war, wenn die sterilen Geldkapitale für Beschäftigungsinvestitionen mobilisiert werden konnten. Sonst würde sich die Krise der dreißiger Jahre wiederholen. Aber diese Pläne fanden kein Gehör bei den keynesianischen Beratern des amerikanischen Präsidenten. (...) Ich nehme auf diese Erfahrungen Bezug, weil sie auf die ungelösten Probleme unserer Zeit hinweisen. Es gibt keine keynesianische Lösung. Dem keynesianischen Inflationismus wird stets die deflationistische Krise folgen. Ich stimme mit Per Jacobsson darin überein, daß ein dritter Weg der Krisenlösung gefunden werden muß. Dieser Weg liegt jedoch mit einiger Sicherheit außerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung.«
 Günter Reimann: Fünfzig Jahre Internationaler Währungsfonds – Eine doppeldeutige Geschichte, in: UTOPIE kreativ, Heft 49 (November 1994), S. 24.

führte das Journal bis 1983, um es dann mit Gewinn an die »Financial Times« zu verkaufen.

Nicht ohne Stolz präsentierte sich Günter Reimann uns gegenüber als erfolgreicher amerikanischer Geschäftsmann. Er verwies aber auch auf seine Bücher und Artikel als etwas, was bleiben wird. War er doch einer der ersten, die erkannt hatten, dass das Stalinsche Gesellschaftsmodell eines »Staatskapitalismus« mit dem Sozialismus von Marx und Engels nicht viel zu tun hatte und dass es dem westlichen Kapitalismus in der globalen Auseinandersetzung ökonomisch unterliegen würde. Reimann ist in seinem Leben viel gereist. Er besuchte auch eine Reihe Länder des ehemaligen Ostblocks, nicht aber die DDR. Hier galt er bis 1989 als »Unperson« und hatte Einreiseverbot. Anhand von Dokumenten und Briefen zeigte er uns, wie die SED-Führung bestrebt war, ihn bis zuletzt »draußen« zu halten und seinen Anteil an den Klassenkämpfen der 20er und 30er Jahre totzuschweigen. Erst nach der »Wende« war es ihm vergönnt, wieder in seine alte Heimat zu reisen und den Menschen in Ostdeutschland Begebenheiten aus seinem langen und ereignisreichen Leben zu erzählen. Dabei beließ er es jedoch nie. Auch in dem Gespräch mit uns ließ er es sich nicht nehmen, die Zukunft vorherzusagen. So prophezeite er den Untergang Deutschlands als Nationalstaat und die Entstehung eines Vereinigten Europa schon in naher Zukunft. Die Einführung der gemeinsamen Währung sei der entscheidende Schritt dazu gewesen. Alles andere würde bald folgen. In Bezug auf die USA zeigte Reimann sich weniger skeptisch als wir. Auch erblickte er in den krisengeschüttelten Finanzmärkten keine wirkliche Gefahr für den Weltfrieden. Eher in der Armut der Dritten Welt und der Knappheit strategisch wichtiger Ressourcen wie Wasser, Erdöl und Gas.

Ein langes Leben ist nicht immer zugleich ein reiches und erfülltes Leben. Dieses hier war es. Von uns danach gefragt, was er sich noch wünsche, antwortete er im April 2000, in Frieden 100 Jahre alt zu werden. Auch dieser Wunsch ist in Erfüllung gegangen. Günter Reimann starb am 5. Februar 2005 in Manhasset bei New York, drei Monate nach seinem 100. Geburtstag.

Mit »UTOPIE kreativ« war er bis zuletzt eng verbunden. 1994 nahm er an einer wissenschaftlichen Veranstaltung in Berlin teil. Beiträge von Günter Reimann sind in den Heften 15 (November 1991, »Gorbatschow im Schatten von Bucharin«), 49 (November 1994, »Fünfzig Jahre Internationaler Währungsfonds – Eine doppeldeutige Geschichte«) und 59 (September 1995, »1945 – Alternativen und Perspektiven«) erschienen.

Anzeige Junge Welt in der Print-Ausgabe

WOLFGANG SABATH

Festplatte. Die Wochen im Rückstau

Wolfgang Sabath – Jg. 1937,
Journalist und Autor, Berlin.

Wer nicht glaubt, daß Erinnern Macht ist, und zwar zu allen Zeiten, ist naiv. Oder er lügt sich in die Tasche. Besonders nach gesellschaftlichen Umbrüchen gehören Rangeleien um Deutungshoheiten zum politischen Tagesgeschäft. So ist denn auch die Überschrift des *Tagesspiegels* über dem Bericht von einer Konferenz der *Konrad-Adenauer-Stiftung* in Budapest *Erinnern ist Macht* widerspruchlos zu akzeptieren. Der Bericht machte unter anderem deutlich: Auch in Budapest sind natürlich die Relativierer zugange. Ungarisches Relativieren geht dem *Tagesspiegel*-Bericht zufolge unter anderem so: »Es vergiftet Europa, dass wir nur von Auschwitz reden.«

Das sagte die Leiterin des Budapester *Terrorhauses*, des Antikommunismus-Museums sozusagen, Maria Schmidt. Der ungarische Part auf dieser Tagung muß – nach dem Artikel von Caroline Fetscher – teilweise haarsträubend gewesen sein. Das verwundert insofern nicht, als im *Terrorhaus* beispielsweise die Kollaboration der Ungarn mit den deutschen Faschisten kaum vorkommt. Caroline Fetscher schreibt sarkastisch: »Guten Grund gibt es ja, vergessen und verdrängen zu wollen Ungarns Holocaust, die Kollaboration mit dem Genozid des ›Dritten Reiches‹ blieb beispiellos in Europa.« An anderer Stelle heißt es: »Wer in Ungarn Geltung haben will, sollte derzeit möglichst katholisch und patriotisch daherkommen. Europa erscheint hier als die Chance schlechthin, die Landkarte der Erinnerung neu zu zeichnen – und erneut zu verzerren.« – Da kann ich nur sagen: Willkommen im Club, Magyaren!

Kommen wir zur Gewerkschaft. Ich kann es drehen und wenden, wie ich will, bei Gewerkschaft fällt mir immer zuerst Frau Flinz ein, Sie wissen schon: »Du bist langsam, du gehst in die Gewerkschaft!«

Zugegeben, das ist nun wahrlich der Schnee von vorgestern, mindestens. Doch auch aus anderen Gründen sind die alten Wahrheiten heute nicht mehr gültig, auch die Gewerkschaft braucht heute (eigentlich ...!) die Schnellen und die Fixen. Und vor allem die, die es mit der sogenannten Augenhöhe haben. Mit diesem Wort hatte einmal vor vielen Monaten die Berliner ver.di-Funktionärin Stumpfenhusen den Spruchbeutel der Funktionäre bereichert; damals war es um das hohe Gehalt gegangen, das ihr zuerkannt worden war. Sie hatte es damit verteidigt, daß sie doch mit den Bossen auf gleicher Augenhöhe verhandeln müsse. Irgendwelche Konsequenzen? Natürlich nicht. Doch ich behaupte mal, was ein rechter Gewerkschafter ist, der denkt selbstverständlich nicht immer zuerst an sich. Ein schönes Beispiel für ein zutiefst solidarisches Grundverständnis lieferte uns im Berichtszeitraum zum Beispiel die Gewerkschaftsführerin Margret Mönig-Raane, die auch Vorsitzende des *Verbandes der Angestellten-Krankenkassen* (VdAK) ist. Als ruchbar wurde, daß sich die Vorstände von Krankenkassen satte Gehaltserhöhungen bis zu 20 Prozent genehmigt hatten, die Versicherten aber immer noch auf die angekündigte Senkung der Beiträge warteten, befand Kollegin Mönig-Raane: »Die Erhöhungen für die Vorstände stehen in der normalen Bandbreite von Gehaltserhöhungen.«

Wie wir an diesem Beispiel sehen, haben auch die Gewerkschaften inzwischen eine beträchtliche Bandbreite – wenn Sie wissen, was ich meine. Sicher, die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder nimmt immer mehr ab (wie Pressemeldungen im gleichen Zeitraum zu entnehmen war); aber vielleicht läßt sich ja dieser Verlust durch Bandbreite wettmachen. Und vielleicht wird ja in Deutschland, deren Gewerkschaftsführer Sommer die Proteste gegen Hartz IV für eingestellt erklärt hat, die Zahl der Mitglieder immer unwichtiger? Und wenn die Zahl eines Tages so klein geworden sein wird, daß die Gehälter der Gewerkschaftsoberen durch die Mitgliedsbeiträge nicht mehr garantiert werden können, dann springt vielleicht der Staat ein. Wer Bischöfe alimentiert, der kann doch auch Gewerkschaftsführer unterstützen. Na gut, das dauert noch ein bißchen.

Was ich Sie noch fragen wollte: Hamse nich 'ne Peh de ess jesehn? Ach so, nur gehört von ihr. Wo, in Porto Alegre? Aha.

Aber nun wollen wir mal nicht ungerecht sein, immerhin kam die PDS im Berichtszeitraum dreimal in allen Medien vor, davon einmal positiv (in ungeordneter Reihenfolge): 1: Der Parteivorsitzende macht Urlaub in Neuseeland, 2: Der mecklenburgisch-pommersche PDS-Arbeitsminister echauffiert sich über ein PDS-Plakat, weil auf ihm unter dem Bild des Kanzlers der Satz steht »Arbeitslosigkeit hat ein Gesicht«, 3: Die Berlin-PDS will (klammheimlich, um die Koalition nicht zu gefährden) einen Parteitagsbeschluß zur Europa-Verfassung unterlaufen. Doch ganz ohne Ranking geht ja heutzutage kaum noch etwas, also: Ein Institut befragte Berliner Bürger nach Stadtpolitikern, es ging darum, deren Bekanntheitsgrad herauszufinden. Einen Stefan Liebich kannten nur vierzig Prozent der Befragten. Ob das gut ist, weiß ich nicht, und wofür das gut ist, schon gar nicht.

Das war sie: die 100. Festplatte. Der Autor bedankt sich bei der geduldigen Leserschaft und verspricht, auch künftig in seinen Texten das große I nur dort zu verwenden, wo es hingehört.

Hans Klein:
In eine neue Zukunft. Dokumente
einer Hoffnung, Martin-Luther-
Verlag Erlangen 2004, 245 S.

In Heft 169 von UTOPIE kreativ (November 2004) habe ich aus eigener Kurzzeitbeobachtung und Lektüre auf Tendenzen im rumänischen Siebenbürgen hinzuweisen versucht. Der jetzt anzuzeigende Sammelband ist aus ganz anderem Holz geschnitzt: In ihm vibriert noch der Atem des Tages, und oft meint man sogar Atemlosigkeit angesichts gesellschaftlicher Probleme zu spüren. Dabei nennt der Verf. seine zu sehr unterschiedlichen Anlässen konzipierten Aufsätze, Analysen, Betrachtungen und Reden »Dokumente der Hoffnung« und drückt damit auch seinerseits einen neuen Abschnitt der Äußerungen zu Siebenbürgen/Transsilvanien aus. Denn die bislang vorherrschende depressive Berichterstattung folgte weitgehend dem Schema: Blütezeit der Siebenbürger Sachsen – Unterdrückung – Auswanderungen in die BRD – Verzweiflung und Sterben der Zurückgebliebenen. Mittlerweile melden sich selbstbewusste Stimmen aus den Reihen der einheimischen »Sachsen«, unterstützt von Erfahrungen optimistischer Realisten aus der Gruppe von Neusiedlern.

Zu den selbstbewussten Stimmen derer, die sich vor Jahren für das Bleiben in der Heimat und ihrer Kultur in Rumänien entschieden haben, gehört Hans Klein, Professor für neutestamentliche Exegese am Theologischen Institut der Evangelischen Kirche in Sibiu/Hermannstadt und ehrenamtlicher Stadtrat des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien (DFDR). Seine Hoffnung, die ihn vor 1989 zum Bleiben und heute erst recht zum Kampf für soziale Gerechtigkeit inspiriert, legt sich nicht als allgemeiner Schleier über allgemeine Verhältnisse, sondern wirkt in konkreten Situationen: Vor 1989 »in der Resignation«, danach »gegen den Augenschein«, und nach 1993 nennt der Verfasser sie »begründet«, ab 1998 »gefestigt«. Für die einzelnen Phasen legt er seine Reflexionen über die Jahre hin als Zeitdokumente vor.

Damit gibt es nun eine der wenigen Analysen zum Weg der deutschen Minderheit, die

deren traditionsreiche Vergangenheit voraussetzt, aber nicht verklärt, und die Jahre seit 1989 nicht allein als Katastrophe beschreibt, sondern die geschichtliche Überlieferung ebenso wie die politische und kulturelle Gegenwart anerkennt und selbstkritisch reflektiert.

Der Putsch von 1989 war eben der Putsch und nicht die Revolution der sozialen Gerechtigkeit. Aus all dem entwickelt der Verf. realistische Orientierungen für die Zukunft. Mir fällt kein aktuelles Beispiel aus der mitteleuropäischen samt deutschen akademischen Theologie ein, an dem die biblische Tradition so notwendig zum Tage politisch in Erscheinung tritt wie hier im Südosten Europas. Da präsentiert er sich mit seinem »Völkchen«, wie es umgangssprachlich oft im Lande heißt, in einem Gebrauchstext vor 1989 als »todkranken Siebenbürger«: »Ich weiß, ich bin todkrank, / die meisten um mich herum wissen es auch / und machen sich die Rechnung.«

Im Jahre 2000 veröffentlicht er intern kirchlich »Ein Ereignis, das unseren Weg bestätigt«: »Seit dem 18. Juni 2000 hat Sibiu-Hermannstadt (so auf den Ortsschildern seit einigen Wochen) in Klaus Werner Johannis einen evangelischen Bürgermeister.« Das ist nicht der Anfang eines neuen Nationalismus und Klerikalismus, sondern der Dank an Rumänen und andere Nationalitäten, die dem Vertreter einer Minderheit von 1 % mit ihr gemeinsam 70 % der Stimmen gaben. Als derselbe Kandidat am 6. Juni 2004 mit 88,6 % der Stimmen wiedergewählt wird, weiß der Verfasser um die Ambivalenz des Ereignisses, aber auch um die Eindeutigkeit des Vertrauens, und deutet das für ihn kaum fassbare Ergebnis im Kontext der vergangenen Zeit: »Nachdem wir über viele Jahre hinweg viele Freunde, Bekannte und Verwandte verloren haben, haben wir in einer Nacht sehr viele Freunde, Schwestern und Brüder erhalten. Jetzt müssen wir die uns anvertrauten Gaben zum Wohl der Vielen einsetzen.« Das ist derselbe Geist, der einst die Mauern der Kirchenburgen um ein Stück abtragen und aus den Steinen Schulen bauen ließ, weil Bildung die beste Verteidigung ist. So kann der Verf. auch schon einmal feststellen, dass sich der Einsatz »gelohnt« habe. Dabei mag es in seinen Ohren noch nachgeklungen haben, was die 5000 Demonstranten ihm 1990 am Großen Ring in Sibiu zuriefen, als er

einige Sätze gesprochen hatte: Nu plecați, geht nicht weg!

Die Zukunft liegt nicht in nationalkultureller Selbstabschottung, auch nicht in deutscher Ordnung und Pünktlichkeit, sondern in dem Einsatz aller für die Gesellschaft aller in Rumänien. Eine Aufgabe, die eine Minderheit eben allein gar nicht anpacken kann, lernt die Leserschaft von dem Autor. Neben seinen historischen, soziologischen und exegetischen Analysen, die ihn als einen Kenner seines Landes und des Standes seines Wissenschaftsgebietes ausweisen, sind es immer wieder Überprüfungen der kirchlichen Organisationsformen, Alltagserfahrungen und Gebrauchstexte, die die Lektüre zum Teil atemberaubend machen. Die analytische Kraft des Verfassers wird ihm gewiss auch prüfen lassen, was die von ihm kurz als zukunftsfruchtig gedeutete Integration in NATO (2004) und EU (2007) wirklich für Rumänien bringen kann. In einem im Band publizierten Vortrag zu Europa hatte er 2003 in Deutschland gesagt: »An einem Punkt scheint mir bereits die Seele Europas sichtbar geworden zu sein: in dem ›Nein!‹ zum Irakkrieg.«

JENS LANGER

Eric Hobsbawm: Gefährliche Zeiten. Ein Leben im 20. Jahrhundert, Carl Hanser Verlag München 2003, 504 S. (24,90 €).

Mit seiner Autobiografie legt Hobsbawm einen Bericht über ein wahrlich biografiewürdiges Leben dar. Denn Hobsbawm ist nicht nur einer der weltweit bedeutendsten Historiker oder Schlüsselfigur der – mittlerweile alten – Neuen Linken in Großbritannien. Nein, er ist vor allem ein Mensch, dem auch so viel Untypisches widerfahren ist, dass eine großangelegte Aufarbeitung angezeigt scheint. Und doch wird der Leser nach 500 Seiten *auch* mit einem unbefriedigten Gefühl entlassen. Vielleicht, weil der deutsche Titel »Gefährliche Zeiten« mehr Spannung verspricht als der des englischen Originals »Interesting Times«.

In dreiundzwanzig Kapiteln beschreibt Hobsbawm diese Zeiten, die beides waren, in halb-

wegs chronologischer Folge, aber auch thematisch gegliedert.

Am spannendsten gelingt ihm die Beschreibung der ungewöhnlichen Kindheit. Geboren in Alexandria, aufgewachsen als englisches Kind in Wien und Berlin – es ist erstaunlich, von diesem Kosmopolitismus zu lesen, dem trotz oft widriger Umstände scheinbar problemlosen Wechsel zwischen Städten und Ländern. Spannend ist es, wie dieser kleine Junge die letzten Auseinandersetzungen um die Weimarer Republik und deren Ende miterlebt und zum Kommunisten wird. Spannend sind auch andere »Zeiten«, deren Zeuge Hobsbawm war, wie die der nationalistischen Exzesse in seinem Rückzugsgebiet in Wales. Doch gerade in den Beschreibungen der wohl noch besser erinnerten Jahre verliert sich der Autor – und mit ihm der Leser – allzu oft in nebensächlichen Beschreibungen, kleinen Details, unwichtigen Lebensläufen, nicht enden wollenden Darstellungen eines Urlaubsortes. Dem stehen aber auch feine Milieuskizzen gegenüber.

Eine große Schwäche des Buches ist die Selbst-Analyse des Kommunisten Hobsbawm. Immer und immer wieder wird die »politische Arbeit« erwähnt. Doch worin, außer im Besuch von Treffen, diese bestand, erfährt der Leser nicht. Und was genau macht den Kommunisten Hobsbawm aus? Man erfährt von Begeisterung, Faszination. Aber auch: »Der Kommunismus ist heute tot.«

Dieser Satz bringt eine im ganzen Buch offene, aber nie beantwortete Frage auf den Punkt: War der Kommunismus für ihn je etwas anderes als die Partei, der Realsozialismus, die ominöse »politische Arbeit«? Hat Kommunismus für ihn auch etwas mit Utopie zu tun? Mit konkreten Zielen? Gar mit eigenen Bedürfnissen? Oder war er nur Halt gebende Heilsgewissheit? Das ist leider nicht zu erfahren. Und auch nicht, woran es liegt, dass einer der großen Intellektuellen trotz Stalinismus und Erstarrung sowie der Unzufriedenheit damit nie aus der Kommunistischen Partei austrat, obwohl er auch nie zu den einfachen unkritischen Parteisoldaten gehörte. So wirkt das Buch letztlich ein wenig wie die Flucht eines netten alten Herrn vor den wichtigen Fragen an sein Leben, und es ist somit auch wieder aussagekräftig für viele seiner Generation, die

in die »neue Kirche« und ihre Widersprüche geraten waren.

Trotzdem, und sogar trotz der oft unglaublich langen Sätze mit vielen unbekannt Namen und Orten, in denen der Leser sich so leicht verfängt, ist es beileibe kein leSENSunwertes Buch, aber nur eines für Mußestunden.

PETER ULLRICH

**Renate Reschke (Hrsg.):
Nietzsche. Radikalaufklärer
oder radikaler Gegenaufklärer?
Nietzscheforschung, Sonderband
370 S. (74,80 €)**

War Nietzsche ein radikaler Aufklärer oder ein nicht weniger radikaler Aufklärungsgegner, ein Kritiker des Jahrhundertprojekts »Aufklärung« oder ein Erneuerer desselben? Um diese Fragen drehte sich eine internationale Tagung der Nietzsche-Gesellschaft im Mai 2003 in Weimar. Die Hauptbeiträge dieser Tagung sind in vorliegendem Band abgedruckt. Anlass für die Beschäftigung mit diesem Thema war der 125. Jahrestag des Erscheinens der Aphorismen-Sammlung *Menschliches, Allzumenschliches. Ein Buch für freie Geister* (Teil 1), eine Schrift, worin Nietzsche sich als Fortführer und Erneuerer der Aufklärung präsentiert. Aus dem Kontrast dieser Selbstverortung gegenüber späteren Äußerungen des Philosophen und Einschätzungen durch andere ergibt sich die Spannung, welche den Reiz des Themas ausmacht.

»Wie hältst Du's mit der Aufklärung?«, fragt Hans-Martin Gerlach im einleitenden Aufsatz. Die Antwort auf diese »Gretchenfrage« fällt, wie nicht anders zu erwarten bei Nietzsche, vielschichtig und widersprüchlich aus. Zugleich wird aber auch deutlich, dass Nietzsches Aufklärungsbegriff weit über das 18. Jahrhundert hinausgreift und neben der Kritik an der bestehenden Ordnung auch die Befreiung des Menschen von allen Verhältnissen, welche ihn in seiner Entwicklung behindern und einengen, zum Gegenstand hat. In seinem »epocheübergreifenden Verständnis« der Aufklärung geht es ihm um »ein allgemeines Menschenproblem« (S. 27). Wir würden

dazu heute »Emanzipation« sagen. Seine *neue* Aufklärung manifestiert sich in einem »*dionysischen Jasagen* zur Welt, wie sie ist, ohne Abzug, Ausnahme und Auswahl ...«. »Ich beschwöre euch, meine Brüder«, so Nietzsche im *Zarathustra*, »*bleibt der Erde treu*, und glaubt Denen nicht, welche euch von überirdischen Hoffnungen reden« (S. 32).

Das Thema besitzt durchaus Aktualität. Angesichts des sich im Kontext allgemeiner Globalisierung vollziehenden grundlegenden *Wertewandels* ist die Frage nach der »Zukunft des Humanen« zur zentralen Frage zeitgenössischen Philosophierens geworden. Nietzsches generelle Problematisierung des Projekts »Aufklärung« nach Revolution und Reaktion im 19. Jahrhundert scheint durch die nachfolgende historische Entwicklung nur allzu gerechtfertigt. Insofern ist die Verortung des Philosophen im Spannungsfeld von Aufklärung und Gegenaufklärung, Geschichtlichkeit und Aktualität naheliegend. Dabei sind seine Fragen und »Wahrheiten« für die heutigen Leser Denkanstöße, um die Zukunft im Sinne der Aufklärung zu gestalten, ohne jedoch deren naive Positionen zu teilen.

Sehr instruktiv geht der Berliner Philosoph Herbert Schnädelbach mit der hier erörterten Fragestellung um, indem er zunächst herausarbeitet, was in den einzelnen geschichtlichen Epochen unter Aufklärung verstanden wurde und wie Nietzsche vor dem wechselnden geistesgeschichtlichen Hintergrund jeweils einzuordnen ist. Dabei wird ein Unterschied, ja Gegensatz, zwischen der momentanen Situation und der des 18. Jahrhunderts im Hinblick auf das Informationsproblem deutlich: »Das Problem der Aufklärung heute ist nicht Informationsmangel wie im 18. Jahrhundert, sondern das der Desinformation im Informationsüberfluss, der durchaus geeignet ist, Informationsunterdrückung zu cachieren« (S. 52). Insofern bleibt Aufklärung »als *praktisches* Prinzip« aktuell – aber auch Nietzsches Skepsis gegenüber einem *Zuviel* an Information, weil diese »ein unfehlbares Mittel (ist), um die Menschen unsicher, willensschwächer, Anschluß- und stützebedürftiger zu machen, kurz das Herdentier im Menschen zu entwickeln ...« (S. 19).

Bewundernswert an Nietzsche ist auch immer wieder seine dialektische Gabe, im eben Erreichten bereits den Keim seiner Zerstörung

zu erblicken, im Positiven das Negative und im Negativen das Positive, im Fortschrittlichen das Reaktionäre usw. Vivetta Vivarellis Beitrag zeigt, dass er sich hierfür auch immer die richtigen Vorbilder wählte, zum Beispiel den von ihm hochgeschätzten Abbé Galiani, aber auch Lessing, Goethe und Heine. Von Galiani hat er u. a. folgende Beobachtung übernommen: »Die Freiheit der Presse richtet den Stil zu Grunde und schließlich den Geist« – »Die ›Freiheit des Gedankens‹ richtet die Denker zu Grunde« (S. 61). – Ein Paradoxon, das auch heute seine Bestätigung findet.

Textlich gut untermauert sind die Ausführungen von Steffen Dietzsch: »Wandern als Aufklärung?« Das Wandern gehört zu den wichtigsten Metaphern in Nietzsches Wortschatz: »Wer nur einigermaßen zur Freiheit der Vernunft gekommen ist, kann sich auf Erden nicht anders fühlen, denn als Wanderer« (S. 67). Ähnliches gilt für das Lachen: »Der wahre Denker«, so Nietzsche, »erheitert ... immer, ob er nun seinen Ernst oder seinen Scherz, seine menschliche Einsicht oder seine göttliche Nachsicht ausdrückt.« Für beide Termini, für das Wandern wie für das Lachen, zeigt Dietzsch »ein mentales Kontinuum zwischen den besten Geistern der Aufklärung und Nietzsche« (S. 78) auf. – Nietzsche aber lässt, so der Autor, dabei »die Bewegung der Aufklärung« hinter sich. Sollten wir es ihm darin gleich tun?

Mit Nietzsches Konzept als einer »anderen« Aufklärung beschäftigen sich u. a. Renate Reschke und Karen Joisten. Deutlich hervor tritt diese Andersartigkeit insbesondere im Begriff und in der Gestalt des *Dionysos*: »Zarathustras Ja-Sagen zum Leben im Bewusstsein seiner tragischen Momente, die Leichtigkeit seines Geistes, das Denken-Können des abgründigsten Gedankens der ewigen Wiederkehr: ›das ist der Begriff des Dionysos ...‹« (S. 152 f.). Dieser andere Ansatz zeigt sich auch in der Auffassung Nietzsches von der Antike, welche der klassischen Sicht (Winckelmann, Goethe) in Vielem entgegengesetzt war. Er glaubte fest daran, dass die »ganze Komödie« des klassischen Griechenbildes irgendwann einmal auffliegen werde, und man dann feststellen wird: »es war Alles über alle Maaßen historisch falsch, *aber* – modern, wahr!« (S. 147).

Ob Nietzsche noch als Aufklärer gelten kann oder eher als Vertreter der Gegenrichtung, bleibt nach der Lektüre des Bandes erwartungsgemäß offen. Klarer geworden ist dadurch aber, in welchem Maße Nietzsches Denken in die geistesgeschichtlichen Bewegungen von Aufklärung und Gegenaufklärung eingebunden war. Indem sich die Aufklärung Nietzsches letztlich als »eine Aufklärung für den Menschen, der sich auf den Weg hin zum Übermensch als dem Weg über den Menschen hinaus begibt« (S. 164), erweist, fügt sich ihr Konzept ein in das Gesamtkonzept seiner Philosophie. Als Teil des Gesamtwerkes weist es folglich auch dieselben Widersprüche, Brüche und Paradoxien auf wie dieses. Die 36 Beiträge des vorliegenden Bandes lassen dies sinnfällig werden.

ULRICH BUSCH

Rainer Funk:

Ich und Wir – Psychoanalyse
des postmodernen Menschen,
Deutscher Taschenbuch Verlag
München 2005, 260 S. (15 €).

Ganz in der Art seines psychoanalytischen Lehrers Erich Fromm, dessen Assistent er war, gelingt dem Autor mit diesem Buch ein präziser Einblick in die hintergründigen Entfremdungen des postmodernen Menschen, der sich in seiner Charakterstruktur deutlich von dem autoritär orientierten Menschen unterscheidet, durch den die Nachkriegsgeneration im Elternhaus und in der Schule erzogen worden ist. Die Kritik der westeuropäischen 68er an den autoritären Charakteren der Elterngeneration hat offensichtlich den postmodernen ichorientierten Charaktertypus erst möglich gemacht. Die heutigen postmodernen Ich-Orientierten, die Rainer Funk in die aktiven und passiven differenziert, sind Macher (aktiv) oder Nutzer (passiv) eines »gemachten« Vermögens, das sie entweder ganz aktiv mitentwickeln und betreiben oder passiv nutzen. Das »gemachte« Vermögen kann das Handy, das Internet, der Kommunikationskurs, der Kunde, die Rhetorikschulung, der Platz in der Firmenhierarchie sein, also alles das, was von ande-

ren gemacht und zelebriert wurde. Es ist, anders als das »menschliche« Vermögen, dem Menschen immer äußerlich. »Statt vom Gebrauch der eigenen Fertigkeiten wird das Ich-Erleben vom Gebrauch der Fertigkeiten seiner Produkte her definiert« (S. 111). »Das Vermögen der vom Menschen erfundenen und hergestellten Maschinen und Techniken – das technische Vermögen – hat das menschliche Vermögen auf so gut wie allen Ebenen überholt.«

Dabei konstruiert der Autor keine Feindschaft des Menschen zum Mysterium Technik, sondern er entwickelt mit sehr einleuchtenden Beispielen, wie die Entfremdung des postmodernen Ich-Orientierten uns im Alltag im anderen Menschen, aber auch in uns selbst begegnet. Der aktive postmoderne Mensch inszeniert seine eigene Welt. Eine objektive Wirklichkeit, mit stets inneren Widersprüchen, existiert für ihn nicht. Er ist immer »gut drauf«, denkt stets positiv, ist überaus tolerant, erträgt Kritik allerdings nicht gut, sondern fährt lieber mit Kritik und Zynismus anderen in die Parade. Durch sein Lebensmotto: »Ich orientiere mich nur an mir, und keiner hat mir zu sagen, wer ich bin. Ich bin, der ich bin. Ich selbst kann und will auch nicht definieren, wer ich bin«, entfremdet sich der Ich-Orientierte von echter Bezogenheit zum anderen Menschen. Ein Wir ist für ihn nicht das Ergebnis von Beziehungen, sondern von »Kontaktpflege«. Er reagiert allerdings – und das ist für den Autor das Zeichen unbewussten Leidens –, indem er »gemachtes« Vermögen nutzt, auf die eigenen Ängste, die ihm die Wirklichkeit verursacht, vor sich selbst zu verstecken. Mit seinem lässigen Hinweis, alles »im Griff zu haben«, will er seine Ängstlichkeit verstecken. Er mimt den Souveränen. »Jeder habe das Recht, seine Art zu leben frei und selbstbestimmt zu wählen. Begründet wird dieses Recht damit, dass Wirklichkeit immer Konstruktion sei. Der postmoderne Ich-Orientierte ist jener Charakter, der definitiv keinen klar konturierten Charakter hat«. Dieser Typus lebt scheinbar locker und frei. Anders als der autoritäre Charaktertyp der Kriegsgeneration, braucht der postmoderne Ich-Orientierte keine Autorität, an die er sich hängt, er hat schließlich sich und seine selbstinszenierte Wirklichkeit, die allerdings in dem

Moment in Scherben fällt, wo das »gemachte« Vermögen sich seinem Zugriff entzieht.

Der passiv Ich-Orientierte nutzt die Dinge, Schulungen, Bildungsprogramme, die der aktive ihm auf dem Markt anbietet. Entfremdet, so der Autor, sind sie gleichermaßen von ihrem »menschlichen Vermögen«. Wer nur durch Handy, Internet, Auto, Fernreisen, Kontaktpflege, Rhetorik, Events oder durch seine Position im Arbeitsleben sein Ich zu inszenieren wusste, fällt in tiefe Depression, wenn diese Objekte durch Stromausfall, Krankheit, Geldmangel oder Insolvenz sich von ihm entfernen. Sowohl der aktive wie auch der passive ich-orientierte Postmoderne sind deshalb »unproduktive« Menschen. Nur wer aus seinem »menschlichen« Vermögen schöpft, kann seine körperlichen, geistigen und seelischen Kräfte zur vollen Entwicklung führen. Der Autor nennt diesen Menschentyp einen »produktiv Postmodernen«. Nur der produktive Mensch gelangt zu »produktiver Vernunft (womit er die Fähigkeit zu einer realitätsgerechten Wirklichkeitswahrnehmung meint), produktiver Liebe (die Fähigkeit zu liebender Bezogenheit bei Wahrung der Unabhängigkeit) und zu produktiver Arbeit (die Fähigkeit zu schöpferischem Handeln)«. Vernunft und Liebe sind für den ich-orientierten Menschen allerdings antiquierte Begriffe. Er mag nicht die schwachen und ängstlichen Menschen. Mitleid und Fürsorge sind im fremd. Schließlich will der Ich-Orientierte der Macher sein.

Dieser Typus Mensch begegnet uns in den Chefetagen, den Sendeanstalten von SAT oder RTL, wo er sich mit seinen – natürlich im Team entwickelten – smart formulierten Entscheidungen scheinbar nicht an den Sachzwängen der kapitalistischen Produktion orientiert, sondern an seinen eigenen Inszenierungen von Wirklichkeit, an deren Scheitern in der tatsächlichen Wirklichkeit selbstverständlich aber stets andere – die Mitarbeiter, der Markt, die Konkurrenz oder die Zulieferer – die Schuld von ihm zugeschoben bekommen.

Mit diesem Buch ist ein vorzüglicher Einstieg gelungen, die Veränderung des Charakters, die wir ja in jedem Büro, aber auch auf jedem Schulhof beobachten können, im Zeitalter einer kapitalistischen Entwicklung zu studieren, in der es kein Eigentum, sondern nur noch lockere und von Innovationseifer er-

füllte Macher zu geben scheint. Der Autor betont seinen psychoanalytischen Blick auf die gesellschaftliche Entwicklung. Aber er wäre kein Schüler von Erich Fromm, wenn er nicht die kapitalistische Ökonomie und das damit verbundene »gesellschaftlich Unbewusste«, das jeden Einzelnen von uns zu prägen sich bemüht, als Basis der persönlichen Entfremdungen des postmodernen Menschen erkennen würde. Dennoch schließt sein Buch mit trefflichen Hinweisen, wie sich der einzelne Mensch trotz aller gegenteiliger Forderungen der kapitalistischen Ökonomie als »produktiver« Mensch entwickeln kann. »Wer in produktiver Weise auf sich und die Wirklichkeit bezogen ist, der nimmt wahr, dass ihm aus dieser Art, bezogen zu sein, Energie zufließt; er spürt eine Fülle des Lebens, möchte »überfließen« und entwickelt ein Bedürfnis, zu geben, zu teilen und mitzuteilen. Eine produktive Charakterorientierung fördert die Sozialität des Menschen.« Das würde der Geheimrat Goethe sofort mit dem Satz bestätigen: »Nichts ist drinnen, nichts ist draußen. Denn was Innen, das ist außen.«

Bleibt zu hoffen, dass dieses Buch nicht nur in jedem psychologischen Institut, sondern auch in jedem Lehrerzimmer zu einem Standardwerk wird, damit man sich nicht nur am schiefen Bildungsturm PISA, sondern am wirklichen Leben menschlich orientieren kann.

JÜRGEN MEIER

William Taubman:
Khrushchev. The Man and His Era
 (Chruschtschow. Der Mann und seine Ära), W. W. Norton & Company, New York, London
 2003, 876 S.

Auf eine in den USA mit großem Lob und hoher Anerkennung gewürdigte »außerordentliche Biographie« eines »außergewöhnlichen Mannes« ist hier aufmerksam zu machen. Ihr Autor ist Professor für Politische Wissenschaften am Amherst College in Massachusetts. Er hat sich langjährig mit »Chruschtschow und seine Ära« beschäftigt, weilte im Lande, wo dieser lebte und wirkte, ging in die Archive, interviewte

gründlich die Mitglieder der Familie, Freunde, Kollegen und Untergebene, beriet sich mit Psychologen zum schwierigen Charakter dieses Gefolgsmanes und Nachfolger Stalins und beherrscht souverän die entsprechende Literatur. Ausgehend vom Sturz durch die Politbüromitglieder Mitte Oktober 1964 verfolgt Taubman in einer umfassenden Rückblende den Lebensweg Nikita Sergejewitsch Chruschtschows: die Kindheit in Kalinowka 1894-1908; Metallarbeiter bis 1917; werdender »Apparatschik« 1918-1929; Stalins Schoßkind und Statthalter in der Ukraine 1929-1941; die Kriegsjahre 1941-1944; wieder als Statthalter in der Ukraine 1944-1949 und wieder in Moskau als Stadtparteichef 1949-1953; die Durchsetzung als Parteiführer 1953-1957 mit dem Höhepunkt des XX. Parteitages und dem Juni-Plenum des ZK 1957; die Zeit allein an der Spitze von Partei und Staat 1958-1964 mit der Berlinkrise, der Amerikareise, der Kubakrise und den Kommunismusvorstellungen; den Lebensabend nach seiner Entmachtung 1964-1971. Die Darstellung beeindruckt durch die gelungene Verbindung der Lebensgeschichte dieses Mannes mit der Geschichte eines Gesellschaftssystems und seiner Auseinandersetzung mit dem anderen sowie durch die Fülle des narrativen Materials, das auch Menschliches im Leben dieses eigenwilligen Staatsmannes hervortreten lässt.

Taubman ist dem Zeugnis des US-Historikers John Lewis Gaddis zufolge eine »superbe Porträtierung eines der attraktivsten – aber auch gefährlichsten – Führers des 20. Jahrhunderts« gelungen. Eine Übersetzung ins Deutsche wäre für das hiesige Verständnis Russlands und seiner Geschichte sehr angebracht.

HORST SCHÜTZLER

Entschuldigung

In Heft 1973 sind uns im Beitrag von Mario Keßler peinliche Fehler in der Absatzfolge unterlaufen, für die sich die Redaktion hiermit in aller Form entschuldigt. Das Summary referierte zudem einen Beitrag des Autors, der erst im Heft 175 erscheinen wird. Von der nachträglichen Veröffentlichung des richtigen Summary sehen wir ab.

DIE REDAKTION

HERMANN KLENNER

Forward, Forgetting Nothing: The Babelsberg Conference of 1958

The author reflects back upon the Babelsberg Conference of 1958, organized by the SED leadership in order to thwart a process of emancipation of the jurisprudence in the GDR set in motion for overcoming Stalinist deformations of socialist justice, State structures, their ideological legitimisation and consequences. The author describes the motivations and views of the young scientists, who like himself, were harshly attacked because they were proponents of these transformations. He also describes the methods used by the party leadership to suppress, not only their »hostile« opinions, but also to thwart any future steps toward emancipation.

MICHAEL LÖWY

Destructive Progress. Marx, Engels and Ecology

The Thoughts of Marx and Engels – how do they coincide with modern ecology? Can Marx be read from an ecological perspective? Which achievements of Marxism are essential for an ecological-socialism, corresponding to the challenges of the 21st century? And which of Marx' views must be »revised«? The author discusses these questions on the basis of two prerequisites: first, the ecological questions do not constitute a central element in Marx' theory, and second that the written views of Marx and Engels concerning the relationship between human societies and nature are ambiguous. That's why discussions are necessary and helpful.

ROLF KUHN

New Chances for a Disturbed Landscape

This is a photo-illustrated discussion of the character of the International Building Exposition »Fürst Pückler Land« which opened in 2000 and is scheduled to run until 2010. Southern Brandenburg, a landscape characterized by tremendous former opencast coal mines is the scene of efforts to heal the wounds of these industries and simultaneously to develop »new landscapes« that could bring opportunities for a new development for the entire region.

JOACHIM H. SPANGENBERG

Sustainability: Conception, Basics, Challenges, Applications

Sustainability – the author says – probably forms the most emphasised conception ever developed in politics. Given the primacy of politics, the policy of sustainability has to take on a double challenge: On the one hand it must widen the spatial and temporal dimensions of politics to insure that future generations as well as distant nations and their citizens are included in all political considerations; and on the other, it must integrate all policies into a general strategy of sustainable development. Discussing these challenges the author debates, for example, against what he refers to as an »economistic narrowing« of the perspectives and calls for an understanding of sustainability as a »social theory«.

DETLEF KANNAPIN

The International Ideology. Notes on Hardt/Negri's »Multitude«

The author discusses »Multitude« as a successor book to »Empire« also written by Hardt and Negri. Whereas »Empire« provided an analysis of global rule from the standpoint of the centers of power, »Multitude« provides the opposite perspective: It focuses on the forces which could, or have already begun to fight against global capital. Unfortunately – says the author – »Multitude« does not offer answers to the most pressing questions of this struggle. He concludes that it is as if Hardt/Negri, as modern international ideologues, resemble those of the 19th century in Germany, who, as Marx and Engels observed, only invent new phrases for interpreting the existing world.

MARKUS GILLES

Gifted and Ungifted Students

There is a popular notion that we all live in a competitive society, with the same opportunities for each. The author analyses the reality behind this assumption and focuses his discussion on the conditions determining for young people their access to universities. There is, he notes, undoubtedly a close and direct connection between class origin and educational or professional perspectives. The educational system serves as a legitimate space for the conversion of economic into cultural capital, which as a consequence permits the renewed acquisition of economic and social capital. Those, who lack the necessary economic capital, are excluded from this process from the outset.

HUGO EBERLEIN

Memories of Rosa Luxemburg. Original and Falsification

Following the assassination of Rosa Luxemburg on January 15th, 1919, Hugo Eberlein (1887-1941; executed by the Soviet NKWD) wrote three short texts, in which he recalled actions, made in common with Rosa Luxemburg, that had taken place immediately following the beginning of the war in August, 1914. These texts, recently discovered in the archives, are published here, for the first time, in their entirety. Also published, is a text first printed in 1978 in Berlin, GDR, which used passages from the original manuscripts, but which, when taken in the context of the whole document, becomes a counterfeit, serving a deliberately falsified account of history.

LOTHAR RATAI

In Which Epoch Are We Living?

The author discusses definitions of our epoch e. g. »age of globalization«, »society of knowledge« or »society of information« and arrives at the conclusion that our period is characterized by the transformation from assembly line production to automation. From this standpoint, globalization becomes a result of automation, and we can be certain – the author says – that this process is far from coming to a close. It is rather only in its beginning stages. It cannot be »prevented« – but the conditions of its realization can be influenced: through the common struggle of the employed and the unemployed.

UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

kreativ

Hinweise für unsere Autorinnen und Autoren

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Texten ein. Es können jedoch nur Beiträge veröffentlicht werden, die in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht bereits anderswo erschienen sind oder erscheinen werden. Manuskripte können per E-Mail (als Attachment) oder auf Diskette (zusammen mit einem Ausdruck) im Word-Programm, vorzugsweise als Rtf-Datei, eingesandt werden. Grafiken sind als gesonderte Datei beizufügen. Aufsätze sollten einen Umfang von **30 000 Zeichen**, wovon ein Fünftel auf

Marginalien entfällt, nicht überschreiten. Den Texten ist eine Zusammenfassung/Summary in deutsch und englisch (500 Zeichen) anzufügen. Ferner bitten wir um Angaben zur Autorin/zum Autor (Geburtsjahr, akademische Titel und Grade, Ausbildung, Tätigkeit, Publikationen und, sofern gewünscht, der E-Mail-Adresse) sowie, bei erstmaliger Veröffentlichung, um ein Porträtfoto.

Rezensionen sollten 6000 Zeichen, Annotationen 3000 Zeichen nicht überschreiten. Im Kopf müssen jeweils folgende Angaben – in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion – enthalten sein: Vorname und Name der Autorinnen/Autoren oder Herausgeberinnen/Herausgeber: Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenzahl und (Preis). In Zweifelsfällen wird empfohlen, bei Formfragen ein aktuelles Heft unserer Zeitschrift zu Rate zu ziehen.

Für unverlangt eingehende Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Bei Ablehnung eines Beitrages werden die betreffenden Daten auf den Rechnern der Redaktion gelöscht. Beiträge für unsere Zeitschrift werden nicht honoriert.

Die Redaktion

Impressum

Herausgegeben von der
Rosa-Luxemburg-Stiftung e.V.

Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN,
ULLA PLENER, MARTIN SCHIRDEWAN,
JÖRN SCHÜTRUMPF (V.i.S.d.P.),
MARION SCHÜTRUMPF-KUNZE, DIETMAR WITTICH

Adresse: Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin,
Tel.: 030- 44 310-157/130/123, Fax-122

Internet: www.utopiekreativ.de

E-Mail: utopiekreativ@rosalux.de

Verlag: NDZ Neue Zeitungsverwaltung GmbH,
Weydingerstraße 14-16, 10178 Berlin

Verlagsarbeiten: RUTH ANDEXEL

Satz: ELKE SADZINSKI

Druck: MediaService GmbH

BärenDruck und Werbung

Plauener Straße 163-165, 13053 Berlin

Vertrieb: ND-Vertrieb, Alt Stralau 1-2,
10245 Berlin (Tel.: 030 – 29390800)

Einzelverkaufspreis: 6 €

Jahresabonnement (incl. Versand):

57 € (Inland), 75 € (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): 75 €

Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 122:	je	1 €
Heft 123 bis 146	je	2,50 €